



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- Deutsche Nordschleswiger – Geschichte und Gegenwart
- Putten-Ladelund-Lauf zum Gedenken an die KZ-Opfer
- Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die Friesen
- Junge Dänen und Deutsche in Nordschleswig vor 1955 und heute
- Zweisprachige Ortsschilder in Nordschleswig

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Karin Dittmar-Tews

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
www.facebook.com/Grenzfriedenshefte

Geschäftszeit: Dienstag bis Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Mitgliedsbeitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 €

Bankverbindungen: HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

INHALT	Seite
<i>Peter Thaler</i> Auferstanden aus Ruinen. Die deutsche Bevölkerung im nördlichen Schleswig und ihre geschichtlichen Grundlagen	115
<i>Raimo Alsen</i> Der Putten-Ladelund loop. Ein Staffellauf zum Gedenken an die KZ-Opfer	149
<i>Lars Harms</i> 12. Dialog ADS-Grenzfriedensbund. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die Friesen	161
<i>Hans Boll-Johansen</i> Vom „Pack“ zum Partner. Junge Dänen und Deutsche in Nordschleswig vor 1955 und heute ...	175
<i>Harro Hallmann</i> Zweisprachige Ortstafeln in Nordschleswig. Anmerkungen zu einer gefühlsstarken Kontroverse in der Modellregion	189
Umschau	199
Buchhinweise	212
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe	226

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Jörn-Peter Leppien (verantwortlich)
- Dr. Matthias Scharl
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
- Levke Bittlinger, M.A.
- Ruth E. Clausen, Dipl.-Museol. (FH)
- Andrea Graw-Teebken, ph.d.

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6, 24937 Flensburg

Satz und Druck:

Druckhaus Leupelt GmbH, Heideland-Ost 24, 24976 Handewitt/Weding

ISSN 1867-1853

Auferstanden aus Ruinen

Die deutsche Bevölkerung im nördlichen Schleswig und ihre geschichtlichen Grundlagen

von PETER THALER

Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Dies war auch für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig ein einschneidender Epochenwechsel. Wie es nicht nur die jüngste Debatte über einzelne zweisprachige Hinweisschilder in Nordschleswig gezeigt hat, verbinden viele die Existenz der deutschen Minderheit mit der Zeit ab 1864, als das vorher niemals einem deutschen Staatsverband angehörige Herzogtum Schleswig preußisch wurde, und mit der konfliktreichen Zeit bis 1945. Dabei reichen die Wurzeln des Deutschen im nördlichen Schleswig zwischen Königsau und Flensburger Förde sehr viel weiter zurück. Im folgenden Beitrag zeichnet Prof. Dr. Dr. Peter Thaler, Historiker an der Syddansk Universität, in kompakter Form die „deutsche Geschichte“ Nordschleswigs von ihren Anfängen bis zur Gegenwart nach.

Die Redaktion

Einleitung

Im Mai 1945 befand sich die deutsche Bevölkerungsgruppe in Dänemark in einer ähnlichen Situation wie viele andere deutsche Minderheiten. Während des Krieges war ihr Heimatstaat von deutschen Truppen besetzt worden, wodurch die lokale deutschorientierte Bevölkerung in den Einflussbereich der Reichsregierung geriet und umfassend mit deutschen Zivil- und Militärstellen zusammenarbeitete. Diese Zusammenarbeit verlangte der Minderheit erhebliche Opfer ab, vor allem durch den Einsatz in deutschen Militäreinheiten, brachte zugleich aber auch Zugeständnisse der dänischen Regierung auf politischem und kulturellem Gebiet. In den knapp fünf Jahren unter deutscher Besatzung konnten Minderheitenaktivisten sich realistische Hoffnungen machen, dass sie ihren lokalen Lebensbereich zukünftig überwiegend nach eigenen Vorstellungen gestalten können würden, sei es durch eine ausgeweitete Selbstverwaltung innerhalb des dänischen Staates oder vielleicht sogar

– wie manche trotz öffentlicher Zurückhaltung seitens der deutschen Regierung insgeheim hofften – im Rahmen eines deutschen Staates, aus dem sie im Jahre 1920 nach dessen Niederlage im Ersten Weltkrieg und darauffolgender Volksabstimmung ausgeschieden waren.

Diese Illusionen lagen 1945 in Trümmern. Die öffentliche Ordnung war auf Kreise übergegangen, die der Minderheit gegenüber nach den Erfahrungen der Besatzungszeit kritisch eingestellt waren. Dabei traten vor allem die paramilitärischen Kräfte der dänischen Widerstandsbewegung in den ersten Tagen und Wochen nach der deutschen Kapitulation in den Vordergrund. Die Minderheit selbst war sowohl eingeschüchtert durch den fundamentalen Umschlag der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch geschwächt durch die Abwesenheit von erheblichen Teilen gerade der jüngeren männlichen Bevölkerung. In weit größerem Umfang als noch nach dem Ersten Weltkrieg befand sich die deutsche Bevölkerungsgruppe in Nordschleswig in einer akuten Existenzkrise.

Zeitgleich mit dieser Erschütterung der deutschen Minderheit nördlich der 1920 gezogenen Grenze vollzog sich ein dramatisches Wachstum der zuvor weitaus kleineren dänischgesinnten Bevölkerungsgruppe südlich der Grenze. Als vielschichtige Reaktion auf Kriegserfahrung, Diktatur und politische wie ökonomische Unsicherheit traten Zehntausende bisher deutschorientierte Südschleswiger in die Organisationen der dänischen Minderheit ein, die auch das nationalfriesische Element der nordfriesischen Bevölkerungsgruppe einschlossen. Die historischen Voraussetzungen und politischen Konsequenzen dieser umgreifenden Veränderungen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze für die deutsche Minderheit im Norden Schleswigs stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags. Dabei wird eine Linie gezogen von der staatsrechtlichen Entwicklung des Herzogtums über die Herausbildung einer schleswig-holsteinischen Bewegung im 19. Jahrhundert und die Formierung einer deutschen Minderheit innerhalb eines dänischen Nationalstaates bis zu der für diese Studie natürlich zentralen Untersuchung ihrer Selbstbehauptung in den Nachkriegsjahrzehnten. Diese Analyse der breiteren politischen Rahmenbedingungen erleichtert das Verständnis sowohl der nordschleswigschen Entwicklung als auch ihrer Besonderheiten im internationalen Vergleich.

Die Voraussetzungen: Ein Herzogtum jenseits nationalstaatlicher Zuordnung

Die historische Entwicklung im südlichen Jütland ist geprägt von Verbindungslinien sowohl nach Süden als auch nach Norden. Als Übergangsregion zwischen Bevölkerungsgruppen west- und nordgermanischer Zuordnung nahm die Halbinsel nicht nur geographisch eine wichtige Brückenfunktion ein. Sprachwissenschaftler wie Elmer Antonsen und Hans Frede Nielsen ordneten diese Region einem eigenen nordwest- oder nordseegermanischen Sprachgebiet zu, das zumindest bis zur Völkerwanderung als Scharnier eines noch weitgehend intakten Dialektkontinuums im germanischsprachigen Westen gedient habe.¹ Erst die im 5. Jahrhundert einsetzende Abwanderung aus dem südlichen Jütland vor allem nach Britannien und die darauffolgende Zuwanderung skandinavischer Bevölkerungsgruppen von den dänischen Inseln und dem heutigen Südschweden sowie slawischer entlang der Ostseeküste verstärkte demnach die sprachliche Auseinanderentwicklung des germanischsprachigen Westeuropas.

Als das südliche Jütland nach der quellenmäßig wenig belegten Migrationsperiode im Frühmittelalter wiederum häufiger im Blick der zeitgenössischen Geschichtsschreibung auftauchte, war das Gebiet des späteren Schleswigs in die in Südkandinavien vor sich gehende dänische Staatsbildung eingebunden. Im Jahre 811 wurde die Eider als Abgrenzung zwischen den Einflussbereichen des Frankenherrschers Karl des Großen und des Dänenkönigs Hemming herangezogen. Die politische Bindung an Dänemark verhinderte allerdings nicht, dass die friesische Ansiedlung entlang der Nordsee langsam von der Küste bis zur binnenländischen Geest vorrückte.

Seine exponierte Stellung an der Grenze zu einem europäischen Großreich sowie zu den unruhigen wendischen Stammesverbänden an der Ostsee gab dem südlichen Vorbau des Dänenreiches besondere sicherheitspolitische Bedeutung. Ab dem 11. Jahrhundert setzte man eigene Jarle, also in etwa Markgrafen, in diesem Gebiet ein, das spätestens ab dem 13. Jahrhundert durchgehend als Herzogtum bezeichnet wurde.² Die lokalen Herzöge entstammten häufig dem Königsgeschlecht und drängten auf politische Aufwertung gegenüber ihren regierenden Verwandten. Schrittweise entwickelte sich das Territorium von einer normalen dänischen Grenzregion zu einem weitgehend selbstverwalteten Herzogtum mit beschränkter königlicher Einflussmöglichkeit. Der Name der Residenzstadt Schleswig setzte sich zuletzt auch als Bezeichnung für das gesamte Territorium durch.³

Die ausgeweitete Selbstverwaltung stand in Zusammenhang mit der Randlage des Territoriums. Die Eliten beiderseits der Grenze teilten politische Interessen, und der holsteinische Adel setzte sich zunehmend auch in Schleswig fest. Nach dem Sieg der holsteinischen Schauenburger über den dänischen König Christoph musste dessen Nachfolger Waldemar III. in der „Constitutio Valdemariana“ 1326 zusichern, Herzogtum und Königreich nicht mehr in einer Hand zu vereinen.⁴ Wenngleich diese Bestimmung nach der Normalisierung der Machtverhältnisse nicht mehr durchsetzbar war, zeigt sie eine Entwicklungslinie auf, die in den folgenden Jahrhunderten voll zur Geltung kommen sollte. Die lokalen Herrscher in Schleswig benötigten externe Unterstützung zur Ausweitung ihrer Unabhängigkeit vom dänischen König, die ihnen die holsteinischen Fürsten, denen politisch und militärisch höchstens gleichrangige schleswigsche Herzöge als Nachbarn weitaus angenehmer erscheinen mussten als machtvolle dänische Könige, gerne und häufig gewährten. Ab dem 14. Jahrhundert erreichte das holsteinische Grafengeschlecht der Schauenburger die direkte Belehnung mit Schleswig, wodurch Schleswig und Holstein erstmals in der Person des Regenten verbunden wurden. Nach dem kinderlosen Hinscheiden des Schauenburger Herzogs Adolf VIII. im Jahre 1459 stellte sich die Erbfolgefrage in den deutschen und dänischen Besitzungen auf unterschiedliche Weise. Um zu verhindern, dass die inzwischen schon weit fortgeschrittene Verschränkung der schleswigschen und holsteinischen Macht- und Besitzstrukturen in Gefahr geriet, einigten sich die Adelseliten mit dem Dänenkönig Christian I. auf dessen Erbfolge in beiden Territorien. Im Gegenzug gewährte ihnen der König 1460 die Ripener Handfeste samt sogenannter „Tapferer Verbesserung“, in denen die innere Verbindung der beiden Territorien einerseits und deren Selbständigkeit gegenüber dem Königreich andererseits hervorgehoben wurde.⁵ Auf dieser Grundlage verfestigte sich die politische Zwischenstellung des südjütischen Raumes, wo nun das im Ausgangspunkt dänische Herzogtum Schleswig und die deutsche Grafschaft Holstein (später zum Herzogtum erhöht) in den Händen des dänischen Königs vereint, zugleich aber deutlich vom Königreich Dänemark getrennt waren. Diese Grundkonstellation prägte die Herrschaftsverhältnisse bis ins 19. Jahrhundert, wenngleich die Konflikte zwischen den nach Unabhängigkeit strebenden Herzögen aus der Gottorfer Nebenlinie der Oldenburger und ihren königlichen Widersachern in Kopenhagen im Laufe der Jahrhunderte noch zu einzelnen in sich widersprüchlichen und in der nationalen Diskussion einst heftig umstrittenen staatsrechtlichen Statusverschiebungen führten.



Abb. 1 Niederdeutsche
Inscription an der Kanzel
der St. Nikolai-Kirche
in Apenrade (spätes
16. Jahrhundert)

Die Besitzausweitung des holsteinischen Adels führte auch zu Wandlungen in der Bevölkerungsstruktur vor allem des südlichen Schleswigs. Der nur dünn besiedelte Südosten des Herzogtums bis zur Schlei wurde weitgehend von holsteinischen Bauern erschlossen und fügte sich bald nahtlos an die Siedlungsstruktur südlich der Eider an. Auch die großen Städte Schleswig und Flensburg wurden frühzeitig zu deutschsprachigen Zentren, während die Sprachverhältnisse in den Märkten und Städten des nördlichen Schleswigs durch eine Dualität von deutscher Bildungssprache und dänischer Umgangssprache geprägt wurden. Auf diese Weise hatte sich bereits in der frühen Neuzeit eine sprachliche Dreiteilung Schleswigs herausgebildet, in der sich zumindest auf dem Lande ein (nieder-)deutschsprachiger Südosten, ein friesischsprachiger Südwesten und ein dänischsprachiger Norden gegenüberstanden.⁶ Diese sprachliche Vielfalt war allerdings überdeckt von einem deutschen kulturellen Überbau, da die schleswigsche Zentralverwaltung ganz überwiegend in

dieser Sprache operierte und auch die großen Städte von ihr geprägt waren. In dieser Bildungssphäre wies fast nur der religiöse Raum noch einen bedeutsamen dänischen Einschlag auf.⁷

Solange die politische Macht im dänischen Gesamtstaat und den Herzogtümern in den Händen einer relativ kleinen aristokratischen Elite lag, hatte die sprachliche Vielfalt Schlesiwiigs wenig Bedeutung. Die fundamentalen Veränderungen, die im Kielwasser der Französischen Revolution große Teile Europas umfassten, führten jedoch zur Einbindung weiterer Bevölkerungskreise in den politischen Entscheidungsprozess. Die sich herausbildende Massengesellschaft mit ihren Forderungen nach liberalen und demokratischen Reformen rückte zugleich auch die Vorstellung der Nation als neues Legitimationsmuster staatlicher Ordnung anstelle oder zumindest neben die zuvor im Mittelpunkt stehende Monarchie. Damit drangen auch im Süden des sich von Norddeutschland bis nach Norwegen, Island und Grönland erstreckenden Oldenburger Gesamt- oder Konglomeratstaates Gegensätze an die Oberfläche, die zu einer zunehmenden Aufteilung der Bevölkerung nach kulturellen oder identifikationsmäßigen Kriterien führten.

Die Konfliktlinien lagen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, die zugleich jedoch miteinander verbunden waren. Im Kopenhagener Zentrum kritisierten dänischsprachige Eliten die gerade in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Johann Hartwig Ernst von Bernstorff und Johann Friedrich Struensee besonders hervortretende Rolle deutschsprachiger Führungspersönlichkeiten in der Staatsverwaltung und forderten die Bevorzugung einheimischer Kräfte. In den Herzogtümern erhielt das deutschsprachige Bürgertum zunehmend Impulse von der neuen Nationalkonzeption des nachnapoleonischen Mitteleuropas, während sich der schleswig-holsteinische Adel mit dem Vordringen nationaldänischer Legitimationsmuster der Oldenburger Monarchie zu entfremden begann. Im nördlichen Schleswig wiederum mobilisierten intellektuelle Vorkämpfer die dänischsprachige Bauernschaft gegen die Auffassung, dass deren Lebensbereich eine deutsche Sphäre innerhalb eines bloß lose definierten Konglomeratstaates sei.

Der Schleswig-Holsteinische Bewegung als Grundlage der späteren deutschen Minderheit in Nordschleswig

Die Vielschichtigkeit der politischen und kulturellen Rahmenbedingungen prägte auch die Herausbildung nationaler Identitäten in den Herzogtümern und erschwerte es, den Ursprung einer deutschen Minderheit im

nördlichen Schleswig zeitlich genau zu bestimmen. Die Umgangssprache des nördlichen Schleswigs war ganz überwiegend ein dänischer Dialekt, weshalb man die dortigen Deutschsprachigen als Sprachminderheit bezeichnen kann. Da der Südteil des Herzogtums im 19. Jahrhundert aber fast ebenso überwiegend deutschsprachig war, ist die Zuteilung von Mehr- und Minderheitsstellungen innerhalb eines breiteren schleswigschen Rahmens bereits schwieriger. Betrachtet man die beiden Herzogtümer überhaupt als dauerhaft vereinte Teilgebiete des Gesamtstaates, wie es die neue schleswig-holsteinische Bewegung wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde heraus tat, waren es die Dänischsprachigen des nördlichen Schleswigs, die eine nicht einmal besonders einflussreiche Minderheit bildeten. Der nationale Aktivismus der letztgenannten Gruppe wiederum knüpfte sein Selbstverständnis deshalb am Gesamtstaat an. Dabei wandelte sich der ursprüngliche Fokus auf Patriotismus und Königstreue schrittweise zu einem Fokus auf die dänische Staats- und Kulturtradition Schleswigs. Spätestens zur Zeit des Ersten Schleswigschen Kriegs 1848-1851 war die Stellung Schleswigs im Rahmen zukünftiger nationalstaatlicher Ordnungen damit zum Brennpunkt des Konflikts geworden. Während die deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner die Einheit der Herzogtümer herausstrichen und sie deswegen trotz der dänischen Mehrheit im Norden in einen deutschen Gesamtzusammenhang einordneten, war der dänische Mittelklassenationalismus im Gegensatz zum vornationalen Herrscherpatriotismus bereit, das als unassimilierbar deutsch angesehene Holstein aus dem Staatsverband ausscheiden zu lassen, um Schleswig dafür uneingeschränkt in die dänische Kerngesellschaft eingliedern zu können.⁸

Innerhalb Schleswigs führte dieser unterschiedliche Zugang dazu, dass sich die schleswig-holsteinische Bewegung in größerem Ausmaß als Vertreterin regionaler Identität darstellen konnte als ihr dänischer Widerpart. Wenngleich der Schleswig-Holsteinismus letztendlich in den deutschen Nationalismus einmündete, konnte er sich in seinem engeren Umfeld als Repräsentant der historischen Lokaltradition profilieren. Dies galt in ganz besonderem Maße im nördlichen Schleswig und erklärt, wie es in diesem überwiegend dänischsprachigen Gebiet zur Herausbildung einer deutschen Minderheit kommen konnte. Dabei stößt man in dieser Zeit bereits auf die Divergenz von sprachlich-kulturellen und identifikatorischen Zuordnungskriterien, die das hervorstechende Merkmal der Minderheitsidentität auf beiden Seiten der heutigen deutsch-dänischen Grenze bildet. Zwar gab es auch zuvor schon Einzelpersonlichkeiten, deren nationale Identifikation im Gegensatz zu ihrer sprachlichen Sozialisierung stand;

der aus deutschsprachigem Flensburger Haus stammende dänische Aktivist und Gelehrte Christian Paulsen stellt nur ein besonders sichtbares Beispiel dar.⁹ Im nördlichen Schleswig stößt man dann jedoch auf einen zwar nur von einer Minderheit getragenen, aber unzweifelhaft kollektiven Prozess, bei dem eine nicht unbedeutende Untergruppe der dänischsprachigen Lokalbevölkerung ihr Selbstverständnis nicht an ethnokulturellen, sondern an identifikatorischen Gesichtspunkten ausrichtete.¹⁰

Die Motive dieser Entscheidung wurden häufig und kontrovers diskutiert. Für dänische Aktivisten war sie rational nicht nachvollziehbar und dadurch häufig nur mit Charakterschwäche erklärbar.¹¹ Werden solche Vereinfachungen selbst zum Zeitpunkt größter deutscher Machtentfaltung der Wirklichkeit kaum gerecht, verlieren sie erst recht an Überzeugungskraft, wenn sie die Frühphase der Entwicklung innerhalb der Oldenburgischen Gesamtmonarchie beleuchten. Man wird die Ursprünge der deutschorientierten Bevölkerungsgruppe in Nordschleswig viel eher in der Bewahrung traditioneller regionaler Identifizierungsmuster sehen müssen. Ungeachtet seiner sprachlichen Verbindung mit dem dänischen Königreich sah auch das nördliche Schleswig im 19. Jahrhundert auf eine lange politische und ökonomische Sonderentwicklung zurück. Die staatsrechtliche und administrative Verbindung mit Holstein hatte tiefe Spuren im öffentlichen Leben des Herzogtums hinterlassen. Dies galt auch auf wirtschaftlichem Gebiet, wo Zuwanderer aus dem Königreich hauptsächlich als billige Arbeitskraft auftraten, während Holstein und sogar das angrenzende Hamburg als wichtige Abnehmer und Impulsgeber galten. Auch gesellschaftliche Unterschiede kamen zur Geltung, indem die schleswig-holsteinische Bewegung außerhalb der Städte vor allem in den besser gestellten Bauerndynastien des nördlichen Schleswigs Fuß fasste, die in engem wirtschaftlichen und oft auch familiären Kontakt mit dem städtischen Bürgertum standen. Nicht übersehen darf man zuletzt in Bezug auf die politischen Eliten auch die Bedeutung des höheren Unterrichtswesens, das überwiegend auf deutscher Grundlage funktionierte und in die ebenfalls deutschsprachige Landesuniversität Kiel einmündete.

In gewisser Hinsicht stellte die nationale Aufsplitterung in Schleswig auch einen Konflikt zwischen der überlieferten Lokalidentität und den neuen nationalstaatlichen Alternativen dar.¹² In diesem Konflikt befanden überzeugte Traditionalisten sich häufig im Gegensatz zur lokal vorherrschenden Nationalkonzeption und näherten sich deren Widerpart an. Auf diese Weise führte eine Entwicklungslinie vom dynastischen Patriotismus deutschsprachiger Flensburger zur Unterstützung dänischer Parteien in



Abb. 2 Die Volkssprachen im Herzogtum Schleswig. Dänische Wiedergabe einer Karte des deutschen Kartografen F. H. J. Geertz von 1838

der frühen Kaiserzeit wie auch vom schleswigischen Regionalbewusstsein zum deutschgeprägten Schleswig-Holsteinismus dänischsprachiger Nordschleswiger. Für Letztere setzte sich zuerst im Dänischen und danach auch im Deutschen die Bezeichnung „Heimdeutsche“ fest.¹³ Dieser Begriff zielte vornehmlich auf die fest in Nordschleswig verankerte deutschorientierte Bevölkerung mit dänischer Muttersprache ab, um sie von Zuwanderern aus dem Süden und zum Teil auch von lokalen Deutschsprachigen in den Städten abgrenzen zu können.

Die schleswig-holsteinische Bewegung entstand im Anschluss an die napoleonischen Kriege und den nicht zuletzt in Studentenkreisen zum Ausdruck kommenden Frühnationalismus im deutschsprachigen Mitteleuropa. Angesichts der zunehmend grenzüberschreitenden Natur des öffentlichen und gerade auch des akademischen Diskurses kann dieser Zusammenhang wenig überraschen. Es war kein Zufall, dass unter den intellektuellen Anstoßgebern des Schleswig-Holsteinismus vor allem Kie-ler Professoren wie der Historiker Friedrich Christoph Dahlmann hervortraten.¹⁴ Für Dahlmann stellte sich die politische Zukunft der Herzogtümer als Teil der deutschen Reformbewegung dar, die größere politische Mitsprache der Bevölkerung mit engerer staatsrechtlicher Verknüpfung verbinden sollte. Während die Einbeziehung des dem Deutschen Bund angehörenden Holstein in die erstrebte Neuordnung Mitteleuropas als selbstverständlich galt, war sie hinsichtlich Schlesiens auch für Dahlmann zumindest erklärungsbedürftig. Das Kernargument bildete dabei der historische Zusammenhang zwischen den beiden Herzogtümern, gesichert nicht zuletzt durch die Ripener Handfeste, die Dahlmann und seine intellektuellen Nachfolger aus ihrem mittelalterlichen Feudalzusammenhang in die Nationalstaatspolitik des 19. Jahrhunderts überführten.¹⁵ Ungeachtet der Verbindungslinien zur deutschen Einigungsbewegung wies der Schleswig-Holsteinismus doch auch eine deutliche Eigenkomponente auf, die in seinem Verhältnis zum dänischen Gesamtstaat begründet war. Zum einen verlieh dieses Verhältnis dem radikalen Flügel der Bewegung den Charakter einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung und stellte sie damit in einen anderen politischen und ideologischen Rahmen, als er dem Sammlungsnationalismus in den meisten deutschen Bundesstaaten entsprach. Vor allem aber schlossen sich der Bewegung auch bald Kräfte an, deren Ansatz nicht die deutsche Einheit und die damit verbundene Abtrennung vom dänischen Gesamtstaat war, sondern die Absicherung der schleswig-holsteinischen Selbstbestimmung innerhalb der Oldenburgischen Monarchie. Schon Dahlmanns Zeit- und Berufsgenosse Nicolaus Falck repräsentierte diesen eigenständigen Zu-

gang, der weitgehende Loyalität zum Konglomeratstaat mit ausgeprägter Regionalidentität verband.¹⁶ In diesem Sinne standen Falck und seine Gesinnungsfreunde durchaus auf dem Boden der existierenden Verhältnisse, obwohl sie zentrale Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Untermauerung des Schleswig-Holsteinismus beisteuerten. Ihre Wirkungsmöglichkeiten wurden aber nicht zuletzt dadurch zunehmend eingeschränkt, dass sich auch die neue dänische Nationalbewegung nicht mit der Bewahrung des Status quo zufriedengeben wollte, sondern eine möglichst weitgehende Eingliederung Schleswigs in das dänische Königreich anstrebte. Somit trafen sich die Vertreter beider Nationalbewegungen in der Forderung nach fundamentaler Veränderung und übten dadurch einen auf den politischen Zeitgeist gestützten Zangengriff aus, zwischen dem sowohl moderate Schleswig-Holsteiner wie Falck als auch die konservativen Gesamtstaatsvertreter im Umkreis des dänischen Königshauses zusehends aufgerieben wurden.

Für das Entstehen einer deutschorientierten Minderheit in Nordschleswig war aber gerade dieser moderate und regionalistische Schleswig-Holsteinismus von besonderer Bedeutung. Bereits kurz nach Gründung des Deutschen Bundes kam es zu Petitionen aus den nordschleswigschen Kleinstädten, in denen um eine gemeinsame oder zumindest möglichst gleichlautende landständische Verfassung mit Holstein nachgesucht wurde, dem eine solche laut Artikel 13 der Deutschen Bundesakte von 1815 zustand.¹⁷ Mit deutlichen Anklängen an die schleswig-holsteinische Argumentation wird in diesen Petitionen die Gemeinsamkeit der Herzogtümer hervorgehoben und vor den negativen Folgen einer Absonderung der schleswigschen Entwicklung gewarnt. Auch in den darauffolgenden Jahrzehnten kam es immer wieder zu Petitionen, die die Verbindungslinien zwischen Schleswig und Holstein betonten, vor allem im Zusammenhang mit der Forderung nach einer gemeinsamen Ständeversammlung. Die populären Volksfeste und Liedertafeln schleswig-holsteinischer Prägung fanden ebenfalls ihren Weg in den Norden der Herzogtümer.¹⁸

Mit dem königlichen Sprachreskript von 1840, das mit seiner grundsätzlichen Einführung der dänischen Amtssprache im Bereich dänischer Schul- und Kirchensprache den ersten moderaten Forderungen der dänischen Nationalbewegung entgegenkam, begannen die unterschiedlichen Auffassungen vom Status Schleswigs konkrete politische Konsequenzen zu bekommen.¹⁹ Spätestens im den deutschen und dänischen Revolutionen von 1848 folgenden Ersten Schleswigschen Krieg zeigte sich die Unvereinbarkeit der nationalen Grundannahmen: Während dänischgesinnte Nationalliberale wie Orla Lehmann die Durchsetzung der Eiderpolitik und

damit weitgehende Vereinigung Schleswigs mit dem Königreich forderten, wandten sich deutschgesinnte Nordschleswiger an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt mit dem Wunsch nach einer gemeinsamen Zukunft der Herzogtümer und energischer Ablehnung aller damals kursierenden Vorstellungen von einer Teilung Schleswigs nach sprachlichen Gesichtspunkten.²⁰ Als der schleswig-holsteinische Aufstand nach dem Ende der Bundeshilfe von dänischen Truppen niedergeschlagen wurde, schien die nationale Aufspaltung Nordschleswigs bereits unumkehrbar. Weder die Danisierungsversuche des anschließenden Jahrzehnts noch die dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 folgenden Germanisierungsbemühungen bis zum Ersten Weltkrieg konnten die entstandenen Grundvoraussetzungen wieder umstürzen.²¹



Abb. 3 Kaiserliches deutsches Straßenschild aus Sonderburg

Während des halben Jahrhunderts im preußischen-deutschen Staatsverband verminderte sich der Mobilisierungsbedarf der angestammten deutschgesinnten Nordschleswiger. Die Konfliktlinie verlief nun zwischen der lokalen dänischen Mehrheitsbevölkerung und der preußischen Staatsverwaltung. Durch die Zuwanderung deutscher Beamter und Arbeiter wurden die Sprachverhältnisse in den nordschleswigschen Städten merkbar beeinflusst, während die meisten ländlichen Bereiche davon weniger betroffen waren. Da viele der Zuwanderer nach dem erneuten Souveränitätswechsel 1920 Nordschleswig mehr oder weniger freiwillig wieder verließen oder vor allem in der Arbeiterschaft auch assimiliert wurden, erhielten sie wenig Bedeutung für die heimdeutsche Bevölkerungsgruppe.²²

Alleine im dänischen Nationalstaat: Die deutsche Minderheit nach 1920

Mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg erschien auch die schleswigsche Frage wiederum auf der internationalen Tagesordnung. Für die lokale dänische Minderheit war sie zwar immer aktuell geblieben, auch wenn die Rufe nach Implementierung einer im Prager Frieden von 1866 zwischen Preußen und Österreich angedachten Volksabstimmung im nördlichen Schleswig nach Aufhebung dieser Klausel 1878 immer illusorischer wurden.²³ In der internationalen Diplomatie schien der im vorhergehenden Jahrhundert noch vielumstrittene Konfliktstoff aber weitgehend abgeschlossen. Im November 1918 erklärte sich die neue demokratische Reichsregierung zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in Nordschleswig bereit, und wenig später trug die dänische Regierung auf Aufforderung des dänischen Nordschleswigschen Wählervereins die Frage an die in Versailles tagende Friedenskonferenz heran. Der Vertrag von Versailles ordnete sodann in seinen Artikeln 109 - 114 eine Lösung der Grenzfrage durch zwei getrennte Volksabstimmungen an.²⁴ Nördlich einer Linie, die nördlich von Flensburg und südlich von Tondern von der Ostsee zur Nordsee reichte, stimmten knapp drei Viertel der rund

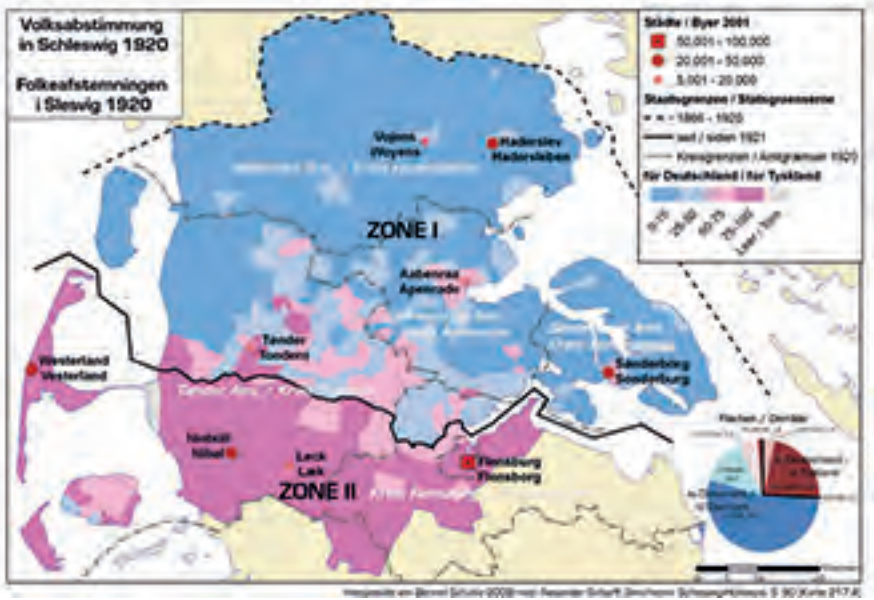


Abb. 4 Ergebnis der Volksabstimmungen 1920 über die deutsch-dänische Grenzziehung

100.000 Abstimmungsteilnehmer am 10. Februar 1920 für Dänemark.²⁵ Da die Abstimmung in dieser Zone 1 en bloc durchgeführt wurde, blieben die zum Teil nicht unbeträchtlichen deutschen Mehrheiten in grenznahen Gemeinden wie Tondern und Hoyer ohne Einfluss auf den Ausgang. Einen Monat später folgte das Plebiszit in der Zone 2, die von Flensburg quer über das mittlere Schleswig reichte. Obwohl die Abstimmungsregeln in dieser Zone eine gemeindeweise Entscheidung vorsahen, konnte die dänische Seite bei einem Gesamtanteil von rund 20 Prozent der 65.000 Wähler in keiner der betroffenen Kommunen eine Mehrheit erzielen.²⁶ Der Oberste Rat der Friedenskonferenz teilte Schleswig daher mit nur geringen Abweichungen entlang der Demarkationslinie der beiden Abstimmungszonen.

Aus den Deutschgesinnten der Zone 1 wurde damit endgültig die deutsche Minderheit in Dänemark. Trotz der langen Geschichte dieser Bevölkerung war dies in vielerlei Hinsicht eine vollkommen neue Situation. Gewiss waren Deutschsprachige in Nordschleswig immer in der Minderheit gewesen. Zur Zeit des Gesamtstaates war dies allerdings zumeist im Rahmen einer ausgeprägten Sonderstellung Schlesiens (und natürlich auch Holsteins) zu sehen, in der sich lokale deutschsprachige Minderheiten zugleich doch als Teil einer herzogtümlichen Mehrheit empfinden konnten. Unter preußischer Herrschaft kam dieser Gesichtspunkt noch deutlicher zur Geltung. Nunmehr allerdings befanden sich die deutschorientierten Nordschleswiger in einem sich bewusst als dänischer Nationalstaat definierenden Staatswesen, in dessen Gesamtbevölkerung sie nur eine verschwindend kleine Minderheit darstellten.

Im Rahmen des Plebiszits hatte rund ein Viertel der Wähler für Deutschland gestimmt, was aber nicht als Richtschnur für die Zukunft gelten konnte. Ein Teil der Stimmen stammte von im Landesteil Geborenen, die nur zur Abstimmung angereist waren und nicht nach Nordschleswig zurückkehren wollten oder konnten. Wesentlicher noch war die bedeutende Abwanderung, die vor allem in den Städten zu einer deutlichen Verminderung des deutschen Bevölkerungsanteils führte. Besonders drastisch war dieser Rückgang in Tondern, wo in den 1920er Jahren – bei einer Gesamteinwohnerzahl von rund 6000 im Jahre 1925 – nicht weniger als 1700 Menschen in das Deutsche Reich abwanderten.²⁷ Diese Einschnitte führten zu einer sichtbaren Veränderung in der Zusammensetzung der deutschgesinnten Bevölkerung in Nordschleswig, die sich durch den großen Aderlass an zugewanderter und städtischer Bevölkerung in steigendem Maße um ihren ländlichen, heimdeutschen Kern sammelte. Dieser Kern erwies sich aber zur Überraschung mancher als durchaus

Jahr	Stimmen	Jahr	Stimmen
1920	7505	1953(1)	8438
1924	7715	1953(2)	9721
1926	10422	1957	9202
1929	9787	1960	9058
1932	9868	1964	9274
1935	12617	1966	-
1939	15016	1968	6831
1947	7464	1971	6743
1950	6406		

Tab. 1 Stimmen für die Schleswigsche Partei in dänischen Parlamentswahlen 1920-1971

widerstandskräftig. Während dänische Aktivisten wie H. V. Clausen davon ausgegangen waren, dass die heimdeutsche Bevölkerung nach einer Angliederung an Dänemark rasch dahinschwinden werde „wie Tau in der Sonne“, stabilisierte sich die Minderheit in der Praxis bei rund 15 Prozent der nordschleswigschen Einwohnerschaft.²⁸ In den Wahlen zum dänischen Parlament, dem Folketing, erreichte die deutschorientierte Schleswigsche Partei in der Zwischenkriegszeit zwischen 13 und knapp 16 Prozent der regionalen Stimmen, wobei die bei großer Mobilisierung auf beiden Seiten erreichten 15.000 Stimmen des Jahres 1939 mit ihrem Anteil von 15,9 Prozent den Höchststand markierten (Tab. 1) und zugleich unterstrichen, dass sich die Minderheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten eher gefestigt hatte.²⁹ Dies drückte sich auch in einer umfassenden Organisationsstruktur aus. Während es im Kaiserreich die dänische Bevölkerung war, die ein feinmaschiges Netz von politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vereinigungen errichtet hatte, folgte nunmehr die früher oft passive deutsche Bevölkerungsgruppe ihrem Beispiel. Diese innere Konsolidierung als Minderheit wurde von Anfang an auch als Zwischenlösung für eine erhoffte Rückgliederung an Deutschland empfunden. Schon die Umstände der Abstimmung mit ihren weitgehend nach dänischen Vorstellungen entworfenen Abstimmungsmodalitäten und Zoneneinteilungen hatten bittere Kritik hervorgerufen, weil sie durch die Zuteilung überwiegend deutscher Randkommunen wie Tondern an eine en bloc abstimmende Nordzone das Ergebnis des Plebiszits im Wesentlichen vorwegnahmen.³⁰ Daher konzentrierten sich die Revisionsfor-

derungen der Zwischenkriegszeit hauptsächlich auf die Kerngebiete der Minderheit entlang der südlichen Grenze, wenngleich die mehr verstreuten Minderheitsangehörigen im Norden des Landstriches gerade aus der starken deutschen Präsenz im Süden ihre Hoffnung auf eine zukünftige Totalrevision der Grenzfrage ableiteten. Für die deutsche Reichsregierung hatte die Nordschleswigfrage angesichts der weit drängenderen Grenzkonflikte vor allem an der Ostgrenze aber nur untergeordnete Bedeutung.³¹

Die nationalsozialistische Machtübernahme im Deutschen Reich brachte zwar eine rhetorische Verschärfung seitens schleswig-holsteinischer Partei- und Regierungsstellen und eine zunehmende Nazifizierung der zuvor bürgerlich-konservativ dominierten Minderheitenführung in Nordschleswig, änderte aber wenig an der pragmatischen Unterordnung der Grenzfrage unter außenpolitische Großinteressen, zu denen nicht zuletzt der Wunsch nach guten Beziehungen zu Dänemark und dem übrigen Skandinavien zählte. Nicht einmal der deutsche Einmarsch in Dänemark am 9. April 1940 führte deswegen zu einer grundsätzlichen Veränderung der staatsrechtlichen Situation. Da die Reichsregierung den Anschein einer Friedensbesetzung aufrechterhalten und die dänische Regierung lange durch eine weitgehende Verhandlungspolitik schlimmere Folgen von ihrem Land abwenden wollte, standen Grenzveränderungen nicht auf der unmittelbaren politischen Tagesordnung.³²

Die Situation der deutschen Minderheit änderte sich jedoch merkbar. Aus nationalsozialistischer Sicht, und damit aus Sicht der an der Macht befindlichen Regierung in Deutschland, stellten die deutschen Minderheiten in Europa natürliche Vorposten des Reiches dar.³³ Daraus erwachsen Schutzverpflichtungen des deutschen Staates, aber auch Solidaritätspflichten der Minderheiten gegenüber diesem Staat. Diese ideologischen Abstraktionen erhielten konkrete Bedeutung, wenn sich deutsche militärische und zivile Institutionen durch Bündnisverhältnisse oder militärische Besetzung direkten Einfluss auf die Minderheiten und deren Heimatstaaten gesichert hatten, wie dies während des Zweiten Weltkrieges in weiten Teilen Europas der Fall war, darunter auch in Dänemark. In dieser Situation war das Verhältnis der jeweiligen Minderheiten zur Reichsregierung nicht mehr allein nach eigenen Vorstellungen gestaltet, sondern in beträchtlichem Ausmaß von den Zielsetzungen des stärkeren Partners geprägt. Besonders deutlich kam dies in Südtirol zum Ausdruck, wo sich die lokale Bevölkerung bis zur geplanten Aussiedlung hin den außenpolitischen Prioritäten der Reichsregierung unterordnen zu müssen glaubte.³⁴ In Dänemark führte die deutsche Besetzung zu einer umfangreichen



Abb. 5 Aufmarsch der „Schleswigschen Kameradschaft“ in der Sonderburger Perlstraße Ende der 1930er Jahre mit Hans Harreby an der Spitze, zweiter von links der spätere Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbüll

Zusammenarbeit zwischen den Minderheitenorganisationen und reichsdeutschen Stellen. Erstere waren nicht nur finanziell und organisatorisch auf deutsche Unterstützung angewiesen, sondern auch über Jahrzehnte hinweg davon ausgegangen, ihre eigenen politischen Zielvorstellungen wie Selbstverwaltung und Grenzveränderung nur mit Hilfe aus Berlin umsetzen zu können. In der Tat konnten etwa auf schulischem Gebiet gewisse Erleichterungen seitens des dänischen Staates erreicht werden. In größerem Umfang aber stellte sich die Minderheit in den Dienst ihres deutschen Patronagestaates, wozu sowohl gefühlsmäßige Abhängigkeit als auch pragmatische Interessenspolitik beitrugen.³⁵

Als besonders folgenschwer erwies sich die Teilnahme deutscher Nordschleswiger am deutschen Kriegseinsatz. Bereits vor der Besetzung des Landes hatten sich einzelne Nordschleswiger zum Einsatz in der Waffen-SS gemeldet, die ihnen als nichtdeutschen Staatsbürgern leichter zugänglich war als die reguläre Wehrmacht, die aus völkerrechtlichen Überlegungen bei der Rekrutierung ausländischer Staatsangehöriger nicht zuletzt auch in Dänemark Zurückhaltung übte.³⁶ Während der deutschen Besetzung des Landes wurden die Anwerbungsmöglichkeiten der

Waffen-SS erheblich ausgeweitet, wobei sich die Minderheitenführung vor allem nach den großen Verlusten an der Ostfront einem immer stärkeren Druck zur Erfüllung militärischer Zielvorgaben gegenüber sah.³⁷ In Nordschleswig selbst war man wenig an größeren Anwerbungen interessiert, nicht so sehr aus grundsätzlicher Ablehnung, sondern vornehmlich aus Sorge über die drohende Schwächung einer ohnehin kleinen Volksgruppe. Insgesamt kamen rund 2000 deutsche Nordschleswiger im deutschen Militär zum Einsatz, die meisten davon in der Waffen-SS.³⁸ Ein gutes Drittel überlebte diesen Einsatz nicht. Ab 1943 richtete die Minderheit auch einen eigenen sogenannten Zeitfreiwilligendienst und Selbstschutz ein, um der Minderheit ein militärisches Werkzeug in Nordschleswig zu verschaffen und zugleich noch umfassendere Werbungen zum Kampfeinsatz zu verhindern. Obwohl diese Einheiten wenig praktische Bedeutung erhielten und die Zeitfreiwilligen zunehmend der Aushebung von Panzerabwehrgräben nachgingen, waren sie in der dänischen Bevölkerung besonders negativ angesehen, da sie ja im Gegensatz zu den Kriegsfreiwilligen im Landesteil selbst stationiert waren.

Als sich die militärische Lage unverkennbar gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten zu wenden begann, nahmen auch die Spannungen in Dänemark zu. Die Verhandlungspolitik der dänischen Regierung endete mit deren Rücktritt im Sommer 1943, wenngleich ihre Grundzüge auch danach von den zuständigen Ministerialbeamten fortgeführt wurden. Der Widerstand gegen die deutsche Besatzung nahm zu, und auch in Nordschleswig kamen die Konfliktlinien deutlicher zum Ausdruck. Selbst innerhalb der Minderheit traten Unstimmigkeiten auf, die sich auch in der Sammlung eines Haderslebener Kreises äußerten. Diese kleine informelle Gruppierung trennte sich endgültig vom Gedanken an Wiedervereinigung mit Deutschland und stellte sich in anfangs nur intern verbreiteter Neuorientierung auf eine Zukunft als lokale Minderheit im Rahmen eines demokratischen dänischen Staates ein.³⁹ Als offen vertretene Position konnten sich diese Gedanken aber erst nach dem Ende des Krieges mit der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger im November 1945 etablieren.

Am Ende der Geschichte? Die deutsche Minderheit bei Kriegsende 1945

Mit der Kapitulation des Deutschen Reiches fiel die nationalsozialistische Eroberungspolitik auf die deutschen Minderheiten in weiten Teilen Europas zurück. Die internationale Gegenreaktion stärkte den Einfluss derje-

nigen, die schon immer vor der Gefährlichkeit und Illoyalität der einheimischen deutschen Bevölkerung gewarnt hatten. Auch in Dänemark kam es zu Forderungen nach Ausweisung großer Teile der Minderheit, vor allem seitens der dänischen Widerstandsbewegung.⁴⁰ Eine Anzahl von Gebäuden und Denkmälern wurde durch Anschläge zerstört, und vereinzelt kam es auch zu direkten Angriffen auf Minderheitsangehörige, deren tragischer Höhepunkt die noch 1948 auf ein Hotel abgefeuerten Pistolenschüsse waren, die ein Mitglied einer deutschen Laientheatergruppe das Leben kosteten.⁴¹ Die Einrichtungen der Minderheit wurden zum großen Teil beschlagnahmt, wobei vor allem die Einstellung des deutschen Schulwesens langwierige Folgen für die davon betroffenen Schülerjahrgänge mit sich brachte.

Besonders umfassend wurde die Minderheit von der juristischen Aufarbeitung der Besatzungszeit betroffen, die im Dänischen als „retsopgør“, also als Rechtsabrechnung, bezeichnet wird. Hierin versuchte Dänemark die Vergeltung für Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht nicht durch willkürliche Gewalt, sondern durch rechtsstaatliche Mittel durchzuführen. Schwierig war dabei allerdings eine juristisch unangreifbare Definition rechtswidriger Zusammenarbeit, da diese einerseits auf rückwirkende Strafbestimmungen zurückgreifen musste und andererseits nicht immer im Einklang mit den Aussagen dänischer Regierungsstellen während des Krieges stand.⁴² Besonders betroffen von dieser Rechtsabrechnung waren Mitglieder der deutschen Minderheit, die mit rund 3000 ein Viertel aller Verurteilten bildeten, wobei deren Vergehen ganz überwiegend in der Mitgliedschaft in deutschen militärischen oder paramilitärischen Organisationen bestand. Die knapp 1300 Urteile auf Haftstrafe zwischen einem und zwei Jahren Gefängnis bildeten dabei die größte Einzelgruppe, während gut 800 Urteile darunter und rund 700 darüber lagen.⁴³ Damit war rund ein Viertel der erwachsenen Minderheitsangehörigen strafrechtlich verfolgt worden, und wenn die Periode der Inhaftierungen anfangs der 1950er Jahre auch zu Ende ging, dauerten die sozialen und beruflichen Nachwirkungen länger an.

Obwohl die unmittelbar Betroffenen wie auch die Minderheit im Allgemeinen diese Rechtsschritte als ungerechtfertigt empfanden, zeigten sich doch deutliche Unterschiede zur Erfahrung der deutschen Bevölkerungsgruppen im Großteil Osteuropas. Die Forderungen nach Massenausweisungen konnten sich nicht durchsetzen.⁴⁴ Bei allen Ressentiments in der dänischen Öffentlichkeit gab es immer wieder Stimmen, die zu Mäßigung und Rechtsstaatlichkeit mahnten.⁴⁵ Neben der Zerschlagung von Minderheiteninstitutionen gab es auch frühzeitig die Neugründung einer eigenen

Zeitung und die Möglichkeit zur Teilnahme an politischen Wahlen, einschließlich der Aufstellung von Kandidaten. Zuletzt konnten nach zähen Verhandlungen auch 13 der beschlagnahmten Schulgebäude zurückgekauft werden, sodass sich der deutsche Schulunterricht schrittweise wieder etablieren konnte.

Für die Nachkriegsidentität der Minderheit bekamen diese Erfahrungen eine lange andauernde Bedeutung. Einerseits brachten sie eine fühlbare Verminderung der Gesamtstärke mit sich. Noch am wenigstens kam dies in den Wahlergebnissen zum Ausdruck, wo die Minderheit zwar deutliche prozentuelle Verluste erlitt und zuletzt auch ihren einzigen Sitz im dänischen Parlament einbüßte, aber in absoluten Zahlen bemerkenswerte Beständigkeit bewies (Tab. 1). Die Wahlentwicklung zeigte erneut, dass die deutschorientierten Nordschleswiger auf einem bei etwas unter 10.000 Erwachsenen liegenden Kern aufbauen konnten, der sich in den dreißiger Jahren bei großer Mobilisierung um die Hälfte hatte ausweiten lassen. Dieser weitere Kreis war nach dem Krieg nicht mehr mobilisierbar, aber der Grundstock hatte trotz moderater Einbußen Bestand.

Wirtschaftliche Institutionen wie die Kreditgenossenschaft Vogelgesang, die zur Bestandsbewahrung deutschen Agrarbesitzes gegründet worden war, aber auch kulturelle Einrichtungen wie das umfangreiche Bibliothekswesen gingen indes meist entschädigungslos verloren. Besonders schwerwiegend waren die Einbußen auf schulischem Gebiet. In der Zwischenkriegszeit hatte die deutsche Minderheit besonderen Wert auf den Aufbau eines umfassenden Schulwesens gelegt, das sowohl innerhalb des staatlichen Unterrichtssystems als auch auf privater Basis angesiedelt war (Tab. 2). Dieser Fokus war nicht erfolglos geblieben, wie aus den langsam wachsenden Schülerzahlen ablesbar war. Als dieses Unterrichtssystem durch Einstellung der öffentlichen Minderheitenschulordnung und Beschlagnahme der Privatschulgebäude ein Ende gefunden hatte, musste auf bescheidenerer Grundlage neu begonnen werden. In den 1950er Jahren konnte sich das nunmehr auf rein privater Basis stehende Minderheitenschulwesen wieder auf über 1000 Schüler ausweiten, was allerdings nur zwischen einem Viertel und einem Drittel der Zwischenkriegszahlen entsprach. Dieses Niveau konnte in den darauffolgenden Jahrzehnten aber behauptet werden.

Ungeachtet dieser Rückschläge zeigte sich ein sichtbarer Beharrungswillen innerhalb der Minderheit. In mancherlei Hinsicht verstärkten die juristischen und gesellschaftlichen Folgen der Rechtsabrechnung sogar diese Selbstbehauptung, da sie die Betroffenen enger zusammenschweißten und die soziale Abgrenzung zwischen Mehrheit und Minderheit vertieften.

Jahr	Schulen	Schüler
1921	29	2830
1931	56	3393
1937	86	4006
1944	90	4009
1947	5	249
1951	25	825
1961	28	1376
1971	23	1413
1991	17	1155
2001	16	1348

Tab. 2 Gesamtschülerzahl in deutschen Minderheitenklassen 1921-2001 (ausgewählte Jahre)

Zugleich stellte sich damit aber die Frage, wie sich die Minderheit politisch und identitätsmäßig auf die neuen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen einstellen sollte. Innerhalb der deutschen Bevölkerung gab es in den ersten Jahren zwei zentrale Gruppierungen. Nach außen hin trat der Haderslebener Kreis von politisch meist unbelasteten Personen aus unternehmerischen und kirchlichen Kreisen in den Vordergrund. Weitaus umfangreicher war die Gruppe der im Faarhuslager Internierten und strafrechtlich Verurteilten, die allerdings gerade aus diesem Grund ihre numerische Überlegenheit nicht voll zur Geltung bringen konnten. Beide Gruppen waren sich einig in der Ablehnung der umfassenden Strafmaßnahmen gegenüber den deutschen Nordschleswigern und ihren Institutionen. Auch in der Abwendung vom Nationalsozialismus und allen Hoffnungen auf schlussendliche Wiedervereinigung mit Deutschland gab es wenig Abweichung. Größer waren die Unterschiede in der Bewertung der eigenen Mitverantwortung für die nunmehrige Notlage und der Bereitschaft zur Aufgabe traditioneller Zielvorstellungen. Während der Haderslebener Kreis die Loyalität zum dänischen Staat in den Mittelpunkt stellte und durch Anerkennung eigener Schuld eine Milderung der dänischen Sanktionen erreichen wollte, legten Vertreter der Internierten wie auch der langjährige Wortführer der Minderheit, der Pastor und Parlamentarier Johannes Schmidt-Wodder, das Hauptgewicht auf ihre Kritik an der Unrechtmäßigkeit der dänischen Vorgangsweise.⁴⁶

Bei der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), der neuen Zentralorganisation der Minderheit, setzte sich der zusammenarbeitsorientierte Kurs des Haderslebener Kreises weitgehend durch und bildete damit einen wichtigen Grundstein für die zukünftige Ausrichtung der Minderheit. Die Gründungserklärung begann deswegen mit einer Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen König, dem dänischen Staat und der bestehenden Grenze sowie mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zur demokratischen Staatsform, während die Forderung nach kultureller Gleichstellung erst in späteren Punkten folgte.⁴⁷ Als dieser Kurs allerdings nicht die erhofften Erleichterungen für die Minderheit vor allem in der Rechtsverfolgung mit sich brachte, nahmen die Richtungskämpfe innerhalb des BdN wieder zu. Nachdem der Großteil der Internierten seine Strafen abgesessen hatte, begannen sie sich auch persönlich wieder innerhalb der Minderheit zu engagieren, wodurch die Repräsentanten des Haderslebener Kreises weiter in den Hintergrund rückten.⁴⁸

Spiegelverkehrte Gemeinsamkeiten: Nord- und Südschleswig in den Nachkriegsjahrzehnten

Die Zukunft der deutschorientierten Bevölkerungsgruppe in Nordschleswig wurde allerdings nicht in erster Linie von internen Richtungsdiskussionen und -entscheidungen beeinflusst. Vielmehr zeigte sich nach dem zwischenzeitigen Verschwinden des deutschen Staates als eigenständiger politischer Handlungsträger wieder die Bedeutung der Minderheitenfrage als bilaterales internationales Problem und der Zusammenhang zwischen den rechtlichen Rahmenbedingungen nördlich und südlich der Grenze. Vor allem die rasche Zunahme der dänischgesinnten Bevölkerung im Süden Schleswigs stellte die Weichen neu.

Während die Grenzfrage in der Zwischenkriegszeit mangels einer schlagkräftigen dänischen Minderheitsbevölkerung in erster Linie von deutscher Seite problematisiert wurde, wenngleich dänische Aktivisten die Hoffnung auf zukünftige Veränderungen nicht allesamt aufgegeben hatten, stellten die ersten Nachkriegsjahre diese Verhältnisse auf den Kopf.⁴⁹ Von einem Tiefstand von rund 3000 Mitgliedern im Jahre 1944 hatte die organisierte dänische Minderheit sich schon 1945 auf 10.000 ausgeweitet und in den darauffolgenden Jahren auf über 70.000 vervielfacht.⁵⁰ Dänische amtliche Stellen standen dem aus Südschleswig kommenden Ruf nach Souveränitätswechsel anfangs mit Zurückhaltung gegenüber, da man dem Sinneswandel noch nicht recht vertraute und die Grenzfrage nicht durch Neu-etablierung einer starken deutschen Minderheit prolongieren woll-

te. Als sich unter dem Eindruck des fortgesetzten Zustroms in dänische Organisationen vor allem bei den bürgerlich-konservativen Parteien ein Umdenken abzeichnete, war die Gelegenheit für rasche Veränderungen - soweit je vorhanden - bereits verstrichen. Gegen Ende der 1940er Jahre ebte der Zustrom in dänische Organisationen und der Stimmenanteil der ihre politischen Interessen vertretenden Südschleswigschen Wählervereinigung (SSW) bereits wieder ab.⁵¹

Die dänischgesinnte Bevölkerungsgruppe in Südschleswig stabilisierte sich dennoch auf einem weit höheren Niveau als in der Zwischenkriegszeit, wobei sie gleichzeitig ihr deutsches Gegenstück nördlich der Grenze deutlich überholt hatte. Nach Abklingen der Forderungen nach Grenzrevision stand damit die Frage nach Sicherung von Minderheitsrechten im Mittelpunkt der deutsch-dänischen Gespräche. In diesem Zusammenhang konnte die schleswig-holsteinische Landesregierung auch immer wieder die Lage der deutschen Nordschleswiger thematisieren und einen Zusammenhang zwischen der Rechtsstellung der Minderheiten beiderseits der Grenzen einfordern. Obwohl die dänische Regierung keine international verbindliche Verknüpfung wünschte, legten die parallelen Grundsatzserklärungen der deutschen und dänischen Regierung (Bonn-Kopenhagener Erklärungen) im Jahre 1955 die Rahmenvorgaben einer versöhnlichen Minderheitenpolitik fest.⁵²

Die für die deutsche Minderheit relevante Kopenhagener Erklärung erhielt ihre vornehmliche Bedeutung nicht so sehr aus ihrem Inhalt, sondern aus ihrer Umsetzung. Der Inhalt selbst führte neben den Grundrechten aller dänischer Staatsbürger vor allem an, dass das Bekenntnis zur deutschen Minderheit frei sei und dieser Minderheit nicht zuletzt im Unterrichtswesen und in den Medien gebührende Ausdrucksmöglichkeiten gegeben werden sollten.⁵³ Wichtiger als diese zum Teil recht allgemein gehaltenen und durch wiederholte Hinweise auf die geltenden Gesetze relativierten Grundaussagen war aber neben der Tatsache einer öffentlichen Deklaration an sich die in der Präambel ausgedrückte Zielvorstellung, mit dieser Erklärung „das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern.“⁵⁴ Dieser Wunsch nach Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen, der angesichts des im gleichen Jahre erfolgenden Beitritts der Bundesrepublik zum westlichen Militärbündnis NATO auch amerikanische und andere Großmachtinteressen berührte, bildete die für die darauffolgende politische Wirklichkeit in der Grenzregion wohl bedeutungsvollste Richtschnur.

Nach dem Abklingen der Nachkriegsspannungen setzte eine Ruhe- und Aufbauphase für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze ein. Mit erheblicher Staatshilfe wurde ein umfassendes organisatorisches Netzwerk geschaffen, das die weiterhin oder wiederum verhältnismäßig kleinen Minderheiten vor allem auf kulturellem Gebiet zu manchmal beneideten Modellfällen in Europa machte. Beide Staaten sorgen mit großzügigen Zuschüssen für die Aufrechterhaltung dieser Infrastruktur, wobei die jeweiligen Beiträge sowohl an die Minderheit im Inland wie an ihr Gegenstück jenseits der Grenze gingen. Im Jahre 2000 erhielt die dänische Minderheit finanzielle Unterstützung im Umfang von 358,9 Millionen dänischen Kronen (DKK) von dänischen und 222,2 Millionen DKK von deutschen öffentlichen Institutionen. Die deutsche Minderheit in Dänemark wiederum empfing 91 Millionen DKK von dänischer und 67,9 Millionen DKK von deutscher Seite. Insgesamt erhielten die beiden Minderheiten damit einen Jahreszuschuss von 740 Millionen dänischen Kronen.⁵⁵

Die großzügige finanzielle Ausstattung hat erheblich zur Stabilisierung der Minderheiten beitragen. Wenn man vom Sonderfall des als politische Partei regional bedeutsamen SSW absieht, sind sie im öffentlichen Erscheinungsbild allerdings nicht sehr präsent.⁵⁶ Zweisprachige topographische Aufschriften sind trotz wiederkehrender Diskussionen bislang noch wenig verbreitet, wenngleich südlich der Grenze schon seit einigen Jahren und nördlich davon in allerjüngster Zeit erste Ansätze erkennbar wurden.⁵⁷ Die Anwendung der Minderheitensprachen in allgemeinen öffentlichen Einrichtungen und Ämtern ist kaum gebräuchlich, was angesichts der sprachlichen Gegebenheiten in Schleswig allerdings nur beschränkte praktische Bedeutung hat.

Die klare Festlegung auf das persönliche Bekenntnis als ausschließliches Entscheidungskriterium der Minderheitszugehörigkeit hat auch erhebliche Schwankungen in der Mitgliedschaft bewirkt. Vor allem südlich der Grenze hat dies immer wieder zu Diskussionen und Konflikten geführt. Waren es in den ersten Nachkriegsjahren vor allem bundesdeutsche Stellen, die die genuine Zugehörigkeit von deutschsprachigen Neuzugängen zur dänischen Minderheit in Frage stellten, entzündete sich in späteren Jahrzehnten innerhalb der Minderheit selbst eine Diskussion über kulturelle Mindestanforderungen. Vor allem im Schulbereich kamen diese Konflikte immer wieder zum Vorschein zwischen Eltern, die sich bewusst der Minderheit zuordneten, und anderen, die sich vornehmlich von den pädagogischen Prinzipien der Minderheitenschulen angesprochen fühlten oder ihren Kindern den Erwerb einer weiteren Sprache auf muttersprachähnlichem Niveau ermöglichen wollten.⁵⁸ Da einer repräsentativen



Abb. 6 Einschulung an der (inzwischen nicht mehr existierenden) Deutschen Schule in Norderlügum 1968, die Schülerinnen mit sonst in Dänemark unbekanntem Schultüten

Untersuchung aus den späten 1990er Jahren zufolge nur rund 10 - 15 Prozent der Schüler aus einem dänischsprachigen Heim kamen, hatte die Frage nach der Rolle der beiden Sprachen mehr als bloß akademische Bedeutung.⁵⁹

Auch für die deutsche Minderheit nördlich der Grenze brachte die Entspannung in der Grenzregion merkbare Veränderungen ihres Selbstverständnisses. Wenngleich die Attraktivität der deutschen Schulen für dänische Schüler vor allem in den nördlichen Randgebieten langsam zunahm, war es der Minderheit angesichts des in den Nachkriegsjahren auch in der Grenzregion unverkennbaren Imageunterschiedes zwischen Deutschland und Dänemark nicht möglich, ins Gewicht fallende Neuzugänge zu erhalten. Aufgrund der historischen Wurzeln als Bekenntnisgemeinschaft gehörten sprachliche Niveauunterschiede aber auch innerhalb der Minderheit zur alltäglichen Erfahrung, wie aus einer Untersuchung an der deutschen Schule in Tingleff Anfang der 1980er Jahre hervorgeht. Auch hier gaben fast zwei Drittel der Schüler an, dass sie zu Hause ganz überwiegend Dänisch sprachen (fast immer in Form des lokalen Dialekts).⁶⁰

Da die deutsche Sprache also innerhalb der nordschleswigschen Minderheit als Muttersprache nicht vorherrschte und sogar an Boden verlor, stellte sich auch hier der Frage nach der Grundlage der Sonderidentität. Diese Frage war für die Angehörigen der Kriegsgeneration angesichts ihrer von der dänischen Norm so abweichenden Lebenserfahrung verhältnismäßig leicht zu beantworten. Viel schwieriger wurde dies für nachfolgende Generationen, die sich nicht nur kulturell kaum von der Mehrheitsbevölkerung unterschieden, sondern auch gesellschaftlich und gefühlsmäßig immer unproblematischer in sie integriert waren. In diesen Generationen fand daher eine zunehmende Neudefinierung weg von einem generellen deutschen Selbstverständnis hin zu einem Selbstverständnis als deutsche Nordschleswiger und zuletzt auch als nach beiden Seiten offene Nordschleswiger statt. Schon eine Untersuchung in den 1970er Jahren ergab, dass sich in der Altersgruppe der Zwanzig- bis Dreißigjährigen nur noch 42 Prozent der Befragten in erster Linie als Deutsche oder deutsche Nordschleswiger (mit Betonung auf deutsch) definierten, während die Generation der über Sechzigjährigen dies noch zu 71 Prozent tat. Für die Mehrzahl der Jüngeren lag die Betonung dagegen auf Zugehörigkeit zur Heimatregion.⁶¹ In den darauffolgenden Jahrzehnten hat diese Entwicklung eher zugenommen und lässt damit Anklänge an das von Tara Zahra und anderen popularisierte Konzept der nationalen Indifferenz erkennen, wenngleich nicht in der von diesen Forschern besprochenen vornationalen, sondern in einer postnationalen Form.⁶² Dabei ist allerdings das ambivalente Verhältnis zwischen regionalen und nationalen Selbstbildern zu berücksichtigen, die sowohl als Ergänzungen wie als Gegensätze angelegt sein können.⁶³

Schlussfolgerungen

Im Europa der Nachkriegszeit stellt die deutsche Minderheit in Dänemark ein in vielerlei Hinsicht bemerkenswertes Phänomen dar. Mit einer Gesamtstärke von wenigen zehntausend Mitgliedern zu ihren besten Zeiten war ihre zahlenmäßige Stärke sehr gering und konnte sich in keiner Weise mit den vielfach größeren Minderheiten in Mittel- und Osteuropa messen. Zudem waren die Deutschorientierten trotz ihrer Zentrierung im Süden des Siedlungsgebietes über ganz Nordschleswig zerstreut und zumindest in der Nachkriegszeit in keinem Lokalbereich mehr in der Überzahl. Vor allem aber unterschieden sich die Minderheitsangehörigen weder sprachlich noch religiös oder herkunftsmäßig wesentlich von ihrer Umgebung, sodass ihre Zugehörigkeit zur Minderheit auf einer persönli-

chen Willensentscheidung beruhte. Eintritt und Austritt waren verhältnismäßig einfach und selbstgewählt.

Angesichts dieser Beweglichkeit hätte sich die Krisensituation der Nachkriegsjahre leicht als das Abschlusskapitel dieser Minderheit erweisen können. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Entwicklung südlich der Grenze vor Augen hält, wo rund die Hälfte der alteingesessenen deutschsprachigen Bevölkerung sich zumindest zeitweise nach Dänemark hin orientierte und der südschleswigschen dänischen Bewegung ein beispielloses Wachstum verschaffte. Wenn große Teile der deutschsprachigen Bevölkerung im südlichen Schleswig sich nach 1945 nicht mehr als Deutsche identifizieren wollten, stellt sich die Frage, warum die überwiegend dänischsprachige deutsche Minderheit nördlich der Grenze den weitgehenden Verlust ihrer Infrastruktur überleben und ihre identitätsmäßigen Grundlagen bewahren konnte.

In den kritischen ersten Jahren kam es der Minderheit als Institution zugute, dass sie die umfassende Ablehnung, die ihr seitens der Mehrheitsbevölkerung entgegenschlug, in ihrer Sondersphäre festhielt. Es war nicht ohne eine gewisse Ironie, dass sich die zeitgenössische dänische Öffentlichkeit durchaus offen für die Integration deutschsprachiger Südschleswiger zeigte, deren Verbindungen zum alten Regime in dieser nationalsozialistischen Kernregion bei aller versuchten Abgrenzung doch ziemlich weitverbreitet waren, während der Trennstrich gegenüber der einheimischen Minderheit überaus scharf gezogen wurde. Umgekehrt bewahrte die demokratische Grundstimmung in Dänemark die Minderheit vor der Verwirklichung von Vertreibungsszenarien, die in Osteuropa zur Praxis und in Dänemark zumindest angedacht wurden.

Auf längere Sicht war es aber neben der eigenen Hartnäckigkeit wohl in erster Linie der Glücksfall der impliziten Parallelität, der den Fortbestand der deutschen Minderheit in Nordschleswig sicherte. Durch den massiven Wachstumsprozess der dänischorientierten Bevölkerung in Südschleswig bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsgrenze oblag der dänischen Regierung nunmehr die Interessensvertretung für eine Minderheit in Deutschland, welche die deutschen Nordschleswiger zahlenmäßig weit übertraf. Bei aller Ablehnung formeller Gegenseitigkeit wurde dänischen Regierungsstellen bald klar, dass sich die Etablierung solider Minderheitenrechte südlich der Grenze nicht ohne vergleichbare Zugeständnisse im eigenen Staatsgebiet dauerhaft sichern lassen würde. Zugleich hatte die langsame Integration der frühen Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit den Nachbarn im Süden wiederum zum Verhandlungs- und schließlich auch Bündnispartner gemacht, womit die



Abb. 7 Erster offizieller Besuch der dänischen Königin bei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig am 24.7.1986, links Prinz Henrik, in der Mitte der damalige BDN-Generalsekretär Peter Iver Johannsen, rechts die damalige stellvertretende Hauptvorsitzende des BDN Birgit Mørk

innenpolitische Abgrenzung von der einheimischen Minderheit an Überzeugungskraft verlor.

Als Konsequenz der Bonn-Kopenhagener Erklärungen und deren großzügiger Umsetzung in den darauffolgenden Jahrzehnten entwickelte sich die deutsch-dänische Grenze zu einem vielgepriesenen Musterbeispiel nationaler Koexistenz. Auch die deutsche Minderheit in Nordschleswig profitierte von dieser Großzügigkeit, die nicht zuletzt auf finanziellem Gebiet zum Ausdruck kam. Da die Minderheiten nur klein waren, konnten sich die beiden Nationalstaaten ihre kulturelle und organisatorische Förderung in einem Zeitraum von wirtschaftlicher Erholung und Expansion ohne größere Belastung leisten. Politisch kontroverse Forderungen blieben dagegen weitgehend ausgeklammert, wodurch vor allem die deutsche Minderheit im öffentlichen Raum wenig sichtbar blieb.⁶⁴

Für den Charakter und das Selbstverständnis der deutschen Minderheit in Nordschleswig stellte die politische Entspannung auch eine Herausforderung dar. Mit dem Schwinden emotionaler Trennlinien und der Öffnung gegenüber der dänischen Mehrheitsbevölkerung verminderte sich die innere Zusammenhangskraft der Minderheit. Jüngere Generationen, die nicht mehr die Sondererfahrungen ihrer Eltern und Großeltern teilen, empfinden sich in zunehmendem Grad als zweisprachige Nordschleswiger mit besonderen Anknüpfungen zu sowohl deutscher als auch dänischer Kultur. Obwohl die Institutionen der deutschen Minderheit noch nicht im gleichem Ausmaß auch von der Mehrheitsbevölkerung in Anspruch genommen werden wie ihre Gegenstücke südlich der Grenze, wird es auch in deutschen Schulen und Kindergärten nicht ungewöhnlich, auf Kinder ohne Bezug zur Minderheit zu stoßen, deren Schulwahl von rein pädagogischen Erwägungen geleitet ist. Insgesamt stellt sich die Identität der deutschen Nordschleswiger somit unter den vorherrschenden Verhältnissen als gesichert, aber nicht mehr so tief verankert dar wie noch vor wenigen Jahrzehnten, sodass sie so fundamentale Herausforderungen wie im vergangenen Jahrhundert wohl kaum mehr in gleichem Ausmaß überstehen könnte. Im Rahmen eines zusammenwachsenden Europas und der zunehmenden Hinterfragung nationaler Selbstverständnisse ist dies indessen keine besonders ungewöhnliche Entwicklung.

Anmerkungen

- 1 Für ihre Argumentation siehe etwa Elmer H. Antonsen, *Runes and Germanic Linguistics*, Berlin und New York 2002, und Hans Frede Nielsen, *Guldhorn-sindskriften fra Gallehus*, Odense 2002.
- 2 Thomas Riis, „Wann entstand das Herzogtum Schleswig?“, in: Henrik Becker-Christensen und Ulrich Lange (Hg.), *Geschichte Schleswigs vom frühen Mittelalter bis 1920*, Aabenraa 1998, S. 9.
- 3 Hans Schultz Hansen, *Det danske navn Sønderjylland og det tyske navn Slesvig*, in: Axel Johnsen und Birgitte Thomsen (Hg.), *19 myter i Sønderjyllands historie*, Aabenraa 2002, S. 30-43.
- 4 Für die zentralen Bestimmungen der *Constitutio Valdemariana* siehe: Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein und Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (Hg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins*, Teil 1, 2. Aufl., Kiel 1987, S. 83.
- 5 Für die zentralen Bestimmungen siehe ebd., S. 86ff.
- 6 Siehe dazu schon Caspar Danckwerth, *Neue Landesbeschreibung der zwei Herzogthümer Schleswich und Holstein*, o. O., 1652, S. 54-55. Veränderungen

gen gab es in den darauffolgenden Jahrhunderten noch durch wechselhafte Sprachumschichtungen in den Städten des nördlichen Schleswigs sowie durch den Übergang zum Deutschen in Angeln und der Geest vor allem im 19. Jahrhundert. Von Bedeutung für den Alltag, aber nicht so sehr für das deutsch-dänische Verhältnis war daneben noch die zunehmende Zurückdrängung des Friesischen sowie der lokalen Dialekte.

- 7 Dies war vor allem im Kirchenamtsbezirk Hadersleben der Fall.
- 8 Als Beispiele für die umfangreiche Literatur zu den frühen Nationalbewegungen in Schleswig und Holstein siehe etwa William Carr, Schleswig-Holstein 1815-48. A Study in National Conflict, Manchester 1963; Alexa Geisthövel, Eigentümlichkeit und Macht. Deutscher Nationalismus 1830-1851. Der Fall Schleswig-Holstein, Stuttgart 2003; und Peder Lauridsen, Da Sønderjylland vaagnede, 8 Bände, København 1909-22.
- 9 Zu Paulsen siehe H. N. Clausen, Slesvigeren Christian Ditlef Paulsens livshistorie i omrids, København 1857, und Johann Runge, Christian Paulsens politiske udvikling, Neumünster 1969.
- 10 Für vergleichbare Problemstellungen in anderen kulturellen Übergangsregionen siehe Peter Thaler, Fluid Identities in Central European Borderlands, in: European History Quarterly 31, 2001, S. 519-548.
- 11 Siehe etwa H. V. Clausen, Nordslesvig 1863-93. Den nationale Stilling pa Landet, in: Sønderjyske Årbøger, 1894, S. 69.
- 12 Zu diesem grundsätzlichen Spannungsverhältnis verschiedener Identitätsvarianten siehe etwa Peter Haslinger (Hg.), Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit, Würzburg 2001, und Michael G. Müller und Rolf Petri (Hg.), Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002.
- 13 Für eine Diskussion zum Ursprung der Bezeichnung siehe Hans Schultz Hansen, Hjemmetyskheden i Nordslesvig 1840-1867 – den slesvig-holstenske bevægelse, Band 1, Aabenraa 2005, S. 17-24.
- 14 Zu Dahlmann siehe Wilhelm Bleek, Friedrich Christoph Dahlmann. Eine Biographie, München 2010.
- 15 Für eine neuere kritische Bewertung dieser Übertragung und Umwandlung zu „up ewig ungedeeft“ siehe Carsten Jahnke, „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“. Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 128, 2003, S. 45-59.
- 16 Zu Falck siehe etwa Henning Ratjen, Zur Erinnerung an Nicolaus Falck, Kiel 1851, und Carl Petersen, Nicolaus Falck und die Entstehung des schleswig-holsteinischen Gedankens, in: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, 1926, S. 1-111.
- 17 Siehe Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten 1818, Anhang, Nr. 23, Berlin 1918, S.150.
- 18 Zur Bedeutung dieser Massenveranstaltungen: Henning Unverhau, Gesang,

- Feste und Politik. Deutsche Liedertafeln, Sängereisen, Volksfeste und Festmähler und ihre Bedeutung für das Entstehen eines nationalen und politischen Bewußtseins in Schleswig-Holstein 1840-1848, Frankfurt 2000.
- 19 Zum Sprachreskript von 1840 und der frühen Sprachpolitik in Schleswig siehe Jürgen Rohweder, *Sprache und Nationalität. Nordschleswig und die Anfänge der dänischen Sprachpolitik*, Glücksburg 1976.
 - 20 Die Eiderpolitik mit ihrem Wahlspruch von einem Dänemark bis zur Eider bezieht sich auf den Fluss dieses Namens, der die wesentlichste geographische Scheidelinie zwischen Schleswig und Holstein bildet. Zum Ersten Schleswigschen Krieg von 1848-1851 siehe Holger Hjelholt, *Sønderjylland under Treårskrigen*, 2 Bände, København 1959-61, und Alexander Scharff, *Wesen und Bedeutung der schleswig-holsteinischen Erhebung 1848-1850*, Neumünster 1978.
 - 21 Zu diesen politischen Eingriffsversuchen siehe Jochen Bracker, *Die dänische Sprachpolitik 1850-1864 und die Bevölkerung Mittelschleswigs*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 97, 1972, S. 127-225; sowie 98, 1973, S. 87-213; Mouritz Mackeprang, *Nordslesvig 1864-1909*, København 1910; und Oswald Hauser, *Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke*, Neumünster 1960.
 - 22 Für das komplizierte Verhältnis zwischen den Minderheiteninstitutionen und der organisierten Arbeiterschaft siehe Henrik Becker-Christensen, *Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920-1932*, Band 1, Aabenraa 1990, S. 61-72.
 - 23 Für den angesprochenen Artikel V des Prager Friedens siehe Flensburger Arbeitskreis (Hg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 2, Kiel 1980, S. 77.
 - 24 Siehe Fred Israel (Hg.), *Major Peace Treaties of Modern History, 1648-1967*, Band 2, New York 1967, S. 1342-1346.
 - 25 Sarah Wambaugh, *Plebiscites since the World War*, Band 1, Washington D.C. 1933, S. 82.
 - 26 Ebd., S. 86. Dänische Mehrheiten gab es in drei auf der Insel Föhr gelegenen Kleingemeinden.
 - 27 Henrik Becker-Christensen (wie Anm. 22), S. 41f.
 - 28 H.V. Clausen, *Før afgørelsen*, København 1918, S. 33.
 - 29 Jakob Petersen, *En kort oversigt over folketingsvalgene fra 1920-1935*, Aabenraa 1939, S. 15; Aksel Lassen, *Valg mellem tysk og dansk*, Aabenraa 1976, S. 374f.
 - 30 Zu den Ursprüngen der Grenzlinien und Zoneneinteilungen in der dänischen Publizistik siehe Henrik Becker-Christensen, *Dansk mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformingen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918-20*, Aabenraa 1984, S. 16-19.
 - 31 Für eine Untersuchung der deutschen Nordschleswigpolitik in den 1930er Jahren siehe Sven Tägil, *Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Eine Studie zur deutschen Grenzpolitik 1933-1939*, Stockholm 1970.

- 32 Für eine Diskussion der nationalsozialistischen Vorstellungen zur Grenzfrage während des Krieges siehe Johan Peter Noack, *Det tyske mindretal i Nordlesvig under besættelsen*, København, 1975, S. 84-89, 184-193.
- 33 Dazu etwa Valdis Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933-1945*, Chapel Hill, N.C. 1993.
- 34 Zur Optionsfrage in Südtirol siehe Klaus Eisterer und Rolf Steininger (Hg.), *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, Innsbruck 1989.
- 35 Siehe Johan Peter Noack (wie Anm. 32), S. 10.
- 36 Auch das Wehrgesetz von 1935 sah in seinem §18 (4) deshalb vor, dass Personen ohne deutsche Reichsangehörigkeit nur mit besonderer Genehmigung ein Wehrdienstverhältnis begründen durften.
- 37 Zur Rolle der deutschen Minderheiten in der Waffen-SS siehe auch Robert Herzog, *Die Volksdeutschen in der Waffen-SS*, Tübingen 1955.
- 38 Rund 350 Nordschleswiger wurden in die Wehrmacht aufgenommen; der Rest in die Waffen-SS. Siehe Erich Hoffmann, *Grundlinien der Geschichte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig von 1920-1955*, in: *Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 61/62, 1990, S. 58. – Hinweis der Redaktion: Dennis Larsen, *Fortrængt grusomhed. Danske SS-vagter 1941–45*, København 2010. Dazu Siegfried Matlok, *Ein grausames Kapitel Minderheit. Angehörige der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig als KZ-Wächter*, in: *Grenzfriedenshefte* 2/2011, S. 99-116.
- 39 Zu den Unstimmigkeiten in der Minderheit siehe Johan Peter Noack (wie Anm. 32), S. 157-161. Speziell zum Haderslebener Kreis siehe auch Arthur Lessow, *Der Haderslebener Kreis und seine Bedeutung für den Neubeginn der deutschen Arbeit in Nordschleswig 1945*, in: *Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 70, 1995, S. 108-135.
- 40 Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, Band 1, København 1984, S. 413. – Hinweis der Redaktion: Henrik Skov Kristensen, *Straffelejren. Fårhus, landssvigerne og retsopgøret*, København 2011. Zu der darauf basierenden, viel beachteten Dauerausstellung im Frøslevlejrens Museum: Jörn-Peter Leppien, „Helden? Verbrecher? Opfer?“. *Der Nordschleswiger über die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Faarhus-Lagers*, in: *Grenzfriedenshefte* 2/2013, S. 109-120.
- 41 Ernst Siegfried Hansen, *Disteln am Wege*, Bielefeld 1957, S. 247-251. – Hinweis der Redaktion: Hans Schultz Hansen, *Ein Attentatsversuch und ein Totschlag. Zwei Ereignisse aus der nordschleswigschen Nachkriegszeit 1946-1948*, in: *Grenzfriedenshefte*, Jahrbuch 2014, S. 127-144, hier bes. S. 136 ff.
- 42 Das Standardwerk zur juristischen Aufarbeitung der Besatzungszeit in Dänemark bildet Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, 2 Bände, København 1984.
- 43 Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein

und Landesinstitut Schleswig–Holstein für Praxis und Theorie der Schule (Hg.), Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Teil 3, Kiel, 1982, S. 232. Für eine genauere Analyse der Rechtsabrechnung in ausgewählten Rechtskreisen Nordschleswigs siehe auch Sabine Lorek, Rechtsabrechnung – Retsopgør. Politische Säuberung nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordschleswig, Neumünster 1998.

44 Ditlev Tamm (wie Anm. 40), S. 418f.

45 Siehe etwa Ditlev Tamm (wie Anm. 40), S. 412-414; Hal Koch, Jeg anklager rigsdagen, København 1947; Harboe Kardel, Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Organisationen der deutschen Volksgruppe in der Zeit von 1920 bis 1970, Aabenraa 1971, S. 212; Ernst Siegfried Hansen (wie Anm. 41), S. 211-213, 224f.

46 Siehe dazu Hans Schmidt und Johannes Schmidt, Henvendelse til den danske Rigsdag vedrørende det tyske Mindretal i Nordslesvig, o. O., 1945.

47 Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein und Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (wie Anm. 43), S. 233.

48 Zu den personellen und damit verbundenen inhaltlichen Kontinuitäten in der Minderheitenführung über das Kriegsende hinaus siehe Torben Mayer, Die deutsche Minderheit in Nordschleswig und die Aufarbeitung der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit, in: Demokratische Geschichte 20, 2009, S. 245-284.

49 Für den auf Grenzveränderungen hoffenden dänischen Aktivismus der Zwischenkriegszeit siehe Axel Johnsen, Dannevirkemænd og Ejderfolk. Den grænsepolitiske opposition i Danmark 1920-1940, Flensburg 2005.

50 Johan Peter Noack, Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945-1947, Band 1, Aabenraa 1991, S. 175f.

51 Siehe Jørgen Kühl (Hg.), En europæisk model? Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1945-2000, Aabenraa 2002, 212.

52 Zu den Erklärungen von Bonn und Kopenhagen siehe Jørgen Kühl und Marc Weller (Hg.), Minority Policy in Action. The Bonn-Copenhagen Declarations in a European Context, 1955-2005, Flensburg und Aabenraa 2005.

53 Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein und Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (Hg.), Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Teil 4, Kiel 1985, S. 197-199.

54 Ebd., S. 197.

55 Alle Zahlen nach Jørgen Kühl (wie Anm. 51), S. 385.

56 Der SSW trat 2012 sogar in die schleswig-holsteinische Landesregierung ein.

57 Auch im Frühjahr 2015 kam es wiederum zu durchaus emotionalen Diskussionen über den Wunsch nach zweisprachigen Ortstafeln in Nordschleswig, deren Endergebnis noch offen ist.

58 Eine dieser intensiven Diskussionen kann in der Minderheitenzeitung Flens-

- borg Avis zwischen September und Dezember 1996 nachverfolgt werden.
- 59 Die Ergebnisse dieser umfangreichen Untersuchung sind in Karen Margrethe Pedersen, *Dansk sprog i Sydslesvig*, 2 Bände, Aabenraa 2000, nachzulesen.
- 60 Michael Byram, *Minority Education and Ethnic Survival*, Clevedon (England) 1986, S. 41.
- 61 Kai Dietrich Sievers (Hg.), *Beiträge zur Frage der ethnischen Identifikation des Bundes Deutscher Nordschleswiger*, Flensburg 1975, S. 164.
- 62 Diese teilweise Umorientierung lässt sich auch in den entsprechenden Interviews in Lars N. Henningsen und Frank Lubowitz (Hg.), *Stemmer fra mindretallene/Stimmen aus den Minderheiten*, Flensburg und Aabenraa 2011, erkennen. Für das Konzept der nationalen Indifferenz siehe etwa Tara Zahra, *Imagined Noncommunities. National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69, 2010, S. 93-119.
- 63 Siehe die vielfältigen Beispiele in Peter Haslinger (Hg.), *Regionale und nationale Identitäten. Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit*, Würzburg 2001, und Philipp Ther und Holm Sundhausen (Hg.), *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Marburg 2003.
- 64 Dies galt etwa für die öffentliche Markierung der Zweisprachigkeit der Region.

Hinweis der Redaktion:

Der oben abgedruckte Beitrag von Peter Thaler erschien im Juli 2013 in dem Online-Journal „Austausch“, einem deutschen Forum für wissenschaftliche Nachwuchskräfte: https://www.psa.ac.uk/sites/default/files/Die%20deutsche%20Minderheit%20in%20Dänemark%20-%20Peter%20Thaler_0.pdf

Für den Abdruck in den Grenzfriedensheften wurde der Artikel redaktionell überarbeitet, aktualisiert und durch Abbildungen ergänzt.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 Foto: Gerret Liebing Schlaber, 2015; Abb. 2 Franz v. Jessen, *Haandbog i det nordslesvigske Historie*, 1901; Abb. 3, 5, 6 u. 7 Deutsches Museum für Nordschleswig, Sonderburg, Abb. 4 Bennet Schulte, 2009, nach Alexander Scharff, *Geschichte Schleswig-Holsteins*, neu bearbeitet von Manfred Jessen-Klingenberg, Freiburg: Ploetz 5. Aufl. 1991, S. 90; http://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_in_Schleswig#/media/Datei:Abstimmungs-Schleswig-1920.png

Tab. 1: Gösta Toft, *Slesvigske Parti 1945-2000*, in: Jørgen Kühl (Hg.), *En europæisk model? Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1945-2000*, Aabenraa 2002, S. 162.

Tab.2: Jørgen Kühl (wie Tab.1), S. 458.

Der Putten-Ladelund loop

Ein Staffellauf zum Gedenken an die KZ-Opfer

von RAIMO ALSEN

Am 2. Mai 2015 schmückten niederländische Fahnen das nordfriesische Dorf Ladelund. Zahlreiche Dorfbewohner begrüßten eine Gruppe von mehr als 70 Teilnehmern des Putten-Ladelund-Laufs. Die Frauen und Männer waren fünf Tage vorher aus dem niederländischen Putten zu einem Staffellauf in das über 700 Kilometer entfernte Ladelund gestartet. Der Lauf stand unter dem Motto „Dankbarkeit für Versöhnung und Vergebung“. Dieser Lauf war einer der Höhepunkte in einer ungewöhnlichen Geschichte zwischen Ladelund, wo 1944 ein Konzentrationslager eingerichtet wurde, und Putten, aus dem alleine 110 der 300 Todesopfer kamen, die das KZ in Ladelund forderte. Im vorliegenden Beitrag skizziert Raimo Alsen, der Leiter der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, die historischen Hintergründe und die medienwirksamen Abläufe des Staffellaufs, um in einem persönlichen Fazit der Frage nachzugehen, ob eine derartige spektakuläre Veranstaltung geeignet ist, die historischen Ereignisse nachgeborenen Generationen wirksam und seriös zu vermitteln. Raimo Alsen setzt die lange Reihe der Beiträge von Jörn-Peter Leppien und weiteren Verfassern fort, die in den Grenzfriedensheften seit den 1980er Jahren zur Geschichte des KZ Ladelund und ihrer Vermittlung erschienen sind, wobei Alsen aus gegebenem Anlass die in Ladelund geleistete Versöhnungsarbeit in den Mittelpunkt stellt.

Die Redaktion

Der Fall Putten 1944 / Das Konzentrationslager Ladelund

In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1944 kam es zwischen den beiden Orten Putten und Nijkerk (Gelderland) zu einem Anschlag einer niederländischen Widerstandsgruppe auf einen Geländewagen der deutschen Wehrmacht. Der Anschlag verlief nicht wie geplant; neben einem deutschen Offizier wurde auch ein Widerstandskämpfer getötet, ein weiterer deutscher Offizier wurde schwer verwundet, zwei

konnten fliehen. Als Antwort auf den Anschlag befahl der Oberbefehlshaber der Wehrmacht in den Niederlanden, Friedrich Christiansen, im nahegelegenen Ort Putten eine Razzia durchzuführen, die Männer zwischen 17 und 50 Jahren in deutsche Konzentrationslager zu deportieren, Frauen und Kinder zu evakuieren und die Häuser anzuzünden. Schon am Morgen des 1. Oktober war Putten von Wehrmachtssoldaten umstellt. Mit Hilfe der niederländischen Polizei trieben sie die Dorfbewohner zusammen, die Frauen und Kinder wurden in der „Oude Kerk“ (Alte Kirche) und die Männer in einer Schule am Marktplatz gesammelt. Häuser und Personen, die als „deutschfreundlich“ galten bzw. der NSB (Nationaal-Socialistische-Beweging) angehörten, sollten von der Aktion größtenteils verschont bleiben. Am 2. Oktober wurden die Männer dann abgeführt, die Frauen und Kinder wie geplant evakuiert und etwa 100 Häuser in Brand gesetzt. 660 Männer wurden zunächst in das Durchgangslager in Amersfoort geschickt. Nachdem einige Männer aus dem Zug gesprungen waren und in Amersfoort noch weitere freigelassen worden waren, kamen 588 Männer in Neuengamme an. Nur 48 von ihnen sollten nach dem Krieg in ihren Heimatort zurückkehren; fünf davon starben kurz nach ihrer Rückkehr. Zusammen mit sieben Personen, die während der Razzia erschossen wurden (darunter auch eine Frau), hatte Putten also 552 Todesopfer zu beklagen.

Die Männer aus Putten kamen im Oktober 1944 in das Konzentrationslager Neuengamme in Hamburg. Von dort aus wurden sie größtenteils zum Arbeitseinsatz in verschiedene Außenlager verbracht. Zahlreiche Puttener Häftlinge gelangten in die nordfriesischen Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund, wo sie zum Bau von militärisch sinnlosen Panzerabwehrgräben eingesetzt wurden, die die Machthaber aus Angst vor einer alliierten Invasion ausheben ließen. Die mehr als 2000 Häftlinge in Ladelund, unter ihnen 340 Männer aus Putten, wurden in einem Barackenlager zusammengepfercht, das ursprünglich für 250 Angehörige des Reichsarbeitsdienstes errichtet worden war. Durch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die katastrophalen hygienischen Verhältnisse, die kargen Nahrungsrationen sowie die brutalen Wachmannschaften und einen sadistischen Lagerkommandanten verloren in nur sechs Wochen 300 Männer in Ladelund ihr Leben. 110 stammten aus Putten.



Abb. 1 Männer aus Putten unter Wehrmachtbewachung auf dem Weg ins KZ-Durchgangslager Amersfoort, 11. Oktober 1944

Frühe „Versöhnung über den Gräbern“

Alle Todesopfer des Lagers wurden am Rande des Ladelunder Gemeindefriedhofs nördlich der Kirche begraben. Verantwortlich für die Bestattung war der damalige Pastor Johannes Meyer. Der Pastor war selbst bereits seit 1930 Mitglied der NSDAP, Deutscher Christ und glühender Verehrer Adolf Hitlers. Ein wichtiges aber nicht unumstrittenes Dokument, das Aufschluss über die Geschehnisse in Ladelund 1944 gibt, ist der Eintrag Meyers in die Ladelunder Kirchenchronik unter „Sylvester 1944“. Demnach wurde Meyer vom Lagerkommandanten, Hans Hermann Griem, in das Lager gebeten, um die Bestattung der Toten zu besprechen. Nach eigener Aussage hat Meyer letztendlich die Toten mit einem kurzen christlichen Begräbnis bestattet und das Vaterunser gesprochen. Eine Legende, dass Meyer sich auch dafür stark gemacht habe, dass die Namen der Toten von der Lagerleitung herausgegeben wurden, konnte Jörn-Peter Leppien 2014 widerlegen. Vielmehr handelte es sich hierbei um einen bürokratischen Vorgang, bei dem die Namen automatisch an das Standesamt und in der Regel auch an die zuständige Friedhofsverwaltung gegeben wurden.

Einen entscheidenden Schritt für die Versöhnung hat Meyer aber dennoch getan. Nach dem Krieg schrieb er Briefe an die Angehörigen der Opfer. In den Briefen bestätigte er den Tod der Angehörigen (das Rote Kreuz hatte bereits die Familien informiert) und berichtete von der christlichen Bestattung, angeblich „gegen den Willen der Lagerleitung“. Er versuchte außerdem Trost zu spenden und erzählte von seiner Absicht, an den Gräbern einen „Ehrenhain“ mit einem großen Kreuz zu errichten. Abschließend bekannte er sich zur Schuld des Volkes, dem er angehörte, und bat um Vergebung.

Es ist fraglich, ob Meyer wirklich bei allen Bestattungen anwesend sein konnte. Auch der Hinweis, er habe sich der Lagerleitung widersetzt, ist wohl eher eine Ausschmückung, die einer bevorstehenden Entnazifizierung geholfen haben mag.

In Ladelund wurden Männer aus 13 verschiedenen Nationen bestattet. Von vielen der Angehörigen kamen Antwortbriefe, die meisten aber aus Putten. Das liegt zum einen an der Tatsache, dass eine so große Gruppe unter den Toten alleine aus diesem Ort kam. Zum anderen liegt es daran, dass Putten im niederländischen Bijbelgordel (Bibelgürtel) liegt. In dieser Gegend gibt es eine Reihe von Orten, in denen viele strenggläubige Anhänger reformierter Kirchen leben. Die Tatsache, dass hier ein deutscher Pastor den Kontakt suchte, hat vielen Grund gegeben, ihm zu antworten. Meyers Aussage, er habe die Toten christlich beerdigt und das Vaterunser gesprochen, sein Versuch, tröstende Worte zu finden, und ein Schuldbekenntnis mit der Bitte um Vergebung haben besonders in Putten großen Anklang gefunden. Natürlich aber erwähnte der Pastor an keiner Stelle, dass er selbst langjähriges Parteimitglied und mindestens bis zur Errichtung des Lagers überzeugter Nationalsozialist war.

Somit war ein Großteil der Antwortbriefe Meyer gegenüber sehr positiv gehalten. Diese unkritische Haltung Meyer gegenüber hat sich gerade in Putten bis heute kaum geändert. Die Antwortenden, meist Witwen oder Mütter der Deportierten, dankten Meyer oftmals für seine Worte und für seine Bemühungen. Es wird in den Briefen deutlich, wie wichtig es den Angehörigen war, mehr über die Umstände der Bestattung zu erfahren und zu wissen, wo ihr Sohn, Vater oder Bruder begraben liegt. Als im Jahre 1950 die Gräber zur Gedenkstätte erklärt wurden, war eine Gruppe von 130 Niederländern nach Ladelund gereist. Sie feierten gemeinsam einen Gottesdienst, besuchten die Gräber ihrer Toten und die Überreste des Lagers, welches mittlerweile u.a. als Flüchtlingslager ge-

nutzt wurde. 1951 schließlich wurde Johannes Meyer von der Gemeinde Putten eingeladen. Dort predigte er in der Alten Kirche. Der damalige Bürgermeister, Quarles van Ufford, überreichte Meyer als Zeichen der Versöhnung einen kristallinen Kelch, der sich heute noch immer in Ladelund befindet. Der Kelch wird stets zu den gemeinsamen Gottesdiensten beispielsweise am Volkstrauertag auf den Altar gestellt. Während seiner Reise kam Meyer allerdings auch noch der Bitte Bischof Westers nach, deutsche Kriegsverbrecher in den niederländischen Haftanstalten zu besuchen, u.a. den oben genannten Friedrich Christiansen, der den Befehl für die Razzia in Putten gegeben hatte. Johannes Meyer blieb noch bis 1958 Pastor in Ladelund. Dass er sein Amt nicht verlor, war mit Sicherheit auch seinen Bemühungen um die guten Beziehungen zu den Opfergruppen zu verdanken, wobei er auch gerne auf eben diese Bemühungen hinwies.

Als er 1958 in den Ruhestand ging, kam der junge Pastor Harald Richter nach Ladelund. Während die Beziehungen zu den Opfergruppen bislang im Wesentlichen auf Meyer beschränkt waren, sorgte Richter dafür, dass die Gedenkstättenarbeit vorangetrieben und die Beziehungen auch in die Dorfgemeinschaft getragen wurden. Bereits 1963 kam es zu einem Jugendaustausch, bei dem Ladelunder Jugendliche nach Putten fuhren. Über die letzten 70 Jahre sind die Beziehungen zwischen den beiden Orten immer enger geworden. Als 1950 die Puttener nach Ladelund fuhren, übernachteten sie in einem Hotel in Dänemark, weil es unvorstellbar war, auf der „Tätererde“ zu schlafen. In den zahlreichen Begegnungen danach war es selbstverständlich, dass die Gäste in Ladelunder Privatquartieren untergebracht wurden. Seit 2006 gibt es wieder einen Jugendaustausch, der jährlich stattfindet.

Es gab auch Kontakte in andere Länder, vor allem nach Polen. Auch von dort kamen Angehörige oder Nachfahren nach Ladelund. Diese Beziehungen sind aber größtenteils mit der Zeit eingeschlafen. Der Kontakt nach Putten wurde vor allem durch die Umstände aufrechterhalten, dass es eine enge Zusammenarbeit auf der Basis des christlichen Glaubens gibt. So ist die Trägerin der Ladelunder Gedenkstätte auch die örtliche Kirchengemeinde – unter KZ-Gedenkstätten einzigartig in Deutschland. Zudem ist auch die Erinnerungsarbeit in Putten mittlerweile institutionalisiert. Aus dem 1976 gegründeten „Brückenkomitee Putten-Ladelund“ wurde schließlich die „Stichting Oktober 44“.

Der letzte Überlebende des Lagers, der Puttener Jannes Priem, verstarb im Sommer 2013. Zum Volkstrauertag im Folgejahr kamen anläs-

slich des 70-jährigen Gedenkens dennoch mehr als 130 Puttener nach Ladelund. Es ist dem Engagement vieler Ehrenamtlicher zu verdanken, dass in beiden Orten die Erinnerung an die Verbindung beider Orte wachgehalten wird. Damit ist die Erinnerung an den Gräbern in Ladelund schon seit vielen Jahren ein Beispiel dafür, wie man sich vom nationalen zum binationalen Gedenken bewegen kann – ganz im Zeichen eines zusammenwachsenden Europas mit Generationen, die keine persönliche Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg haben. Neben dem kristallinen Kelch liegen am Volkstrauertag zwei Bücher auf dem Altar: eines mit den Namen der verstorbenen Puttener und eines mit den Namen der gefallenen Soldaten der Kirchengemeinde. Dies ist nicht für jeden nachvollziehbar. Jannes Priem hat in Ladelund am Volkstrauertag nach der Kranzniederlegung an den Gräbern der KZ-Toten auch immer einen Kranz an dem Ehrenmal für die deutschen Soldaten abgelegt. Dafür ist er in Putten auch stark kritisiert worden. Es war aber für ihn ein wichtiger Akt für die Versöhnung.

Die hier aufgezeigte Geschichte macht deutlich, dass die frühe Gedenkstättenarbeit aus der Kirchengemeinde erwachsen ist. Die Versöhnungsgeschichte zwischen Putten und Ladelund ist auch nur vor diesem christlichen Hintergrund zu verstehen. Allerdings beruht sie auch darauf, dass die Frage nach einer Mitschuld der Ladelunder auf Puttener Seite nicht gestellt wurde.

Der Putten-Ladelund loop

Zum Treffen des Freundeskreises der Gedenkstätte 2014 berichtete Michel Kooij aus Putten von der Idee, einen Staffellauf von Putten nach Ladelund zu organisieren. Dabei sollten auf dem Weg diverse Gedenkstätten besucht werden. Der geplante Weg verlief von Putten über Meppen/Esterwegen, Aurich-Engerhufe und Sandbostel nach Neuengamme, danach weiter nach Wedel, Husum-Schwesing und schließlich nach Achtrup. 1944 wurden die Häftlinge zu Fuß von Achtrup-Bahnhof nach Ladelund getrieben. Deswegen entschied man sich dazu, die letzte Etappe des Putten-Ladelund-Laufs gemeinsam mit Ladelundern und weiteren Interessierten in normalem Schrittempo zu gehen. (Abb. 3.)

Die Organisatoren hatten eine logistische Meisterleistung zu bewerkstelligen. Der Lauf sollte am 28. April beginnen, geplante Ankunft in Ladelund war der 2. Mai. Eingeplant war auch ein Ruhetag in Neuen-



Abb. 2 Die Läuferinnen und Läufer nach dem Start in Putten, 28. April 2015 (vgl. Abb. 1). Vorne links einer der beiden deutschen Teilnehmer, Frank Lorenzen aus Joldelund

gamme. Um den Zeitplan einzuhalten, mussten die Läufer also Tag und Nacht laufen. Dafür wurden jeweils Etappen geplant, die die Teilnehmer dann in Teams gelaufen sind. An den Etappenzielen warteten dann LKW mit Betten, insgesamt 870 Mahlzeiten, mit einem Physiotherapeuten und weiteren Unterstützern. Von einem Bus aus wurde für die Berichterstattung gesorgt. Finanziert wurde dieser immense Aufwand im Wesentlichen durch Sponsoren, die in den Niederlanden gewonnen werden konnten.

Von Anbeginn der Planung kümmerten sich die Organisatoren um eine enge Einbeziehung der Medien. Dabei wurde nicht nur auf „klassische“ Medien wie Zeitung oder Fernsehen gesetzt, sondern vor allem auch auf eine intelligente Nutzung neuer Medien. Eine professionelle Website und die aktive Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook, Twitter, Google Plus und Pinterest sorgten dafür, dass zahlreiche Interessierte den Lauf in Echtzeit verfolgen konnten. Ein Kamerateam des niederländischen Fernsehsenders NOS begleitete den gesamten Lauf. Am Tag der Befreiung in den Niederlanden (4. Mai) wurde im Anschluss an die Übertragung der Kranzniederlegungen in Amsterdam ein halbstündiger Fernsehbeitrag über den Lauf und dessen Hintergründe gesendet.

Abläufe in Ladelund

Natürlich stellte sich schnell die Frage, ob eine solche Veranstaltung überhaupt angemessen sei. Wie lassen sich ein solcher Lauf und die Trauer, die Ernsthaftigkeit miteinander vereinbaren? Durch die gute Kommunikation mit den Organisatoren wurde den Vertretern der Gedenkstätte Ladelund deutlich, dass dieser Lauf mehr sein würde als eine reine Sportveranstaltung mit vorgeschobenem geschichtlichem Hintergrund.

Das Thema „Dankbarkeit für Versöhnung und Vergebung“ gab Anlass zur Diskussion: Müsste nicht eigentlich Ladelund als Ort, in dem die nationalsozialistischen Verbrechen möglich waren, dankbar sein? Da Putten bereits 1950/51 auf Ladelund zugegangen war und den Tätern die Hand zur Vergebung gereicht hatte, stellte sich die Frage, ob es nicht eigentlich falsch sei, dass die Niederländer auch diesen Lauf initiierten.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen wurden auch in Ladelund verschiedene Institutionen und Vereine in die Planung mit einbezogen, um den Läufern einen angemessenen Empfang zu bereiten. Zahlreiche Personen boten ihre Hilfe an, die freiwillige Feuerwehr und der „Bürgerbus“ richteten einen Shuttle-Service von Ladelund nach Achtrup ein, der Fanfarenzug begrüßte die Läufer am Ortseingang mit Musik, der Posanenchor spielte im Empfangsgottesdienst. Landfrauen und Deutsches Rotes Kreuz kümmerten sich um Kuchenspenden, und Schülerinnen und Schüler der Grundschule Ladelund bastelten niederländische Fähnchen, mit denen der Ort dekoriert wurde. Zwei Nordfriesen nahmen sich schließlich eine ganze Woche frei, um von Putten aus an dem Staffellauf teilzunehmen.

Mehrere hundert Personen waren somit bei der Ankunft der Läufer anwesend und viele von ihnen in die Gestaltung des Empfangs vor Ort involviert. Im Gottesdienst sprach neben Pastor i.R. Harald Richter auch Bischof Gothart Magaard. Den Weg von Achtrup nach Ladelund war er vorher auch mitgegangen – ein Zeichen dafür, wie wichtig die Gedenkstättenarbeit in Ladelund auch für die Nordkirche ist. Abends wurde die Veranstaltung im kleineren Kreis für Gäste und Gastgeber weitergeführt.

Harald Richter, der sich beinahe 60 Jahre für die Versöhnung zwischen Putten und Ladelund eingesetzt hat, wurde für sein Lebenswerk durch Bürgermeister Henk Lambooi mit dem Puttener Erepennig (Ehrenpfennig) ausgezeichnet.



Abb. 3 Abschluss des Putten-Ladelund loop: gemeinsamer Marsch mit Einheimischen von Achtrup nach Ladelund, 2. Mai 2015

Fazit

Der Putten-Ladelund-Lauf rief ein großes Medienecho hervor. Viele Menschen haben sich durch die Veranstaltung mit der Gedenkstätte und der besonderen Geschichte von Putten und Ladelund auseinandergesetzt. In dieser Hinsicht hat der Lauf mit Sicherheit sein Ziel erreicht. Heiligt der Zweck aber die Mittel? Ein kritischer Kommentar erschien in „Puttens Weekblad“. Der Autor, Wopke van der Lei, ärgert sich über die Tatsache, dass auch die Gemeinde Putten diesen Lauf finanziell unterstützte. Eine Sportveranstaltung sei nicht mit dem ernstesten geschichtlichen Hintergrund vereinbar. Zynisch fragt er: „Was werden wir im nächsten Jahr tun, Jungs? Radfahren nach Dachau, Mountainbiken rund um Auschwitz oder Grillen in Kamp Amersfoort?“

Wer den Erlebnisbericht von Frank Lorenzen, einem der beiden deutschen Läufer, liest, und wer die Ankunft der Läufer in Ladelund erlebt hat, stellt aber fest, dass es hier nicht um eine Spaßveranstaltung ging. Die Schwere des Weges vor diesem ernstesten Hintergrund war für Läufer und Zuschauer spürbar. Beeindruckend war auch, welche Vielfalt von



Abb. 4 Nachfahren verstorbener KZ-Häftlinge nach der Kranzniederlegung an den Gräbern ihrer Großväter in Ladelund, 2. Mai 2015

Personen durch die Veranstaltung mit dem Thema in Berührung gekommen ist. Als Beispiel kann genannt werden, dass sich das Alter der Teilnehmer am Lauf zwischen 15 und 72 Jahren bewegte.

Zwei Dinge sind aber noch zu beachten: Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass jeder in Putten der Versöhnung zustimmt. Natürlich sind auch heute noch Menschen in Putten verletzt und können nicht vergeben. Dieser Prozess ist also bei weitem nicht abgeschlossen. Wahrscheinlich wird es auch immer ein Prozess bleiben. Der zweite Punkt bezieht sich auf die künftige Gedenkstättenarbeit in Ladelund: Auch wenn die Beziehung zu Putten immer eine besondere Rolle spielen wird, andere Opfergruppen dürfen nicht vergessen werden. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, als hätte es eine Versöhnung mit allen gegeben.

Wir leben heute in einem Europa, das trotz vieler Schwierigkeiten immer enger zusammenwächst – ökonomisch und sozial. Gleichzeitig kommt es zum sogenannten „Verstummen der Zeitzeugen“. Wie werden also kommende Generationen mit der Geschichte konfrontiert werden? Wie werden sie überhaupt einen Bezug schaffen können? Es ist meines Er-

achtens unbestritten, dass die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten weiterhin wichtig sein wird. Eine positive Identität ausschließlich aus negativen Erinnerungen zu formen wird aber unzulänglich sein, zumal es sich bei kommenden Generationen nicht um deren eigene Erinnerungen handeln wird. Es wird somit auch wichtig sein, positive Beispiele zu finden. Was kann aus diesen leidvollen Erfahrungen erwachsen? Wie geht es eigentlich anders? Der Putten-Ladelund-Lauf hat eine Möglichkeit gezeigt, wie Erinnerung in Zukunft aussehen kann.

Literatur

Kay-Ulrich Bronk, Ein „Zug des Lebens“. Grußwort von Propst Dr. Bronk anlässlich des Gedenklafes, in: Gemeindebrief Kirchengemeinden St. Petri Ladelund und St. Laurentius Karlum, Juni/Juli 2015, S. 3-5.

Pieter Dekker und Gert van Dompsele, Van naam tot nummer. Slachtoffers van de Puttense razzia, Leeuwarden: Uitgeverij Louise 2014.

Detlef Garbe, Die nordfriesischen Außenkommandos des KZ Neuengamme. Geschichte und Gedenken, in: Grenzfriedenshefte 3/2008, S. 257-268.

Christine Gundermann, Die versöhnten Bürger. Der Zweite Weltkrieg in deutsch-niederländischen Begegnungen 1945-2000, Münster: Waxmann 2014.

Madelon de Keizer, Razzia in Putten. Verbrechen der Wehrmacht in einem niederländischen Dorf, Köln: Dittrich Verlag, 2001.

Konzentrationslager Ladelund 1944. Katalog zur wissenschaftlichen Dauerausstellung in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, red. v. Jörn-Peter Leppien, hrsg. v. d. ev.-luth. Kirchengemeinde St. Petri Ladelund, 1. Aufl. 1990, 2. verb. Aufl. 1995, 3. unveränd. Aufl. 2013 (auch in niederländischer, dänischer und englischer Sprache).

Jörn-Peter Leppien, „Das waren keine Menschen mehr...“. Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1983. Sonderpublikation eines zuvor in den Grenzfriedensheften erschienenen Beitrages.

Jörn-Peter Leppien, Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die Grenzstellung 1944/45 und das KZ Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 3/2010, S. 203-236.

Jörn-Peter Leppien, Von der Nummer zum Namen. Die KZ-Toten in Ladelund 1944, in: Grenzfriedenshefte Jahrbuch 2014, S. 79-114.

Stephan Linck, Neue Anfänge? Der Umgang der evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien. Band I: 1945-1965, Kiel: Lutherische Verlagsgesellschaft 2013.

Harald Richter, „Wir haben das Selbstverständliche getan“, in: Detlef Garbe (Hrsg.), Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten: Lamuv 1983, S. 121-143.

Harald Richter, Hinabgestiegen in das Reich des Todes. Das Konzentrationslager, Pastor Johannes Meyer und kirchliche Gedenkstättenarbeit in Ladelund. Herausgegeben von Hannegreth Grundmann. Mit Bildern von Uwe Appold. Hannover: Lutherisches Verlagshaus 2014.

Webseiten

Kritik an dem Putten-Ladelund-Lauf, <http://www.deweekkrant.nl/pages.php?page=3171432>, (zuletzt besucht am 23.07.2015)

Erlebnisbericht von Frank Lorenzen, einem der beiden deutschen Läufer, www.floose.de/2015/05/putten-ladelund-loop, (zuletzt besucht am 23.07.2015)

Website der Stichting Oktober 44, www.oktober44.nl, (zuletzt besucht am 23.07.2015)

Webseite des Putten-Ladelund-Laufs, diverse Zeitungsberichte in deutscher und niederländischer Sprache sind dort zu finden, www.putten-ladelundloop.nl, (zuletzt besucht am 17.07.2015)

Abbildungsnachweis

Abb. 1 Pieter Dekker, Gert van Dompsele, Van naam tot nummer. Slachtoffers van de Puttense razzia, Leeuwarden 2014, S. 103; Abb. 2-4 Archiv Michel Kooij, Putten: Putten-Ladelund loop.

12. Dialog ADS-Grenzfriedensbund

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die Friesen

von LARS HARMS

Die 12. Dialogveranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes fand unter dem Titel „Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die Friesen. Unerwähnt. Unerhört?“ am 29. Oktober 2015 im friesischen Kulturzentrum Andersen-Hüs in Risum-Lindholm statt. Die Veranstaltung wurde durch unser Vorstandsmitglied Renate Schnack geleitet. Hauptredner des Abends war der Friese Lars Harms, Vorstandsmitglied der Friisk Foriining. Zugleich ist Lars Harms Vorsitzender der Landtagsgruppe des SSW und seit September 2015 in der Nachfolge Anke Spoorendonks auch Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl 2017.

Sein engagierter Vortrag, den wir in leicht überarbeiteter Form wiedergeben, stieß bei den zahlreich anwesenden Teilnehmern auf reges Interesse. Die anschließende Diskussion widmete sich der aktuellen und zukünftigen Lage der Friesen. In zahlreichen Beiträgen wurde die Bedeutung von frühkindlicher und schulischer Bildung zum Erhalt der friesischen Sprache betont. Kindergärten und Schulen in Nordfriesland bräuchten dazu allerdings noch mehr Unterstützung, um die Bedrohung, der die Sprache ausgesetzt sei, abzuwenden und Benachteiligungen auszugleichen. Die Abbildung der gruppenspezifischen Rechte der Friesen in zahlreichen Gesetzen und Regelungen wurde begrüßt. Die Bewertung des Erreichten allerdings ging von „erbärmlich“ – im Vergleich etwa zur Förderung der dänischen Minderheit – bis hin zu „hoffnungsvoll“ mit Blick auf die aktuelle Sprachenpolitik des Landes. Der in der Präambel der Landesverfassung formulierte Wille, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren, bedeute hingegen einen Wandel, der zu begrüßen sei, so die abschließende einvernehmliche Meinung des Fachpublikums. Er mache deutlich, dass diese Aufgabe nur von Minderheit und Mehrheit gemeinsam angegangen und gelöst werden könne. Mit einem Schlußwort der neuen Geschäftsführerin des ADS-Grenzfriedensbundes, Dr. Michaela Oesser, endete die 12. Dialogveranstaltung.

Die Redaktion

Einleitung

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass die Bonn-Kopenhagener Erklärungen für die Friesen einen Rückschritt bedeutet hätten, weil die Friesen im Gegensatz zur Kieler Erklärung von 1949 hier keine Erwähnung mehr gefunden hatten. Ob dieses im Kern richtig ist oder eben doch nur die halbe Wahrheit, soll dieser Vortrag zumindest versuchen zu klären. Allerdings muss ich gleich zu Anfang darauf hinweisen, dass oft viele Dinge in die jeweiligen Erklärungen hineingedeutet wurden, die je nach Standpunkt des Betrachters durchaus völlig unterschiedlich sein konnten. Das hat zum einen damit zu tun, wie im Geiste der Zeit Minderheiten betrachtet wurden, und zum anderen natürlich auch damit, wie sich die friesische Bevölkerung selbst sah. Deshalb wird es unter anderem notwendig sein, im Vorwege auch die rechtliche Situation in Bezug auf Minderheiten etwas näher zu beschreiben. Erst vor diesem Hintergrund mag es eine Chance geben, die Frage nach der Bedeutung der Kieler Erklärung und der Bonn-Kopenhagener Erklärungen für die Friesen näher zu beleuchten.

Ich will also heute den Versuch machen, erstens zu betrachten, wie Minderheiten – und hier speziell die Friesen – in ihrer Zeit gesehen wurden; zweitens zu beschreiben, wie die Eigensicht der Friesen zu diesem Thema war; drittens vor diesen Hintergründen die Kieler Erklärung und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu deuten.

Danach werde ich als vierten Punkt die weitere Entwicklung der Minderheitenfrage in der neueren Zeit beleuchten und am Ende natürlich auch einen Ausblick in die Zukunft wagen.

Die Friesen – ein Teil des großen Ganzen?

Minderheiten definieren sich heute als Gruppen mit einer anderen Sprache und Kultur, die seit langem in dem jeweiligen Staat beheimatet sind. Grundsätzlich wird diese Definition auch vom Staat entsprechend übernommen. Geht man rund 160 Jahre zurück, sieht man, dass diese Sichtweise nicht immer so war. Die Paulskirchenverfassung¹, sprach noch von Volksstämmen. Artikel 188 lautete: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.“ Diese Bestimmung war sehr fortschrittlich zu ihrer Zeit und ist es bis heute. Liest man diesen Artikel genau, so muss man sogar feststellen, dass zumindest die Friesen, heu-



Abb. 1 Lars Harms, MdL als Referent beim 12. Dialog ADS-Grenzfriedensbund, 29.10.2015

te noch sehr weit von diesen in der Verfassung von 1848 verankerten Rechten entfernt sind. Leider trat die Verfassung nicht in Kraft. Und damit gab es auch keine entsprechenden Rechte für die nicht deutsch redenden Volksstämme.

Aber was uns interessiert, ist ja die Frage, was nun Volksstämme sind. In der damaligen Zeit wird man sicherlich an Angehörige der deutschen Nation mit sprachlich-kulturellen Besonderheiten gedacht haben. Die Gruppen sind nicht näher definiert, was dazu führt, dass man auch nichts über den Status der Friesen erfährt. Trotzdem besteht die Möglichkeit, dass auch die Friesen von diesem Artikel erfasst gewesen wären, wenn denn die Verfassung irgendwann auch im damals dänischen Landesteil Schleswig gegolten hätte. Sie wären ein „nicht deutsch sprechender Volksstamm“ gewesen und hätten so eine gewisse eigenständige Bedeutung gehabt.

Trotzdem muss man aber auch klar sagen, dass sich die Menschen im 19. Jahrhundert als Angehörige eines bestimmten Staatswesens ansahen und sich sicherlich auch an den bestehenden adligen Dynastien orientierten. Die Menschen sahen sich also erst einmal als Teil einer größeren Nation – in unserem Fall der deutschen oder vielleicht auch der dänischen Nation. Ein „Volksstamm“ wird also in der Diktion dieser Zeit ein Teil der deutschen Nation mit sprachlichen Besonderheiten gewesen sein, die fest mit dem entsprechenden Staatswesen verbunden waren. Hieraus spricht eine gewisse Eigenständigkeit, aber auch eine Vereinhaltung für das große Ganze.

Deutlicher wird dies noch, als die deutsche Staatsbildung abgeschlossen war. In den Jahren nach 1848 bis 1919 wurden in den Verfassungen keine individuellen Rechte für Minderheiten oder Sprachgruppen niedergelegt. Dies kann als Indiz dafür gelten, dass man diese Gruppen eher als eine Gefahr für die staatliche Einheit ansah. Auch wenn es in Zeiten der Romantik sicherlich auch eine Rückbesinnung auf kleine Völker oder regionale Gruppen gab, ging dies doch nicht so weit, diese Gruppen als etwas Eigenständiges anzuerkennen. Ganz in den Zeichen der Zeit sind deshalb auch die gesetzlichen Regelungen frei von besonderen Bestimmungen für diese Gruppen. Die große deutsche Nation – das Vaterland – stand im Mittelpunkt, nicht die Individualität von einzelnen Sprachgruppen.

Andere Sprachen und Kulturen innerhalb des Deutschen Reiches wurden als Gefahr für die Einheit des Staates wahrgenommen. In Deutschland gab es natürlich auch gemischt-sprachliche Regionen, die durchaus Konfliktpotential hatten, neben dem deutsch-dänischen Grenzland waren dies vor allem die Provinz Posen, Ost- und Westpreußen und Schlesien mit jeweils einem großen polnischsprachigen Bevölkerungsanteil und beispielsweise auch das zwischen Frankreich und Deutschland umstrittene Elsass-Lothringen. Vor diesem Hintergrund gab es nur die Losung, sprachliche Besonderheiten am besten einzuebnen und aus allen fremdsprachigen Staatsbürgern „gute Deutsche“ zu machen. Wer also allzu deutlich die Eigenständigkeit der eigenen Sprachgruppe herausstellte, war suspekt.

Erstaunlich hierbei ist, dass die Realitäten damals im wahrsten Sinne des Wortes eine ganz andere Sprache sprachen. Im Gegensatz zu heute war Deutschland damals ein Staat mit einer sehr großen sprachlichen Vielfalt. Im Jahr 1900 sprachen von den 56 Millionen Menschen in Deutschland 3 Millionen Polnisch, rund 200.000 Französisch und rund 140.000 Dänisch als Muttersprache. Insgesamt sprachen mehr als 4 Millionen Menschen

eine Minderheitensprache. Im Übrigen sprachen damals nach offizieller Zählung 20.677 Menschen muttersprachlich Friesisch im Deutschen Reich.² Allerdings gaben sich auch rund 250.000 Personen als zweisprachig an, worunter sicherlich auch der eine oder andere Friese war, da die Friesen im Regelfall mindestens zweisprachig waren und sein mussten. Erst nach dem Ersten Weltkrieg und den nachfolgenden Volksabstimmungen über die staatliche Zugehörigkeit bestimmter Regionen scheint es wieder Platz für eine gewisse Eigenständigkeit der anderssprachigen Bevölkerungsgruppen gegeben zu haben. Das mag daran gelegen haben, dass diese Gruppen nun aufgrund der entsprechenden Gebietsabtretungen wesentlich kleiner geworden und damit nationalpolitisch ungefährlicher waren; es mag aber vielleicht auch daran gelegen haben, dass die junge deutsche Demokratie bewusst besondere Rechte für besondere Sprachgruppen einräumen wollte. Die Motivationen in dieser Zeit mögen sehr unterschiedlich gewesen sein, aber trotzdem fanden die Sprachgruppen nach über 70 Jahren wieder eine Erwähnung in der Reichsverfassung. Dies mag auch ein Indiz dafür sein, dass man in der Minderheitenpolitik einen langen Atem braucht. Der Artikel 113 der Weimarer Reichsverfassung lautete: „Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und Rechtspflege beeinträchtigt werden.“³ Man achte hier insbesondere darauf, dass nicht mehr die volkstümliche Entwicklung gewährleistet werden muss, wie noch 1848, und auch der Gleichbehandlungsgrundsatz zugunsten einer Anti-Diskriminierungs-Regelung weggefallen ist. Die fremdsprachigen Volksteile sind somit auf sich allein gestellt; man will die Sprachen nicht aktiv behindern, aber auch nicht fördern. Trotzdem hat sich während der Weimarer Republik insbesondere der Schulunterricht für die Friesen stark weiterentwickelt.

Auch in der Weimarer Reichsverfassung ist wieder nicht definiert, welche Gruppen vom Artikel 113 erfasst sind, und es wird auch wiederum die Eigenständigkeit in Abgrenzung zum deutschen Volkstum nicht anerkannt. Vielmehr werden auch hier wieder die einzelnen Sprachgruppen als Volksteile des Reiches mit sprachlichen Besonderheiten angesehen. Entsprechend ist auch der Artikel 73 der Preußischen Verfassung gefasst, der den Schulunterricht und eine Regelung zur Amtssprache enthält.⁴ Man kann also feststellen, dass Minderheitengruppen auch noch bis hinein in die Weimarer Republik nicht als solche anerkannt waren und „nur“ deren Sprachgebrauch einigen Regelungen unterzogen war. Letztendlich

ging man immer davon aus, dass alle Deutsche sind und manche eine besondere zusätzliche Sprache sprechen. Diese Sichtweise ging einher mit der Bildung von Nationen in einer bestimmten Region. Unter diesen Voraussetzungen war es insbesondere für kleine Sprachgruppen ohne eigenen Bezugsstaat nahezu unmöglich, ihre Eigenständigkeit anerkannt zu bekommen. Die Friesen waren ein Teil des großen Ganzen, aber eben nicht ein eigenständiger Teil.

Eigenständige Friesen – das Ringen um Anerkennung

Diese Sichtweise, dass Friesen Deutsche mit einer besonderen Sprache und Kultur sind, war auch die Sicht der Dinge, wie sie vom 1902 gegründeten Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe, heute Nordfriesischer Verein, vertreten wurde. Man sah sich als „deutscher Vorposten“ im Grenzland und manchmal sogar als „Deutschlands Ehrenvolk“.⁵ Gleichwohl stand der Verein aber auch für eine größere Eigenständigkeit der nordfriesischen Identität. Dies drückte sich insbesondere dadurch aus, dass der Verein die Einheit Nordfrieslands als Landschaft betonte und dafür auch die nordfriesische Flagge – Gold-Rot-Blau – und das nordfriesische Wappen verstärkt nutzte.⁶ Ganz im Sinne der Zeit empfand man die Friesen als deutsch mit sprachlicher Besonderheit.

Im Gegensatz zu dieser Sichtweise stand der 1923 gegründete Friesisch-Schleswigsche Verein, heute Friisk Foriining. Er sah die Nordfriesen nicht als deutschen Stamm, sondern als Angehörige eines eigenen friesischen Volkes.⁷ Man arbeitete mit der dänischen Minderheit zusammen, trat bei Wahlen mit einer eigenen Liste an, knüpfte enge Verbindungen zu den Landsleuten im niederländischen Friesland und versuchte auch die Anerkennung der Nordfriesen als eigenständige Gruppe auf internationalem Parkett zu erreichen. Und man trat umgehend dem Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland bei, in dem die polnische, dänische, sorbische und litauische Minderheit zusammengeschlossen waren.⁸

Man kann wohl davon ausgehen, dass die Frage, ob die Friesen eine nationale Minderheit seien, unter den rund 30.000 Friesischsprechern der damals knapp 110.000 Einwohner Nordfrieslands nicht die alles entscheidende Frage war. Vielmehr wurde durch die nationalen Friesen, wie sich die Friesen im Friesisch-Schleswigschen Verein nannten, diese Frage erstmals aufgeworfen und war auf den Europäischen Nationalitätenkongressen ein Streitpunkt, der sogar international für Aufsehen sorgte.

Die Frage, sind die Friesen eine nationale Minderheit oder nicht, wurde aber nicht nach objektiven Kriterien zu beantworten versucht, sondern



Abb. 2 Das Publikum während des Vortrags von Lars-Harms beim 12. Dialog des ADS-Grenzfriedensbundes. Rechts die Leiterin der Veranstaltung, Vorstandsmitglied Renate Schnack

man geriet vollends in die national-politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit: auf der einen Seite die Verteidigung der Bindung an deutsche Kultur und Sprache, ohne das Friesische aufzugeben, und auf der anderen Seite die bewusst betonte Eigenständigkeit der friesischen Sprache und Kultur, auch in Abgrenzung zum Deutschen. Diese Betonung der Eigenständigkeit wurde als Separatismus empfunden und entsprechend bekämpft. Letztendlich war der Begriff „nationale Minderheit“ auch ein wenig zu einem Kampfbegriff geworden, der auch noch bis in die neueste Zeit in dieser Form erhalten blieb.

Es ist zu vermuten, dass die meisten Menschen in dieser Zeit mit dem Begriff „nationale Minderheit“ nicht sonderlich viel anfangen konnten und ihn wahrscheinlich ebenfalls als einen Begriff ansahen, der nach Separatismus roch. Verstärkt wurde dies noch dadurch, dass sich auch die dänische Minderheit als nationale Minderheit sah und immer wieder Diskussionen über eine Grenzrevision stattfanden. Letztendlich äußerten sich auf Initiative des Nordfriesischen Vereins seinerzeit 13.357 Menschen in einer groß angelegten Unterschriftensammlung, den „Bohmstedter Richt-

linien“, dass man deutsch gesinnt sei, die friesische Sprache gepflegt werden solle und man nicht als nationale Minderheit betrachtet werden wolle.⁹ Damit hatten sich rund 10% der nordfriesischen Bevölkerung geäußert. Wie stark der Druck war zu unterschreiben und ob es sich bei den Unterschreibenden immer auch um friesischsprachige Personen handelte, lässt sich nicht klären. Trotzdem war wohl der Mainstream in Nordfriesland der damaligen Zeit sicherlich nicht auf einer Anerkennung als nationale Minderheit ausgerichtet. Die Mehrheit der Menschen in Nordfriesland war der Frage gegenüber wohl zumindest indifferent, wenn nicht gar ablehnend eingestellt.

Aber die Frage nach der Anerkennung der Friesen als eigenständige Gruppe und der rechtlichen Absicherung dieser Eigenständigkeit war jetzt auf der Tagesordnung und blieb es auch, als die Nazidiktatur, die nichts für eigenständige Bestrebungen übrighatte, beendet war.

Kieler Erklärung versus Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Der Zulauf zur dänischen Minderheit, aber auch zu den nationalen Friesen kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs machte die Frage nach der Stellung der Minderheiten wieder brandaktuell. Mit der Kieler Erklärung versuchte die Landesregierung 1949, nach eingehenden Verhandlungen mit der dänischen Minderheit, etwas mehr Normalität in das Verhältnis mit der Minderheit zu bekommen. Die Zusammenarbeit zwischen der dänischen Minderheit und den nationalen Friesen, die auch schon eine gemeinsame Partei – den SSW – gegründet hatten, führte zur vielfach zitierten Friesenklausel in der Kieler Erklärung. Die Kieler Erklärung bestätigt noch einmal die Grundrechte, die schon durch das Grundgesetz gegeben waren. Weiter werden Rechte in Bezug auf die eigenständigen dänischen Organisationen gewährt und die politische Partizipation der dänischen Minderheit anerkannt. Entscheidend ist auch das Recht, sich zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur zu bekennen. Und dann kommt am Ende der folgende Satz: „Die hier aufgestellten Grundsätze gelten sinngemäß auch für die friesische Bevölkerung in Schleswig-Holstein.“¹⁰

Es war somit klar, dass auch die Friesen alle staatsbürgerlichen Rechte beanspruchen konnten. Das war ihnen aber ohnehin durch das Grundgesetz garantiert. Auch etwaige eigene Organisationen durften nicht behindert werden. Entscheidend war aber die Frage, was die Friesenklausel in Bezug auf die Bekenntnisfreiheit bedeutete. War auch das Bekenntnis zum dänischen Volkstum für die Friesen erlaubt, oder war mit der Formu-

lierung ein Recht, sich als Friesen zu bekennen, verbunden? In der Begründung zum Abschnitt IV, also der Friesenklausel, schrieb die Landesregierung: „Die hier aufgestellte sogenannte Friesenklausel gibt die Möglichkeit, daß auch diejenigen Angehörigen der friesischen Bevölkerung, die sich zur dänischen Minderheit bekennen, deren Rechte genießen. Sie gewährleistet ferner auch den Gebrauch der friesischen Sprache in gleichem Umfang wie der dänischen.“¹¹

Es sollte also von Seiten der Landesregierung nicht eine eigenständige friesische Minderheit anerkannt werden, sondern es sollte in der Tat nur den Friesen das Recht gegeben werden, sich zum dänischen Volkstum zu bekennen. Dass ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die friesische Sprache genauso genutzt werden könne wie die dänische, zeigt, dass man bereit war, sprachliche Rechte, wie schon in der Weimarer Republik, zu gewähren, aber Eigenbestrebungen der Friesen nicht unterstützte. Insofern hatte die Friesenklausel nur eine sehr eingeschränkte Bedeutung. Aber immerhin wurden die Friesen als Gruppe erstmals in einem rechtlich bindenden Dokument genannt.

Allerdings wurde die Friesenklausel auch von den Friesen nicht offensiv genutzt, um sprachliche Rechte und das Recht auf Anerkennung als eigenständige Gruppe durchzusetzen. Die Aufhebung der Kieler Erklärung und die Ratifizierung der Bonner Erklärung hatten für die Friesen rechtlich gesehen keine Auswirkungen. Natürlich waren die Friesen nun als Gruppe auch formal nicht mehr genannt, aber von Seiten der damaligen Landesregierungen wurden die Friesen ohnehin nicht als eigenständige Minderheit anerkannt. Der Gegensatz zwischen den einzelnen friesischen Gruppierungen blieb bestehen und somit drohte die Anerkennung der Friesen in immer weitere Ferne zu rücken.

Trotzdem hatten aber die Kieler Erklärung und auch die Bonner Erklärung ein Grundprinzip festgelegt, von dem auch die Friesen profitieren sollten. Der Grundsatz, zur Minderheit gehört, wer sich zu ihr bekennt, und das jeweilige Bekenntnis darf nicht angezweifelt werden, war auch eine Grundlage für die weiteren Diskussionen um den Status der Friesen. Schon 1955 legten die Friesen mit dem Friesischen Manifest¹² den Grundstein für die Forderung nach mehr Anerkennung. Friesen aus dem niederländischen Friesland, Ostfriesland und Nordfriesland formulierten unter anderem: „Gemeinsam ist uns das Volkstum ...“ und „Wir bekennen uns zu einer Kultur, die in den Tiefen des Volkstums wurzelt.“ Damit war erstmals der Schritt gemacht, sich selbst als eigenständige Gruppe in den Niederlanden und Deutschland zu sehen.

Schritt für Schritt war zu bemerken, was die Anerkennung als Minder-

heit für die dänische Minderheit bedeutete. Die Bonner Erklärung zeigte deutlich Wirkung und entfaltete eine rechtliche Bindungswirkung bis zum heutigen Tag. Genau das fehlte den Friesen und deshalb war es notwendig, ebenfalls solche gruppenspezifischen Rechte einzufordern. Zu dieser Erkenntnis gelangte man seitens der Friesen immer mehr, und das ist die eigentliche Wirkung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen in Bezug auf die Friesen.

Der Weg zu mehr Anerkennung

Es sollten aber noch einige Jahrzehnte ins Land gehen, bevor die friesische Frage erneut auf die große politische Tagesordnung gesetzt wurde. Erst als 1989 die Beratungen über eine neue Landesverfassung erfolgten, ist auf Initiative des SSW-Abgeordneten Karl-Otto Meyer auch über einen Minderheitenartikel beraten worden. Sehr schnell wurde klar, dass es dabei um die Dänen und die Friesen gehen sollte. Während die dänische Minderheit als nationale dänische Minderheit Aufnahme in den Minderheitenartikel fand, brach bei den Friesen der alte Gegensatz um die Anerkennung als nationale Minderheit wieder auf. Man einigte sich in Form eines Kompromisses auf die Bezeichnung „friesische Volksgruppe“. ¹³ Diese Bezeichnung ließ weiterhin offen, die Friesen als Teil des deutschen Volkes zu sehen oder den Friesen eine eigene Nationalität zuzugestehen. Auch die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig nutzt den Begriff Volksgruppe und auch die österreichische Politik spricht von Volksgruppenpolitik, wenn es um Minderheiten in Österreich gilt. Damit hatte man einen Begriff gefunden, der auf verschiedene Art deutbar war, aber er ermöglichte, den Friesen einen besonderen Gruppenstatus zuzumessen. Damit waren die Friesen als Volksgruppe und die Dänen als nationale Minderheit gleich gestellt. Allerdings gab es auch in dem neuen Verfassungsartikel einen „Schönheitsfehler“: Er gestand formal nur den nationalen Minderheiten die Bekenntnisfreiheit zu. Unter enger Betrachtung des Wortlautes hätte also nur ein Däne sich zu seinem Volkstum bekennen können, nicht aber ein Friese.

Ende der 1990er Jahre wurden die Sprachencharta, die auch die friesische Sprache als Minderheitensprache schützt, und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten von Deutschland unterschrieben. Beide Dokumente zeigen deutlich das damalige Dilemma in der Frage der Anerkennung der Friesen. Während die Sprachencharta die friesische Sprache als Minderheitensprache klassifiziert, werden die Friesen anfangs noch nicht durch das Rahmenübereinkommen als Min-

derheit geschützt. Vielmehr wurden die Bestimmungen des Rahmenübereinkommens auch auf die Friesen angewandt, ohne dass man die Friesen wie die Dänen und Sorben als eigenständige Minderheit anerkannt hätte. Erst 2004 erfolgte endlich die endgültige und vollständige Anerkennung als eigene Volksgruppe. In der Präambel des Friesisch-Gesetzes wurde die Bekenntnisfreiheit auch für die Friesen festgelegt.¹⁴ Inzwischen hat sich die Bezeichnung „friesische Volksgruppe“ als Eigenbezeichnung durchgesetzt.

Die Friesen selber haben sich 2006 auch einen neuen Rahmen gegeben, der das Friesische Manifest von 1955 abgelöst hat. In der Interfriesischen Erklärung heißt es unter anderem: „Wir gehören mehr als einem Staat an, fühlen uns aber über alles Trennende hinweg als Angehörige eines Volkes, gewohnt und gewillt, unsere eigene Sprache zu pflegen und auszubauen.“¹⁵ Dadurch, dass die Friesen in den Niederlanden und in Deutschland sich einheitlich zu ihrem eigenständigen Status bekennen und die rechtlichen Rahmen bei uns inzwischen so gesetzt sind, dass an der Frage, ob die Friesen eine eigenständige Minderheit sind, nicht mehr gerüttelt werden kann, hat sich die Sichtweise auf die Friesen im öffentlichen Raum verändert. Inzwischen wird der Minderheitenstatus nicht mehr infrage gestellt.

Durch das Friesisch-Gesetz haben die Friesen ähnliche Rechte, wie sie der dänischen Minderheit in der Bonner Erklärung zugestanden wurden. Gleichzeitig werden die vier anerkannten nationalen Minderheiten auch auf Bundesebene rechtlich gleichrangig behandelt. Inzwischen werden keine Unterschiede mehr gemacht. Auf der Homepage des Bundes-Innenministeriums steht folgendes: „In Deutschland leben Angehörige von vier nationalen Minderheiten, die hier seit Jahrhunderten traditionell heimisch und deutsche Staatsbürger sind, die aber eine andere Muttersprache und Kultur haben. Dies sind die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe, das sorbische Volk und die deutschen Sinti und Roma.“¹⁶ Ähnlich ist es auch in der entsprechenden Broschüre zu den nationalen Minderheiten des BMI beschrieben.¹⁷ Und auch in offiziellen Bundestagsdrucksachen kommt dieses jetzt zum Ausdruck. In Bundestagsdrucksache 18/5331 heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland hat 4 nationale Minderheiten im Sinne des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten anerkannt: die Dänen, die friesische Volksgruppe, das sorbische Volk sowie die deutschen Sinti und Roma.“¹⁸ Damit ist eine Frage endgültig gelöst, die seit 160 Jahren auf der politischen Tagesordnung war und über die die friesische Volksgruppe knapp 100 Jahre lang aufs Erbittertste zerstritten war. Die Kieler Erklärung und

die Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben mittelbar dazu beigetragen, diesen Konflikt endgültig zu beenden. Die Friesen sind eine der vier nationalen Minderheiten in Deutschland.

Zukunftsperspektiven

Die neue Schleswig-Holsteinische Landesverfassung hat immer noch den Minderheitenartikel, der den nationalen Minderheiten die Bekenntnisfreiheit einräumt und die friesische Volksgruppe explizit nennt. Sie hat darüber hinaus in ihrer Präambel einen Passus, der festschreibt, den Willen zu haben, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren, und dies wird in Artikel 12 neuerdings spezifiziert, in dem dort der Schutz und die Förderung des friesischen Schulunterrichts an öffentlichen Schulen vorgeschrieben sind. Wenn man so will, ist jetzt alles in guter Verfassung, aber natürlich kommt es jetzt darauf an, die Bestimmungen auch tatsächlich mit Leben zu erfüllen.

In Zukunft werden wir wieder einen hauptamtlichen Professor an der Europauniversität Flensburg haben, der für die Friesischlehrer-Ausbildung zuständig ist, und es wird ein Konzept erarbeitet, wie der Friesischunterricht verbindlicher gestaltet werden kann. Es ist ständige Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass das Friesische eine Zukunft hat. Und hier spielt insbesondere der Schulunterricht eine wichtige Rolle.

Es kommt aber auch darauf an, weiter deutlich zu machen, dass das Friesische einen besonderen Status hat. Deshalb wird in Zukunft die wegweisende Beschilderung an den Straßen in Nordfriesland zweisprachig deutsch-friesisch sein. Für jeden wird somit sichtbar sein, dass man sich in einer Region mit einer Minderheit befindet. Gleichzeitig wird dies hoffentlich auch dazu führen, dass sich der eine oder andere Nicht-friesischsprachige mehr für das Friesische interessiert.

Und auch das Friesisch-Gesetz und die damit verbundenen Bestimmungen sollen jetzt überarbeitet werden. Wir müssen dafür sorgen, dass Friesisch auch im täglichen Leben überall genutzt werden kann. Das heißt, dass der Staat hier insbesondere dafür Sorge tragen muss, dass mehr friesischsprachiges Personal in den öffentlichen Dienst eingestellt wird, damit die friesische Volksgruppe auch in der eigenen Sprache bedient werden kann.

Und natürlich müssen wir auch versuchen, dem Friesischen mehr Präsenz in den Medien zu geben. Beim Lokalfunk haben wir jetzt schon eine Bestimmung gesetzlich festgeschrieben, die für mehr Beiträge in den



Abb. 3 Zweisprachige Beschilderung in Nordfriesland

Minderheiten- und Regionalsprachen sorgen soll. Trotzdem müssen aber auch die öffentlich-rechtlichen Sender nachziehen. Da sind die Sorben schon wesentlich weiter als Dänen und Friesen hier bei uns. Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun, und es fallen einem sicherlich noch mehr Wünsche ein.

All diese Wünsche wirken auf den ersten Blick ambitioniert. Das war die Forderung nach Anerkennung als nationale Minderheit vor knapp 100 Jahren auch. Es wäre schön, wenn vieles nicht wieder rund 100 Jahre dauern würde.

Anmerkungen

- 1 <http://verfassungen.de/de/de06-66/verfassung48-i.htm>
- 2 <http://www.verwaltungsgeschichte.de/fremdsprachen.html>
- 3 <http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm>
- 4 <http://www.verfassungen.de/de/preussen/preussen20-index.htm>
- 5 Geschichte Nordfrieslands, Bredstedt: Verlag Nordfriisk Instituut 1995, S. 324.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd., S. 325.
- 8 Ebd., S. 326.

- 9 Ebd., S. 328.
- 10 <http://www.nordfriiskinstituut.de/Friesische-Bewegung/Friesische-Bewegung.html>
- 11 Thomas Steensen, Zwischen „Friesenklausel“ und europäischer Anerkennung, in: Nordfriesland Nr. 149 (März 2005).
- 12 <http://www.nordfriiskinstituut.de/Friesische-Bewegung/Friesische-Bewegung.html>
- 13 <http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=Verf+SH&psml=bssshoprod.psml&max=true&aiz=true>
- 14 <http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=FriesischG+SH&psml=bssshoprod.psml&max=true&aiz=true>
- 15 <http://interfriesischerrat.de/index.php/de/interfriesische-erklaerung>
- 16 http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/Nationale-Minderheiten-Deutschland/nationale-minderheiten-deutschland_node.html
- 17 Bundesministerium des Innern, Nationale Minderheiten / Minderheiten- und Regionalsprachen in Deutschland, 2. Auflage, 2014.
- 18 Bundestagsdrucksache 18/5331.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 u. 2 Fotos: Ingrid Schumann; Abb. 3 Foto: Lars Harms.

Vom „Pack“ zum Partner

Junge Dänen und Deutsche in Nordschleswig vor 1955 und heute

von HANS BOLL-JOHANSEN

Mit seinem neuen Buch „Danskerpak og tyskerpak“ hat der emeritierte Kopenhagener Romanistik-Professor Hans Boll-Johansen die Alltagsbeziehungen zwischen Deutschen und Dänen unter gleich drei verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: Zum einen berichtet der gebürtige Apenrader aus seinen eigenen Erinnerungen über das Verhältnis zu den deutschen Nachbarn und Schulkameraden. Zum zweiten hat er fast 60 Jahre nach dem Abitur am Apenrader Staatsgymnasium (Aabenraa Statsskole) – das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig nahm nach der Schließung der Vorgängerschule 1945 erst 1959 seinen Betrieb auf – einige seiner deutschen und dänischen Mitschülerinnen und Mitschüler wiedertreffen und sich mit diesen über die damaligen Erlebnisse und die seitherige Entwicklung ausgetauscht. Zum dritten wirft er mit Hilfe einer Umfrageuntersuchung unter heutigen Schülern der beiden genannten Gymnasien einen Blick auf das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch unter jungen Menschen in der Gegenwart. Im folgenden Beitrag gibt Hans Boll-Johansen zunächst einen Einblick in sein Projekt und erläutert dann die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen Untersuchung unter den Schülern und Schülerinnen der beiden Apenrader Gymnasien.

Die Redaktion

Aufgewachsen in einer Zeit der nationalen Gegensätze

„Tyskerpak“ und „Danskerpak“ schrien wir uns gerne hinterher, wenn wir uns auf der Straße in unserer Heimatstadt Apenrade begegneten – vorausgesetzt, dass unsere Gruppe stark genug war. War man hingegen alleine unterwegs, konnte der Schulweg wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen, da man zur Umgehung möglicher Attacken der jeweils Anderen lieber einen Umweg in Kauf nahm. Während der Kriegszeit hörte man häufiger die Schmähung „Danskerpak“, doch nach dem Ende der Besatzungszeit 1945 waren die dänisch gesinnten Jungen häufiger obenauf. Doch vorher wie nachher konnten letztere – wenn die Gelegenheit günstig und die Lage sicher war – ihren deutsch gesinnten Altersgenossen

folgenden Schmäheim auf Synnejysk an den Kopf werfen:

Tyskerpak
mæ æ knippel o æ nak
å æ hat i æ hand,
herut a æ land!

Dies heißt in etwa: „Deutschenpack, mit dem Knüppel im Nacken und mit dem Hut in der Hand heraus aus dem Land.“

Ganz anders sah es allerdings aus, wenn wir auf einem der damals noch unbebauten Felder in unserem Viertel im Norden der Stadt miteinander Fußball spielten. Wenn wir unsere Mannschaften zusammensetzten und erfolgreich sein wollten, entschied die fußballerische Begabung des Einzelnen – und die war unabhängig von der nationalen Gesinnung. Hier wurde nach der spielerischen Qualität ausgewählt, was für den zuletzt Ausgewählten kein Vergnügen war. Die Nummer 1 jeder Mannschaft, der zuerst Gewählte, kam aus einer deutschen Familie und seine spielerischen Fähigkeiten waren über jeden Zweifel erhaben. Der zuletzt Gewählte war immer der gleiche dänische Knabe. Somit funktionierte die Zusammenarbeit auf dem Sportplatz gut, aber dies hinderte uns nicht daran, einander bei anderer Gelegenheit als Deutschen- bzw. Dänenpack zu beschimpfen. Die übergeordneten Konflikte waren uns durchaus bewusst, denn bei Kriegsende im Mai 1945 waren wir keine Kleinkinder mehr. Den Krieg hatten wir weitestgehend bewusst miterlebt.

Bei der Volksabstimmung zur deutsch-dänischen Grenze 1920 hatten sich bekanntlich drei Viertel der Nordschleswiger für Dänemark entschieden. Doch an mehreren Orten hatte es deutsche Mehrheiten gegeben, so auch – wenn auch nicht mit großem Vorsprung – in Apenrade. Eine Generation später schien die Verteilung zwischen Deutsch- und Dänischgesinnten in der Stadt immer noch annähernd ausgeglichen zu sein. Und abgesehen von den geschilderten Fußballspielen nach der Schule lebte man ziemlich isoliert voneinander in der jeweiligen „Volksgruppe“, wie man es auf Deutsch nannte. Beide Gruppen hatten ihre eigenen Schulen, Sportvereine, Musiklehrerinnen, Tanzschulen, Banken und Zeitungen.

Deutsch und Dänisch – jeder für sich

Als der Krieg vorbei war, schlossen die dänischen Behörden die deutschen Schulen. Dadurch begegneten sich die Kinder aus deutsch- und dänisch gesinnten Familien nun in der dänischen Schule. Sehr viele Väter

der deutsch gesinnten Schulkameraden hatten bis 1945 einer nationalsozialistischen Organisation angehört, namentlich der NSDAP-N (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Nordschleswig), wie es bei sehr vielen „Heimdeutschen“ in jener Zeit üblich gewesen war. Darüber konnten wir als Kinder unter keinen Umständen sprechen, zumal nicht wenige der Männer und Familienväter nach Kriegsende bis zu eineinhalb Jahren im Faarhus-Lager interniert waren. Über Einzelheiten hierzu wussten wir nicht viel, aber wir wollten es wohl auch nicht so genau wissen – nicht zuletzt aus dem Grund, dass wir merkten, dass man dieses Thema besser nicht anschnneiden sollte, wenn man einigermaßen friedlich miteinander auskommen wollte. Auch beim 25-jährigen Jubiläum des bestandenen Abiturs 1980 oder bei späteren Wiedersehensfeiern wurde das Thema nicht angesprochen.

In der Zeit unserer Kindheit Ende der 1930er Jahre war es für die deutsch gesinnten Nordschleswiger ein sehr reales psychologisches Problem, dass wichtige Orte wie Hoyer, Tondern, Apenrade oder Sonderburg 1920 teils deutliche deutsche Mehrheiten aufgewiesen hatten, ohne dass dies bei der Grenzziehung berücksichtigt worden war. Das En-Bloc-Prinzip, wonach nur das Gesamtergebnis in der zur Abstimmung zurechtgeschnittenen I. Zone zählen sollte, wurde als ungerecht empfunden. Etwa 30.000 Deutschgesinnte fanden sich in einem Staat wieder, mit dem sie sich nicht identifizierten, und ihr Kampf um eine Revision der Grenze von 1920 prägte das Geschehen im Landesteil. Um diesem Ziel näher zu kommen, schlossen sich viele ab 1933 der nationalsozialistischen Bewegung an. Die politische Strahlkraft des Nationalsozialismus, unter dessen Ägide es mit Deutschland wieder aufwärts zu gehen schien, erschien ihnen als großer Hoffnungsschimmer dafür, dass sie doch noch von der als widernatürlich empfundenen dänischen Herrschaft befreit werden könnten. Noch bei der alljährlich stattfindenden Feier am Knivsberg am 25. Juni 1939 betonte der Parteichef der NSDAP-N und politische Führer der deutschen Minderheit Jens Møller: „Auf die Frage, ob diese Grenze gerecht sei, ob sie auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gezogen worden sei oder ob sie in alle Ewigkeit bestehen wird, können wir nur antworten: nein, nein, nein!“

Uwe Hänel, einer der deutsch gesinnten Schulkameraden des Verfassers dieser Zeilen, kann davon berichten, wie sich sein Vater und sein Onkel von der Stimmung in den 1930er Jahren zur NS-Bewegung hinleiten ließen: „Im Grenzland gab es einen Kulturkampf und es ging seinerzeit hoch her. Beharrlich arbeitete man an einer Grenzrevision. Diese Tendenzen wurden durch die Entwicklung im Deutschland der 1930er

Jahre noch verstärkt, und die Jugendorganisationen in Nordschleswig und deren Mitglieder waren – leider – eine allzu leichte Beute für die Verlockungen, die von Süden her kamen. Der ‚Heim ins Reich‘-Gedanke trieb seine Blüten, und bald wurden deutsche nationale Gesinnung und Nationalsozialismus miteinander gleichgesetzt. Blauäugig wie die meisten deutschen Nordschleswiger in jenen Jahren schlossen sich mein Vater Jürgen und sein Bruder Heini der NS-Bewegung an und wurden Parteimitglieder, zunächst in der NSAN".

Es sind die persönlichen Erinnerungen an jene Zeit der Gegensätze zwischen Deutsch und Dänisch, die mit dem vorliegenden Projekt aus dem Halbdunkel des Vergessens gezogen werden sollen. Fast 60 Jahre nach dem gemeinsamen Abitur am Apenrader Staatsgymnasium habe ich mir mit mehreren meiner Mitschüler des Abschlussjahrgangs 1955 die damalige Zeit in Erinnerung gerufen, und wir haben uns darüber ausgetauscht – auch diejenigen, die sich, wie der eben zitierte Uwe Hänel und ich selbst, als Kinder die eingangs genannten Schmähungen zugerufen hatten. Damit sollte natürlich keineswegs die Geschichte umgeschrieben werden. Weder sollte das heute ausgezeichnete Verhältnis den Blick auf frühere Gegensätze versperren noch sollte die frühere Feindschaft aus der Mottenkiste geholt und neu belebt werden. Sinn der Sache war und blieb die Begegnung mit der Wirklichkeit, in welcher Dänen und Deutsche seinerzeit lebten – jeder für sich.

Eine solche Fragestellung ist natürlich auch für andere Menschen als nur die Bewohner des schleswigschen Grenzlandes von Bedeutung. Manche hier bekannte Grundlagen gelten überall, wo Menschen mit verschiedenen Sprachen und Gewohnheiten zusammen leben – und vielleicht auch manchmal zusammenstoßen. Je nach der übergeordneten politischen Lage können solche Gegensätze gedämpft, aber auch angeheizt werden. Umso interessanter ist es, wenn man in einer Region einen Vergleich über 60 Jahre hinweg ziehen kann. Viel hat sich seit meinem Abitur in jenem Jahr getan, als die Bonn-Kopenhagener Erklärungen veröffentlicht worden sind. Die in den vorangegangenen Zeilen geschilderte Wirklichkeit junger Menschen im Apenrade der späten 1930er Jahre bis Mitte der 1950er Jahre liegt auf den ersten Blick weit zurück. Umso mehr stellt man sich die Frage, wie die jungen Menschen vor Ort das deutsch-dänische Verhältnis heute erleben. Ist das Gegeneinander, das seinerzeit im Alltag spürbar war, tatsächlich einem Mit- oder sogar Füreinander gewichen? Spielen deutsch-dänische Gegensätze überhaupt noch eine Rolle? Oder lebt nach wie vor jeder für sich? Dem soll im Folgenden nachgegangen werden.



Abb. 1 Abiturklasse am Apenrader Staatsgymnasium 1955 mit Verfasser Hans Boll-Johansen (obere Reihe, 2. v. r.) und Uwe Hänel (mittlere Reihe, 6. v. l.)

Fragen an deutsche und dänische Gymnasiasten anno 2014

Es ist nicht unbedingt einfach, spontan brauchbare Antworten auf die genannten Fragen zu finden. Je nachdem, wen man fragt, wird man verschiedene Antworten erhalten – und man muss abwägen, wessen Stellungnahmen man am meisten vertraut. Deshalb wurde das erinnerungsgeschichtliche Projekt mit einer Umfrage ergänzt, bei der die heutigen Schüler der gymnasialen Oberstufe aus Apenrade zu Wort kommen. Diese jungen Menschen sind einige Jahre nach dem Epochenwandel von 1989 geboren und haben somit weder den Kalten Krieg noch die deutsch-dänischen Gegensätze früherer Generationen miterlebt. Demnach sollten sie einen unverstellten Blick auf die Materie haben.

Um der Sache genauer auf den Grund zu gehen, habe ich Morten Andersen und Gerret Liebing Schlaber zur Unterstützung geholt. Die beiden promovierten Historiker stammen selbst aus der Region und unterrichten heute Geschichte und Wirtschaft/Politik am dänischen Staatsgymnasium (Aabenraa Statsskole) bzw. am Deutschen Gymnasium für Nordschles-

wig (DGN). Letzteres ist das einzige seiner Art im Landesteil. Die Unterrichtssprache ist Deutsch, aber man lehrt grundsätzlich nach dänischen Lehrplänen und unterrichtet auch das Fach Dänisch auf Muttersprachniveau wie an allen dänischen Gymnasien. Am Staatsgymnasium wiederum gibt es Deutsch als Fremdsprache als Studienrichtungsfach, doch belegen viele Schüler und Schülerinnen das in der dänischen Volksschule obligatorische zweite Fremdsprachenfach nicht. In Absprache mit dem Verfasser haben die beiden Lehrer mehreren ihrer Klassen einige recht einfache Fragen dazu gestellt, wie diese heute das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch erleben – und ob sie den Eindruck haben, dass sich seit der Jugendzeit ihrer Eltern und Großeltern etwas geändert hat. Im Folgenden soll die Essenz ihrer Antworten summarisch vorgestellt werden.

Die Frage nach einem deutsch-dänischen Gegensatz auch in der heutigen Zeit wurde von den allermeisten Schülern beider Gymnasien verneint: „Ich glaube nicht, dass es einen gibt, jedenfalls aus der Perspektive eines Jüngeren“, meint etwa Zilvinas vom Staatsgymnasium, und seine Klassenkameradin Maria ergänzt: „Ich habe deutsche Freunde und Bekannte auf beiden Seiten der Grenze. Bei sportlichen Begebenheiten bin ich oft für die Deutschen – jedenfalls wenn Dänemark nicht selbst beteiligt ist“.

Das Deutsche Gymnasium kann als Vermittlungsinstitution zwischen Deutsch und Dänisch angesehen werden. Zusätzlich zum eingangs Gesagten gehört zu den Besonderheiten der Schule, dass man hier nicht nur das dänische Abitur (Studentereksamen) ablegt, sondern mit einer zusätzlichen Anerkennungsprüfung im Fach Deutsch auch die deutsche Allgemeine Hochschulreife erwirbt. Umso weniger kann es überraschen, dass die Stimmung gegenüber einer mehrsprachigen Vielfalt gerade unter den DGN-Schülern ausgesprochen positiv ist. Dies betont beispielsweise eine deutschsprachig aufgewachsene Schülerin aus Hadersleben: „Ich fühle mich kulturell sehr reich, weil ich einerseits mit deutscher Kultur lebe, [...] mich aber auch als Mitglied der deutschen nordschleswigschen Minderheit Nordschleswig angehörig fühle. Andererseits habe ich auch Bezug zu Dänemark durch Freunde und die Sprache und das Leben hier“. Doch auch Schülerinnen und Schüler des Staatsgymnasiums wie die im Folgenden zitierte Camilla sind der Überzeugung, dass die Mischung zwischen Deutsch und Dänisch nur Vorteile hat: „Es ist eine gute Sache, dass es eine deutsche Minderheit und eine dänische Minderheit gibt, denn dadurch kann man immer einen Einblick in das jeweils andere Land bekommen und sich auch dänisch fühlen, wenn man in Deutsch-



Abb. 2 Kaiserzeitlicher Altbau und 2015 fertiggestellter neuer Eingangsbereich des Apenrader Staatsgymnasiums

land wohnt.“ Überhaupt erleben die meisten der befragten dänischen Schüler es als sehr positiv, im Grenzland zu wohnen: „Es ist toll, dass es deutsche Schulen und Einrichtungen in Dänemark und dänische Schulen und Einrichtungen in Deutschland gibt. Ich habe bestimmt mehr Einblick in und Kenntnisse über Deutschland und die Deutschen als viele meiner Freunde von Seeland oder aus Mitteljütland“, meint etwa Maria, und ihre Klassenkameradin Ellen fügt hinzu: „Unser grenznaher Wohnort hat bewirkt, dass ich, als ich klein war, in den deutschen Kindergarten gekommen bin, wodurch mir das Deutsche immer leicht gefallen ist – und womöglich hat mich dies auch gegenüber deutscher Kultur und anderen Kulturen im Allgemeinen sensibilisiert.“

Ein Thema, das eine überraschend große Rolle bei den dänischen Schülern und Schülerinnen spielt, ist der kurze Weg zu den Geschäften südlich der Grenze. Wenn man von den Antworten aus dieser Umfrage aus urteilt, kommt man sogar zu dem Schluss, dass die dänischen Gymnasialschüler im Grenzland in weit höherem Maße ökonomisch-materialistisch denken und sich von kulturellen Idealen oder gar politischen Ideologien

weniger beeinflussen lassen. Viele haben die persönliche Bedeutung des Grenzhandels in der Umfrage sehr offen angeführt: „Billige Limonade und billige Süßwaren“ zählen beispielsweise für Schülerin Julie zu den positiven Dingen, die sie mit Deutschland verbindet. Ihre Schulkameraden Carsten und Philip nennen „preisgünstiges Bier von jenseits der Grenze“, aber auch, dass man „in Dänemark günstig wohnen und in Deutschland günstig einkaufen“ kann, als Vorteile. Wenn man im südlichen Teil Dänemarks wohnt, kann man sich sowohl an der niedrigeren deutschen Mehrwertsteuer als auch an den Vorteilen des dänischen Wohlfahrtsstaats erfreuen: „In Dänemark haben wir ein gutes soziales Netzwerk, wogegen man in Deutschland selbst für Schule und Pflegeheim bezahlen muss“, meint etwa Schülerin Maria, offenbar mit wenig Kenntnissen über das deutsche Bildungs- und Sozialsystem, und fügt hinzu: „In Deutschland haben sie auch ganz verschiedene Löhne, während wir in Dänemark alle auf eine Weise ziemlich ‚gleich‘ sind. Nicht, dass wir alle gleich viel Geld verdienen, aber es gibt niemanden, der nicht in irgendeiner Form Geld bekommt.“

Ohnehin scheint der geistige Abstand zwischen Nord- und Südschleswig viel kleiner zu sein als jener zwischen dem südlichen Dänemark und der Hauptstadt, und zwar auch bei den Schülern des Apenrader Staatsgymnasiums. Und dies ist offenbar ein Phänomen, das bei weitem nicht nur die Bewohner des Grenzlandes betrifft. Die angehende Abiturientin Pernille hat in der Umfrage von einer Kränkung berichtet, die ihr widerfahren war, als einige Konfirmanden aus Kopenhagen bei einem Besuch im Landesteil sich nicht einmal darüber im Klaren gewesen waren, dass auch dieser ein Teil von Dänemark ist.

Zweistromigkeit, Gemeinsamkeiten und zählebige Klischees

Für die Schülerinnen und Schüler des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig gehört der Alltag in zwei Kulturen ganz selbstverständlich zum Leben. So geben die allermeisten an, dass sie auch dänische Freunde und Bekannte haben; die wenigen Ausnahmen unter den Befragten ohne dänische Verbindungen sind in der Regel solche Schüler, die erst vor kurzem nach Dänemark gezogen sind. Die Isolation, in welcher die Volksgruppen noch vor wenigen Jahren gelebt haben, existiert heute offensichtlich nicht mehr. Dies bestätigt auch DGN-Lehrer Gerret Schlaber: „Meine Töchter sind schon immer sowohl mit ihren Schulkameradinnen zusammen gewesen als auch mit Freundinnen aus der Nachbarschaft oder mit solchen, die sie durch andere Freizeitaktivitäten kennengelernt



Abb. 3 Teilansicht des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig in Apenrade

haben. Sie sprechen beide Sprachen gleich gut. Wenn zum Beispiel ein einsprachiges Mädchen aus der Nachbarschaft zur Spielgruppe kommt, sprechen sie sofort Dänisch." Überhaupt ist die auch im Alltag gelebte Mehrsprachigkeit ein wesentliches Merkmal der jungen Menschen aus der Minderheit. Egal ob sie zu Hause eher deutsch, eher dänisch oder beides gleichberechtigt sprechen, sehen sie die Fähigkeit, sich in beiden Sprachen artikulieren zu können, ausnahmslos als großen Vorteil und Bereicherung an.

Bereits seit den 1980er Jahren gibt es den Begriff der Zweiströmigkeit für das insbesondere bei den Angehörigen der Minderheiten verbreitete Phänomen, dass man sich gleichzeitig deutsch und dänisch fühlen kann. Manche Soziologen sprechen hierbei von einer „Hybrididentität“. Von den befragten Schülern des Staatsgymnasiums gab jedoch nur ein einziger an, dass er sich gleichermaßen deutsch und dänisch fühle; er hat eine dänische Mutter und einen deutschen Vater, der auch in Deutschland wohnt. Bei den Schülern des DGN wiederum ist der Hinweis auf die Zweiströmigkeit geradezu eine Standardantwort auf die Frage, ob man sich eher dänisch oder deutsch fühle.

An dieser Stelle sei auf das zweisprachige, aus EU-Interreg-Mitteln finanzierte Projekt „Stemmer fra mindretallene/Stimmen aus den Minderheiten“ (s. GFH 2/2012, S. 140f.) hingewiesen. Die in der Projektdokumentation aufgeführten ausführlichen Interviews mit je 15 deutschen Nord- und dänischen Südschleswigern entsprechen durchaus den Beobachtungen, die der Verfasser dieser Zeilen sowohl mit der zitierten Schüler-Untersuchung als auch in Bezug auf die Erlebnisse seiner eigenen Generation gemacht hat: Auch hier sind es namentlich die älteren Generationen, die mit Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen konfrontiert gewesen sind. Besonders die hier befragten älteren deutschen Nordschleswiger konnten von Konflikten und herablassender Behandlung aus eigener Erfahrung oder aus Erzählungen der Eltern berichten – insbesondere aus dem ersten Jahrzehnt nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Übereinstimmend haben jedoch alle an diesem Projekt Beteiligten zu Papier gebracht, dass frühere Spannungen, Vorbehalte und Ungleichbehandlung längst durch Offenheit und Entgegenkommen von Seiten der Mehrheitsbevölkerung und ein generell problemfreies Miteinander abgelöst worden sind. Dies entspricht auch den Ergebnissen der Schülerbefragung.

Und doch muss man sich die Frage stellen, ob diese am Ende durchweg positiven Erfahrungsberichte als repräsentativ angesehen werden können. Man kann sich durchaus andere Antworten vorstellen, wenn man in einem anderen Milieu als jenem der Minderheitenvertreter und der Gymnasialschüler Fragen zum deutsch-dänischen Verhältnis stellt – und die Antworten hängen natürlich auch davon ab, was die Befragten sagen möchten und was nicht. Die Untersuchung hat ebenso gezeigt, dass es durchaus auch noch heute unangenehme Erlebnisse für junge Angehörige der Minderheit geben kann. Würde ein heute befragter Zeitgenosse im Interview zugeben, dass er jungen Deutschen „Nazi, Nazi“ hinterhergerufen hat? Genau dies ist beispielsweise dem heutigen Chefredakteur des Nordschleswigers Gwyn Nissen widerfahren, als er in den 1980er Jahren mit seiner deutschen Jugend-Handballmannschaft am Einmarsch der Teams zu einer Sportveranstaltung im Apenrader Stadion teilnahm. „Man möchte nicht, dass die eigenen Kinder so etwas erleben müssen“, fügte er in einem Interview mit Bjørn Bredal von der Zeitung Politiken hinzu. Allerdings hat die Umfrage unter den DGN-Schülern ergeben, dass etwa 90% (!) der Befragten schon Ähnliches erlebt haben. Interessanterweise gaben viele Schüler genau wie Gwyn Nissen an, dass solche Zurufe als „Nazis“ oder „Pølsetyskere“ vor allem bei Sportveranstaltungen gefallen sind. Dies mag mit dem Nationalen als rituelles Konkurrenzparameter im

Sport zu tun haben, wo man in der Regel die eigene Mannschaft anfeuert – und sich ja auch nur für eine Seite entscheiden kann. Doch auch anderweitig haben sich viele junge deutsche Nordschleswiger abschätzige Bemerkungen oder Beschimpfungen anhören müssen, wenn sie Deutsch gesprochen oder sich anderweitig als Deutsche zu erkennen gegeben haben.

Es lässt sich wohl kaum vermeiden, dass sich verschiedene Gruppen, die nahe beieinander leben, über gemeinsame Stereotypen konstruieren – positive, aber auch (und meist noch mehr) negative. Die Grenze zwischen Spaß und Beleidigung ist dabei fließend – was der Eine lustig findet, empfindet der Gegenpart möglicherweise als Beleidigung, und hier ist die Sensitivität des „Empfängers“ das entscheidende Moment. Auch die Umfrageuntersuchung hat ein paar dieser Klischees zu Tage gefördert. Wie bei vielen deutsch-dänischen Vergleichsstudien gaben viele DGN-Schüler an, dass sie Dänen generell als „lockerer“ ansehen als die Deutschen und dass in Dänemark alles in einem etwas gemächlicheren Tempo vor sich gehe. Auch wenn dies sicherlich positiv gemeint ist, kann man sich als Däne schon beleidigt fühlen, wenn man die weniger schmeichelhaften Aspekte von Lockerheit, Gelassenheit und ruhigerem Tempo heraushört. Ebenso können Deutsche sich buchstäblich auf den Schlipps getreten fühlen, wenn dänische Gymnasiasten ihre Geringschätzung über deutschen Kleidungsstil zu Protokoll geben. Meist sind Stereotypen solcher Art nicht böse gemeint. Doch kann man nicht einfach voraussetzen, dass die Angesprochenen solcherlei Charakterisierungen genau so amüsant finden wie die Urheber.

Es ist mitunter schon ein Problem, wie schwer man derlei Vorurteile nehmen soll, die sich offenbar nicht wirklich bekämpfen und schon gar nicht auslöschen lassen – auch nicht mit noch so gut gemeinter Pädagogik. Dies gilt gerade im Zusammenhang mit verschiedenen Nationalitäten. Gerret Schlaber hält Zurufe mit Bezug auf die deutsche NS-Vergangenheit, wie an den oben genannten Beispielen gezeigt, keineswegs für harmlos: „Dass so viele junge deutsche Nordschleswiger dies noch heute erleben, ist für mich das erschütterndste Ergebnis der Umfrageuntersuchung. Ich glaube zwar nicht, dass hinter solchen dümmlichen Bemerkungen tiefer liegende antideutsche Gefühle stehen. Aber man darf die Wirkung solcher Beschimpfungen, auch wenn sie aus reiner Unwissenheit kommen, keineswegs unterschätzen. Denn eine schlimmere Beleidigung als ‚Nazi‘ und ähnliches kann es für junge Deutsche heute kaum geben. Es ist wichtig, dass hier etwas getan wird. Da sind die dänischen Medien in der Pflicht, aber auch die Schulen.“

Ausblick

Doch die genannten Stereotypen und Beschimpfungen bilden in der Umfrageuntersuchung die Ausnahme unter vielen sehr positiven Stellungnahmen zum deutsch-dänischen Verhältnis. Eine Apenrader DGN-Schülerin mit deutscher Mutter und dänischem Vater meint sogar, dass die Diskussion über nationale Gegensätze ganz aufhören sollte, weil sie nicht länger relevant sei: „Meiner Meinung nach sind die Unterschiede nicht groß genug, um sie groß weiter zu diskutieren. Wir leben hier Seite an Seite und haben uns über die Jahre einander angepasst.“

Der in Apenrade geborene Gwyn Nissen weiß aus eigener Erfahrung viel darüber, wie sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen in den letzten zwei Generationen gewandelt hat: „Ich selbst und die Angehörigen meiner Generation sehen sich als deutsche Nordschleswiger. Die jungen Menschen betrachten sich gleichermaßen als Deutsche und Dänen.“ Natürlich können sie je nach Interessen das Eine stärker gewichten als das Andere. Gwyn Nissens drei Kinder zwischen 17 und 23 Jahren haben ihre deutsche Seite hervorgehoben und engagieren sich in Vereinen der Minderheit.

Auch Lehrer Gerret Schlaber meint angesichts der Aussagen seiner Schüler in unserer Untersuchung, dass die nationalen Gegensätze früherer Zeiten für die jungen deutschen Nordschleswiger nicht mehr von Belang seien: „Die Konflikte der Vergangenheit spielen für die Identitätsfindung in der jungen Generation der deutschen Minderheit überhaupt keine Rolle. Viele haben ganz und gar keinen Bezug zu den alten Gegensätzen. Für alle diejenigen, die sich für die Lebensverhältnisse in der Vergangenheit interessieren, sind jene alten Konflikte ‚Geschichte‘ im besten Sinne des Wortes: Sie sollen nicht vergessen werden, und man will alles dafür tun, dass sich so etwas nicht wiederholen kann.“

Minderheitenforscherin Helen Krag kann in der Welt nicht viele andere Beispiele dafür ausmachen, in denen sich das Verhältnis zwischen Majoritäts- und Minoritätsbevölkerung derart harmonisch entwickelt hat wie im schleswigschen Grenzland: „Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben für eine Symmetrie gesorgt, wie man sie selten in Regionen mit Mehr- und Minderheiten findet. Dänemark und Deutschland haben je eine ganz andere Geschichte und verschiedene Geschichtsauffassungen, aber weder Dänen noch Deutsche fühlen sich heute noch als Gewinner oder Verlierer.“ Nach Helen Krag's Definition ist eine Bevölkerungsmehr-

heit dadurch klassifiziert, dass von ihr die gültigen Normen und Werte in der Gesellschaft ausgehen. Da Religion, wesentliche Grundwerte und grundlegende kulturelle Auffassungen bei Deutschen und Dänen im schleswigschen Grenzland gleich sind, haben die jeweiligen Minderheiten im Allgemeinen auch keine Probleme damit, die Normen der Mehrheitsgesellschaft als normal zu akzeptieren.

Fazit

Wenn man die Erfahrungen und Einschätzungen der heutigen jungen Generation im Grenzland mit der Situation in meiner Jugendzeit vergleicht, erkennt man deutliche Unterschiede. Insbesondere fällt auf, dass die klare Abgrenzung vom jeweils Anderen für die Angehörigen der deutschen Minderheit und für die jungen Dänen, die in unmittelbarer Nachbarschaft mit der deutschen Volksgruppe und zu Deutschland leben, keine identitätsstiftende Rolle mehr spielt. Doch trotz dieser Einschätzungen der jungen Menschen ist man in meiner Generation, welche die Verschärfung der Gegensätze während des Zweiten Weltkriegs unmittelbar miterlebt hat, sehr vorsichtig mit einer Schlussfolgerung, dass das Ende der deutsch-dänischen Konfrontation gleichbedeutend mit dem endgültigen Schluss aller Gegensätze zwischen verschiedenen Volksgruppen in Dänemark sei. Der Ausgleich alter Gegensätze verhindert nicht automatisch das Entstehen neuer Gegensätze.

Während der Abfassung dieser Zeilen erleben wir den Aufzug neuer Konfrontationen, die mit der Welle an Migranten und Flüchtlingen aus teilweise weit entfernten Ländern, welche das Gesicht Europas nachhaltig verändern werden, in Zusammenhang stehen. Man kann die Gegensätze dramatisieren oder kleinreden. Man kann sie weiter schüren und verstärken, wenn Gewalt gegen Sachen oder gar gegen Menschen ins Spiel kommt. Für die Zukunft Europas wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob der Ausgleich der hierbei entstehenden Gegensätze gelingt oder nicht. Entscheidend dafür wird es ebenso sein, dass die demokratischen Strukturen, die durch politische Radikalisierung bedroht werden, dazu in der Lage sein werden, den Schock zu überwinden und das demokratische System zu festigen und weiter auszubauen, so dass Europa nicht wie in den 1920er und 1930er Jahren in autoritäre Herrschaftsformen verfällt.

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Dänen in

der Region in den letzten 60 Jahren gibt Anlass zu einem gewissen Optimismus. Die Beziehungen haben sich von Feindschaft über Neutralität zu Freundschaft gewandelt. Aber man darf nicht vergessen, dass sich die guten Verhältnisse im schleswigschen Grenzland Schritt für Schritt über einen langen Zeitraum hinweg entwickelt haben. Die Überwindung von Gegensätzen erfordert Besonnenheit – und viel Geduld.

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

Literatur:

Hans Boll-Johansen, Danskerpak og tyskerpak. De danske og de tyske i Sønderjylland – og hvordan vi hver især oplevede krigen. København: Gyldendal, 2015.
Bodil Vinding Bjarnt, Dengang jeg var en lille én – og der var ufred i landet. Aabenraa Byhistoriske Forening, 2003.

Jes Peter Caspersen, Sådan var det. Erindringsbilleder. Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland, 1990.

Johan Hvidtfeldt, Peter Kristjan Iversen, Aabenraa Bys historie. Bd. 3, Aabenraa: Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland, 1974.

Hans Kirchhoff: Samarbejde og modstand under besættelsen. En politisk historie. 2002

Helen Krag, Mangfoldighed, magt og minoriteter. Introduktion til minoritetsforskningens teorier. København: Forlaget Samfundslitteratur, 2007.

John T. Lauridsen (Hg.), Over stregen – under besættelsen. 2007

Flemming Nielsen, Stemmer fra mindretallene – Stimmen aus den Minderheiten. En interviewbog – ein Interviewbuch. Flensburg: Studiefdelingen ved DCB, Aabenraa: Archiv/Hist. Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe, 2011.

Hans Schultz Hansen, Henrik Skov Kristensen, Sønderjylland under krig og besættelse 1940-45. Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland, 2009.

Axel Johnsen o.a., Sår der heler langsomt. Indtryk fra debatarrangementet den 30. januar 2007 om det tyske mindretal og retsopgøret efter maj 1945. Sønderjyske Årbøger, 2007, S. 261-276.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 Privatarchiv Hans Boll-Johansen; Abb. 2 u. 3 Fotos: Gerret Liebing Schlaber, 2015.

Zweisprachige Ortstafeln in Nordschleswig

Anmerkungen zu einer gefühlsbetonten Kontroverse
in der Modellregion

von HARRO HALLMANN

Während es in den meisten mehrsprachigen Regionen Europas üblich ist, auf Ortsanfangstafeln, aber auch auf Behördenschildern und in vielen Fällen sogar bei sämtlichen Straßennamen einer Kommune auch die Minderheitensprache zu berücksichtigen, tut man sich ausgerechnet in der so oft als Modellfall für ein gutes Zusammenleben zwischen Mehrheiten und Minderheiten gepriesenen schleswigschen Grenzregion in dieser Frage schwer. Zwar gibt es seit einigen Jahren immer mehr friesische Namenszusätze auf Ortstafeln und Stationsschildern in Nordfriesland, wie sich auch dem Beitrag von Lars Harms entnehmen lässt, doch im deutsch-dänischen Bereich sind die zweisprachigen Flensburger Ortseingangsschilder bisher die Ausnahme geblieben. In Nordschleswig hat es wiederholt sogar heftige Kontroversen gegeben, wenn das Thema zur Sprache gebracht wurde (s. GFH 4/2007, S. 271ff.). Wie bereits in der letzten Umschau skizziert (GFH 1/2015, S. 90ff.), wurde der Wunsch nach deutschen Namenszusätzen auf ausgewählten Ortstafeln auch 2015 zur Sprache gebracht. Im folgenden Beitrag erläutert Harro Hallmann,¹ als Presse- und Kommunikationschef des Bundes Deutscher Nordschleswiger natürlich kein neutraler Beobachter zu dieser Frage, warum sich die Vertreter der deutschen Volksgruppe für die zweisprachige Beschilderung einsetzen, wie sich das Thema in den vergangenen Monaten entwickelt hat und wie man in Zukunft hiermit umzugehen gedenkt.

Die Redaktion

Sprachstrategie des Bundes Deutscher Nordschleswiger

Am 16. Februar 2015 beschloss der Hauptvorstand des Bundes Deutscher Nordschleswiger einstimmig eine sprachpolitische Strategie für die Jahre 2015 bis 2020.² Diese war als Konkretisierung der sprachpolitischen Zielsetzung vom Mai 2010³ gedacht.

Die Strategie enthielt folgende sieben Punkte:

- Benennung deutschsprachiger Ansprechpartner in den Kommunen für Zuzügler
- Erstellen einer Sprachstrategie für kommunale Pflegeheime und regionale Krankenhäuser
- Produktion einer Broschüre über die Möglichkeit der Vorlage von relevanten Dokumenten auf Deutsch gegenüber der öffentlichen Verwaltung und den Gerichten
- regelmäßige deutschsprachige Sendungen im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen
- Aufstellung eines touristischen Hinweisschildes „Knivsbjerg/Knivsberg“ an der Nord-Süd-Autobahn (E 45)⁴
- Förderung der deutschen Museen
- Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln.

Zum letzten Punkt heißt es in der Sprachstrategie unter anderem: „Seit 2008 stehen in Flensburg zweisprachige Ortstafeln ‚Flensburg/Flensborg‘. Sie sind ein Hinweis darauf, dass es in Flensburg eine dänische Minderheit gibt, und zeugen von Toleranz und Offenheit. Entsprechende Ortstafeln gibt es in ganz Europa – nur nicht in Dänemark. Kurzfristiges Ziel (innerhalb von 1-2 Jahren) muss es sein, diese Ortstafeln für die jeweils größte Stadt der Kommune, d.h. für Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern zu bekommen. Langfristiges Ziel sind zweisprachige Ortstafeln dort, wo es deutsche Einrichtungen gibt. Der Beschluss zur Aufstellung der Schilder sollte gerne im Stadtrat mit einer breiten Mehrheit getroffen werden und gerne auf Initiative der Mehrheitsbevölkerung.“

Mehr als nur Symbolpolitik

Für die Medien war – nicht überraschend – die erneute Anregung zur Aufstellung von zweisprachigen Ortsschildern von Interesse, nachdem es bereits acht Jahre zuvor eine öffentliche Kontroverse zu diesem Thema gegeben hatte. Beim öffentlich-rechtlichen Sender Danmarks Radio lief die Nachricht multimedial (Fernsehen, Radio und Internet) am 16. März 2015⁵. Während die Debatte um die Ortsschilder 2007 vorrangig noch über Leserbriefe ausgetragen wurde, verlagerte sich die Diskussion nun auf das Internet, namentlich auf die seinerzeit noch nicht verbreiteten sozialen Medien. Auf der Facebook-Seite von DR P4 Syd⁶ gab es in den ersten 24 Stunden rekordverdächtige 202 Kommentare. Eine Auswertung der Tendenz dieser Beiträge ergab folgende Verteilung: 87 (43 %)



Abb. 1 Der Hauptvorstand des Bundes Deutscher Nordschleswiger mit Entwürfen für zweisprachige Ortsschilder, April 2015

waren negativ, 78 (39 %) positiv und 37 (18 %) neutral bzw. unklar. Diese Verteilung war an und für sich bemerkenswert. Die Debatte unterschied sich deutlich von jener im Jahre 2007, als die Kommentare überwiegend negativ waren und als es auch viel häufiger gehässige Bemerkungen gab oder aber das Ganze ins Lächerliche gezogen wurde. Die Debatte hatte jetzt eher Züge einer ganz normalen, politischen Auseinandersetzung, die allerdings – gerade von den Gegnern mehrsprachiger Ortsschilder – sehr gefühlsbetont geführt wurde.

Von manchen Gegnern wurde angeführt, dass es hier doch nur um Symbolpolitik gehe. Dabei wurde verkannt, dass Symbole wichtig und wegweisend sind. Für die deutsche Minderheit sind sie Sinnbild für Anerkennung, Respekt und Toleranz. Sie zeigen, dass es neben der dänischen Mehrheit auch eine deutsche Minderheit gibt⁷. Darüber hinaus sind zweisprachige Ortsschilder innerhalb Dänemarks ein Alleinstellungsmerkmal für Nordschleswig und ein Appetitwecker, was die besondere Geschichte und die Kulturen der Region betrifft. Dabei geht es für die deutsche Volksgruppe nicht um die Hervorhebung von Gegensätzen, sondern im Gegenteil um die Sichtbarmachung interessanter Unterschiede, die sich



Abb. 2 Seit 2008 in Flensburg übliche zweisprachige Ortstafeln

in Nordschleswig nicht zuletzt in einem reichhaltigen kulturellen Angebot niederschlagen. Es kann gerade in einer Region, die fern der Zentren des Landes liegt, die von manchen Zeitgenossen als Teil des peripheren Dänemarks („Udkantsdanmark“) gesehen wird und in der insbesondere aus stadtfernen Gebieten eine zunehmende Abwanderung zu beobachten ist, doch nur von Vorteil sein, wenn kulturelle Besonderheiten für jedermann sichtbar gemacht und auf diese Weise vermarktet werden.

Bemerkenswert ist es, dass es die zweisprachigen Ortsschilder überall in Europa gibt, auch in Regionen, wo die historischen Konflikte nicht so lange zurückliegen (Balkan) oder diese wesentlich härtere Opfer gefordert haben (Oberschlesien, Polen). Dass dies im nördlichen Teil der Modellregion Schleswig nicht und im südlichen Schleswig nur teilweise möglich scheint, ist schwer zu erklären, denn die Grenzregion ist ja durchaus positiv geprägt vom jahrhundertelangen deutsch-dänischen Zusammenwirken.

Auch der Europarat unterstützt zweisprachige Schilder, abgeleitet von den Verpflichtungen, die Dänemark mit der Sprachencharta⁸ eingegangen ist. Neben der Beschilderung hat sich Dänemark dort auch auf anderen Gebieten dazu verpflichtet, Deutsch in Nordschleswig nicht als Fremdsprache anzusehen; das gilt unter anderem für das Bildungswesen, die Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe sowie den besonders wichtigen Bereich der Medien. Während sich der Europarat mit der Sprachencharta sowie dem Rahmenübereinkommen⁹ aktiv für die Rechte der nationalen Minderheiten einsetzt, ist das Thema

in der EU tabu. Das liegt vor allem an der Blockade durch Frankreich und Griechenland.

Bemerkenswert an der neuen Debatte war die 2007 noch kaum vorhandene breite Unterstützung des Vorschlags durch Vertreter aus Medien, Wirtschaft und Politik in Dänemark. So schrieb Chefredakteur Peter Orry einen Leitartikel in der regionalen Zeitung „JydskeVestkysten“ mit der Titelzeile „Haderslev und Hadersleben er fint“ und meinte, dass die Schilder „einen symbolischen Wert haben und davon erzählen, dass wir in einem Landesteil leben mit einer fruchtbaren Mischung von Dänisch und Deutsch und mit einer deutschen Minderheit, auf die wir Wert legen“¹⁰. Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen unterstützte die Initiative ebenso wie beispielsweise auch die Folketings-Abgeordneten Lotte Rod, Karina Lorentzen und Anne Sina¹¹.

Gegner der Schilder kritisierten, dass der Vorschlag ausgerechnet kurz vor dem 75. Jahrestag der traumatischen Besetzung Dänemarks durch Hitler-Deutschland am 9. April 1940 veröffentlicht wurde. Eine Erwiderung auf diesen Hinweis kam prompt von Chefredakteur Jørgen Møllekær. In seinem Leitartikel in „Flensborg Avis“ schrieb er unter der Überschrift: „Den sødjytske Børgermeistern fehlte es an Mut“, dass die Zeit jetzt – nach einer passenden zeitlichen Distanz zu den früheren dänisch-deutschen Antipathien – reif sein müsste¹². Er forderte die Bürgermeister der vier Kommunen im Landesteil auf, sich dem Thema zu widmen.

Unterschiedliche Reaktionen der Bürgermeister

Dazu kam es dann auch in Apenrade, Sonderburg, Hadersleben und Tønder – und zwar auf sehr unterschiedliche und überaus bemerkenswerte Weise. Der sozialdemokratische Sonderburger Bürgermeister Erik Lauritzen fegte den Vorschlag vom Tisch mit der Bemerkung: „Wir wohnen in Dänemark, und hier heißt Sønderborg also Sønderborg und nicht Sonderburg.“¹³ In Apenrade ärgerte sich Bürgermeister Thomas Andersen (Venstre) über die Schilder-Debatte, „weil sie unnötig viel Staub aufwirbele und die ansonsten gute Zusammenarbeit mit den Vertretern der Minderheit in den Hintergrund rücken lasse.“ Er forderte die Minderheit auf, die Debatte zu beenden. Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen erwiderte in einem Kommentar: „Jeder politische Vorschlag, der nicht von vornherein eine 100-prozentige Unterstützung hat, löst Kontroversen aus. Das ist geradezu die Idee unserer demokratischen Ordnung. Zweisprachige Ortsschilder sind ein politisches Thema wie viele andere, das zeigt auch die Debatte, die im Großen und Ganzen sachlich verläuft.“¹⁴

In Tondern verhielt sich Bürgermeister Lauritz Rudebeck (Venstre) anfangs abwartend, brachte dann aber doch einen konkreten Vorschlag in den Finanzausschuss ein. Dieser sollte am 23. April zu drei Möglichkeiten Stellung nehmen:

- nur Schilder in der Stadt Tondern, Kosten: 65.000 Kronen
- Schilder in allen Orten der ursprünglichen Kommune Tondern, 245.000 Kronen
- Schilder in den Orten der Kommune, in denen es deutsche Einrichtungen gibt, 195.000 Kronen.¹⁵

Als sich zeigte, dass er wider Erwarten keine Mehrheit für eine dieser Möglichkeiten zusammenbringen konnte, wurde der Vorschlag einstimmig vom Finanzausschuss zu den Akten gelegt. Nur die Partei der deutschen Minderheit, die nicht im Ausschuss vertreten war, zeigte sich öffentlich enttäuscht.¹⁶

Eine Überraschung gab es dann jedoch in Hadersleben, der nördlichsten der vier Kommunen: Am 22. April verbreitete „Der Nordschleswiger“ die Nachricht, dass Bürgermeister H. P. Geil (Venstre) ohne jegliche Absprache ein dänisch-deutsches Schild habe aufstellen lassen und Hadersleben somit die erste Kommune des Landes sei, in der nun ein dänisch-deutsches Ortsschild stehen würde. „Ich wollte sehen, wie lange es dauert, bis man es bemerkt – und wie die Reaktionen der Leute darauf sind“, wird Geil in der Zeitung zitiert, und anschließend wird auf die vor allem in den sozialen Medien geführte und anhaltende öffentliche Debatte über das Für und Wider von zweisprachigen Ortsschildern hingewiesen. Ausgiebig wurde über diese – je nach Auffassung – „Provokation“ oder „mutige Aktion“ des Bürgermeisters diskutiert. Allerdings nicht lange, denn schon in der Nacht zum 26. April 2015 wurde das fünf Tage zuvor errichtete Schild von Vandalen ausgerissen und entfernt. Das laut einiger Medien „berühmteste Schild Dänemarks“ wurde somit gleichzeitig zum wohl kurzlebigsten, denn der Bürgermeister wollte es nun doch nicht erneut für die geplante Probeperiode von einem Monat aufstellen.¹⁷ Wenn das eigentliche Ziel von Bürgermeister Geil gewesen sein sollte, für seine Stadt die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen, war ihm dies ohne Zweifel gelungen. Nicht nur dänische Fernsehsender standen Schlange, um ein Interview mit dem Bürgermeister zu führen. Hadersleben schaffte es sogar, mit diesem Schild in die renommierte Süddeutsche Zeitung¹⁸ zu kommen.

Damit war das Thema aber noch nicht vom Tisch. In Hadersleben ergänzte eine anonyme Künstlergruppe, die sich „Listeria“ nannte, in der Nacht zum 10. Mai fünf Ortstafeln mit einem Zusatzschild „Hadersleben“.



Abb. 3 Das vom Haderslebener Bürgermeister initiierte, von Unbekannten wieder entfernte Probeschild bei der St. Severinskirche, April 2015

In einer Pressemitteilung¹⁹ erklärte die Gruppe, dass Hadersleben ein Ort sein sollte, der zu Versöhnung, Offenheit und Vielfalt einlädt. Fast gleichzeitig tauchten in Tingleff und Apenrade Aufkleber mit dem Text „Tosprogede byskilte? JA! Zur Mehrsprachigkeit!“ auf. Die politische Jugendorganisation der deutschen Minderheit, die Jungen SPitzen, freute sich über die Aufkleber. Es wurde von mancher Seite vermutet, dass die Urheber derselben aus diesem Kreis stammten, was sich aber nicht offiziell bestätigen ließ.²⁰

Auch der Bund Deutscher Nordschleswiger wurde aktiv und ließ Aufkleber in passender Größe für das Auto mit ihrem Entwurf der Schilder für Tønder/Tondern, Tinglev/Tingleff, Sønderborg/Sonderburg, Haderslev/Hadersleben und Aabenraa/Apenrade drucken. Auch der Haderslebener Bürgermeister fuhr zeitweilig mit dem entsprechenden Aufkleber auf seinem Auto einer deutschen Marke. Der Stadtrat in Hadersleben musste sich auf Initiative von Svend Brandt von der linksalternativen Partei „Enhedslisten“ noch einmal mit dem Thema beschäftigen. Jedoch wur-

den alle Vorschläge, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen, abgelehnt. Seither hat es keine neuen politischen Initiativen hierzu in den nordschleswigschen Kommunen gegeben.

Fazit und Ausblick

Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen fasste das Ergebnis der Debatte beim Knivsbergfest am 13. Juni 2015 so zusammen: „Darum geht es beim Thema zweisprachige Ortsschilder: sichtbar machen, dass es in Nordschleswig mehr Kulturen gibt: eine dänische und eine deutsche Minderheitenkultur. Zwei Kulturen, die nicht getrennt voneinander existieren, sondern sich gegenseitig befruchten und die geprägt sind von der Geschichte, die wir heute als gemeinsame anerkennen können.

Zweisprachige Ortsschilder sind Symbole. Symbole für Offenheit, Respekt, Anerkennung und eine gefestigte Identität, die es erlaubt zu zeigen, dass es hier auch eine deutsche Minderheit gibt. Zweisprachige Ortsschilder sind ein Appetitwecker für die kulturhistorischen Besonderheiten unseres Landesteils und ein Zeichen des Willkommens. Wir wissen, dass das Thema Gefühle weckt und dass einige von uns die Debatte um die Schilder nicht möchten. Sie wollen schon die Schilder, aber ohne Konflikt und meinen, die Zeit ist noch nicht reif dafür. Die Erfahrungen unserer Freunde in den europäischen Minderheiten zeigen jedoch, dass die Schilder oft erst kommen, wenn sie wiederholt auf der politischen Tagesordnung gewesen sind. Auch ich bin überzeugt davon, dass die Diskussion fruchtbar ist und dass wir unser Ziel erreichen werden. Wenn nicht in diesem Anlauf, dann im nächsten.“

Politisch wird das Thema bis zur Kommunalwahl im November 2017 kaum eine Rolle spielen. Nach der Wahl ist ein neuer Anlauf möglich. Falls die Widerstände vor Ort andauern, besteht auch die Möglichkeit, die Schilder unter Berufung auf die Sprachencharta per Gesetz durchzusetzen. Der BDN hofft jedoch weiterhin, dass die Mehrheit der Stadträte das Thema von sich aus auf die Tagesordnung setzt.

Fortschritte könnte es aber geben, was die übrigen Punkte der Sprachstrategie betrifft, zum Beispiel – nach dem Regierungswechsel im Juni 2015 - auch für das Hinweisschild zum Knivsberg an der Autobahn. Weitere Punkte sollten ohne die großen ideologischen Diskussionen gelöst werden können. Das gilt beispielsweise für die deutschsprachigen Kontaktpersonen sowie die Sprachstrategie in der Altenpflege.

Es ist also zum derzeitigen Zeitpunkt noch unklar, wann die Frage der zweisprachigen Ortstafeln wieder aufgeworfen wird. Nach wie vor hat der

BDN großes Interesse daran, dass dieses Thema weiter im Bewusstsein der Öffentlichkeit bleibt und dass die Aufstellung der Schilder möglichst bald im Einvernehmen mit der politischen Mehrheit geschieht.

Was aber ist einstweilen mit dem Haderslebener „Test-Schild“ passiert? Es ist angeblich auf dem Weg ins Museum im Sonderburger Schloss.

Anmerkungen

- 1 Harro Hallmann ist zu erreichen unter der Mailadresse hallmann@bdn.dk.
- 2 Siehe www.nordschleswig.dk/sprache.
- 3 Ebd. sowie Bund Deutscher Nordschleswiger, Grenzland 2015.
Über den Grund für die Annahme heißt es in der Strategie unter anderem: „Trotz Unterstützung durch den Europarat (u.a. Expertenkomitees der Sprachencharta und Rahmenkonvention) sind die Fortschritte in Bezug auf die Zielsetzungen eher gering. Dies ist einer der Gründe dafür, dass der BDN Hauptvorstand 2014 eine Sprachpolitische Arbeitsgruppe gebildet hat. Diese soll systematisch mit den Zielsetzungen arbeiten. Ein erstes Ergebnis ist das vorliegende Papier, in dem sieben konkrete Ziele ausgewählt worden sind, die in den nächsten Jahren durch systematische und beharrliche Arbeit umgesetzt werden sollen, bei der die Unterstützung unter anderem durch die Stadtratsmitglieder der SP, den Kopenhagener Kontaktausschuss und den Europarat wichtig ist.“
- 4 Zum Autobahnschild, der Rolle des Europarates sowie über die Debatte um die Ortsschilder in den Medien: GFH 1/2015, S. 90-94.
- 5 Zum Beispiel www.dr.dk/nyheder/regionale/syd/god-ide-med-skilte-paa-tysk, unter der Überschrift: „God idé med skilte på tysk. Skilte på tysk og engelsk er en god idé, mener sønderjyske erhvervsfolk.“ (Schilder auf Deutsch sind eine gute Idee. Schilder auf Deutsch und Englisch sind eine gute Idee, meinen Nordschleswiger aus der Wirtschaft).
- 6 www.facebook.com/P4Syd.
- 7 Und natürlich sind einsprachige Ortsschilder auch Symbole.
- 8 „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ von 1992, die von Dänemark am 8. September 2000 ratifiziert wurde und hier seit dem 1. Januar 2001 in Kraft ist, sowie www.coe.int/en/web/portal/-/council-of-europe-supports-use-of-minority-languages-in-public-signs
- 9 Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ist seit dem 1. Februar 1998 in Kraft.
- 10 JydskeVestkysten, 18. März 2015.
- 11 JydskeVestkysten „Ingen fare for fortyskning“, 20. März 2015 und Der Nordschleswiger, 19. März 2015 „Schilder als Zeugen der Freundschaft“. Die drei Parlamentsmitglieder vertreten drei verschiedene Parteien, die sich in

der politischen Mitte bzw. auf dem linken Flügel befinden. Anne Sina hat das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig besucht, aber ihre Unterstützung ist trotzdem keine Selbstverständlichkeit: „Früher dachte ich, das ist doch Quatsch, aber wenn ich heute in Europa unterwegs bin und vielerorts zweisprachige Ortsschilder sehe, dann wird man da auf eine Besonderheit der Region aufmerksam gemacht. Ich finde, dass es eine gute Idee ist.“

- 12 Flensborg Avis, 17. März 2015: „De sønderjyske borgmestre mangler mod“, er hätte auch darauf hinweisen können, dass am 29. März 2015 der 60. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen gefeiert wird. Dieses Jubiläum des „Grundgesetzes“ für das deutsch-dänische Minderheitenmodell hätte ein guter Anlass sein können, auch auf dem Gebiet der Ortsschilder für Gegenseitigkeit und Normalität zu sorgen.
- 13 www.dr.dk/nyheder/regionale/syd/apenrade-und-tondern-mindretal-oensker-tyske-navne-paa-danske-byskilte
- 14 Der Nordschleswiger, 23. April 2015.
- 15 Jeweils veranschlagte Kosten ohne Mehrwertsteuer, Dagsordenspunkt 13, Tønder Kommune, Økonomiudvalget, 23. April 2015.
- 16 Der Nordschleswiger, 25. April 2015, „Mut und Visionen sind Mangelware“.
- 17 Jydske Vestkysten, 27. April 2015, „Danmarks mest omtalte skilt rykket omkuld“.
- 18 Süddeutsche Zeitung, 29. April 2015 „Rausreißen und wegwerfen“ und 28. August 2015 „Aufstand der Schildbürger“.
- 19 Verschickt von der Mailadresse kunstergruppenlisteria@gmail.com.
- 20 Der Nordschleswiger, 12. Mai 2015, Tosprogede byskilte = zweisprachige Ortsschilder.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1-3 Fotos: Harro Hallmann

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger, DR: Danmarks Radio, FLA: Flensburg Avis, FT: Flensburger Tageblatt, GFH: Grenzfriedenshefte, JP: Morgenavisen/Jyllands-Posten, JV: Jydske Vestkysten, MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein, NDR: Norddeutscher Rundfunk, NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Institut, NOS: Der Nordschleswiger, Pol: Politiken, SN: Schleswiger Nachrichten, WA: Weekendavisen

Deutsch-dänische Beziehungen

Doppelte Staatsbürgerschaft möglich

Wie es in vielen Ländern seit langem üblich ist, gibt es seit dem 1.9. dieses Jahres auch in Dänemark die Möglichkeit einer zweiten Staatsbürgerschaft. Dies ist insbesondere für Deutsche mit Wohnsitz in Dänemark und Dänen mit Wohnsitz in Deutschland interessant. Von Angehörigen der Minderheiten wurde bereits signalisiert, dass sie sich um eine doppelte Staatsangehörigkeit bemühen wollen. Für Angehörige der dänischen Minderheit ohne Wohnsitz in Dänemark ist der Erwerb der zusätzlichen dänischen Staatsbürgerschaft jedoch nicht unmittelbar möglich (NOS 4.11.).

Keine festen Grenzkontrollen

Obwohl Dansk Folkeparti (DF) als nunmehr stärkste Partei in dem die neue Regierung unterstützenden „blauen Block“ angesichts des Flüchtlingsstroms und verstärkt wegen der Terroranschläge von Paris (13.11.) bei fast jeder Gelegenheit die Einführung fester Grenzkontrollen beinahe gebetsmühlenartig wiederholt, kam es zu einem Kompromiss mit den Sozialdemokraten. Demnach wird es auch künftig keine permanen-

ten Personen- und Warenkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze geben. Stattdessen wurde die Aufstockung des Sicherheitspersonals beschlossen, das in Grenznähe gezielte Kontrollen vornehmen soll (NOS/JV 19.11.).

Steuern von Pendlern direkt an den Staat

Die grenznahen Kommunen fordern, dass die von Pendlern aus Deutschland zu entrichtenden Steuern und Abgaben, die von Eingessessenen an die Kommune zu zahlen sind, künftig ebenfalls in die kommunalen Kassen fließen sollen. Begründet wird dies u.a. damit, dass die Kommunen den Arbeitspendlern verschiedene Leistungen zu bieten haben. Innenministerin Karen Ellemann hat dies jedoch abgelehnt; an den Wohnort gebundene Abgaben sollen auch weiterhin direkt an die Staatskasse abgeführt werden, wenn der Zahler nicht im Land wohnt (NOS 6.11.).

Steigender Beratungsbedarf für Grenzpendler

Trotz leicht gefallener Zahlen berät das Regionskontor so viele Grenzpendler wie nie zuvor. In den ersten acht Monaten des Jahres waren es bereits 1667.

Als Grund dafür nennt der Chef des Regionskontors Peter Hansen, dass nach einer Umstellung in Dänemark der Umgang mit den Behörden noch mehr auf elektronischem Wege per Selbstbedienung erfolgt. Angesichts der für viele geltenden sprachlichen Herausforderungen und eines mit der Umstellung verbundenen geringeren Service-Niveaus verursacht dies große Unsicherheit (JV 1.9.).

Regionale Zusammenarbeit gefährdet

Obwohl die Partner eindringlich die Rücknahme der im vergangenen Jahr beschlossenen Kürzungen fordern, beharrt der Kreis Schleswig-Flensburg weiter darauf, seinen Beitrag für die Arbeit des Regionskontors der Region Sønderjylland-Schleswig zurückzufahren. Kritiker fürchten, dass dies auch den Rückzug anderer Partner aus der Finanzierung der gemeinsamen Region zur Folge haben könnte (FLA 19.11.).

Deutsche und dänische Politik

Neue Mehrheitsverhältnisse im Folketing

Am 18. Juni wählten die Dänen ein neues Parlament. Dabei kam es zu teilweise starken Wählerwanderungen und zu neuen Mehrheitsverhältnissen. Die in den dänischen Medien, aber auch in der Politik selbst seit einigen Jahren immer stärker werdende Fixierung auf einen „roten“ und einen „blauen“ Block war im Wahlkampf und bei der Regierungsbildung deutlicher als je zuvor zu spüren. Obwohl die dänische Demokratie seit

langem für ihre Kompromissfähigkeit bekannt ist und wichtige Beschlüsse wie z.B. der Staatshaushalt traditionell mit einer breiten Mehrheit über die politische Mitte hinweg gefasst werden, gab es dieses Mal kaum Vorschläge, wie eine Regierungsbildung ohne die Blocktrennung zu Stande kommen könnte. Nachdem es 2011 eine knappe „rote“ Mehrheit gegeben hatte und Lars Løkke Rasmussen (Venstre) infolgedessen das Amt des Regierungschefs an die Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt abgeben musste, gelang ersterem nun dank einer knappen „blauen“ Mehrheit erneut der Einzug in die Staatskanzlei. Dabei zählte Løkkes Partei eigentlich zu den großen Verlierern dieser Wahl, deren Ergebnis das wohl denkwürdigste seit der „Erdrutschwahl“ von 1973 darstellte.

Noch 2011 war Venstre mit 26,7% die stärkste Partei im Folketing gewesen. Mit 7,2% erlebten die Rechtsliberalen, deren Parteiname an die Sitzordnung im ersten Reichstag erinnert (auf der linken Seite), erdrutschartige Verluste. Mehr als aufgefangen wurden diese allerdings durch den dramatischen Anstieg von Dansk Folkeparti (+ 8,8%), die mit 21,1% nun zweitstärkste Partei im Folketing ist. Nach ihrem Triumph bei den Wahlen zum Europaparlament im vergangenen Jahr erlebten die Rechtspopulisten somit einen weiteren, bisher nicht dagewesenen Erfolg. Zulegen konnte auch Liberal Alliance, die um 2,5 auf 7,5% der Stimmen anwuchs und damit drittstärkste Partei im blauen Block wurde. Dagegen erlebten die Konservativen, die 1982-93 mit dem Tonderaner Poul Schlüter den Regierungschef gestellt hatten und noch 2001-2011 an der Regierung beteiligt

waren, nach ihrem tiefen Absturz vor vier Jahren mit einem weiteren Rückgang um 1,4% ein erneutes Debakel. Mit 3,4% nähern sie sich der 2%-Sperrgrenze und bilden auch im neuen Folketing mit gerade noch 6 Mandaten die kleinste der nunmehr neun Fraktionen. Die Christdemokraten scheiterten mit unverändert 0,8% erneut und erreichten auch nicht das erhoffte Mandat im Großwahlkreis Westjütland, das ihnen trotz der landesweiten 2%-Hürde den Einzugs hätte sichern können.

Während sich die Parteien des blauen Blocks mit 90 Mandaten die Mehrheit sicherten, kam der rote Block auf 89 Sitze, darunter alle vier Vertreter aus Grönland und von den Färöern, wo jeweils eigene, von den dänischen Parteien unabhängige Parteilisten existieren. Stärkste Partei im Parlament wurden nun wieder die Sozialdemokraten mit der bisherigen Regierungschefin Helle Thorning-Schmidt, die mit 1,5% leicht auf 26,3% zulegen konnten. Damit konnten jedoch die herben Verluste ihrer bisherigen Zusammenarbeitspartner nicht kompensiert werden. Zweitstärkste Gruppe im roten Block ist die linksalternative Einheitsliste, die mit 7,8% (+1,1%) erstmals vierstärkste Fraktion im Folketing ist. Schwere Verluste gab es für den bisherigen kleineren Koalitionspartner, die sozialliberale Radikale Venstre, die von 9,5 auf 4,6% mehr als halbiert wurde. Nach dem Weggang ihrer charismatischen Vorsitzenden und früheren Wirtschaftsministerin Margrethe Vestager als EU-Kommissarin zerfiel die Partei in Richtungsstreitigkeiten. Der frühere Kulturminister Uffe Elbæk gründete als neue Partei „Die Alternative“, die auf Anhieb 4,8% erhielt und damit die Verluste der Sozialliberalen fast auffing. Ein

Debakel gab es für die Sozialistische Volkspartei, die nur noch 4,3% erreichte, so dass die 2011 bis Anfang 2014 mitregierende Partei nun die zweitkleinste der neun Fraktionen im Folketing bildet. Bemerkenswert waren die regionalen Unterschiede bei der Stimmenverteilung. Die Sozialdemokraten wurden in den meisten Kommunen wieder stärkste Partei, namentlich in den vier Großstädten, in Nord- und Ostjütland, im Kopenhagener Umland sowie auf den süddänischen Inseln, Bornholm und Fünen. Venstre wurde in einigen der nördlichen Kopenhagener Vorstädte sowie in mehreren west- und mitteljütischen Kommunen – darunter in dem zum südjütischen Großwahlkreis zählenden Varde – stärkste Partei. In den meisten Kommunen auf West- und Südseeland erzielten hingegen erstmals Rechtspopulisten der DF die meisten Stimmen. Ebenso wählten die Wahlberechtigten in fast allen südjütischen Kommunen. In Tondern waren es 29,4% (+15,6%), in Hadersleben 28,3% (+14,5%), in Sønderburg 30,4% (+15,0%) und in Apenrade, das den landesweit höchsten Anteil an DF-Stimmen aufwies, 31,8% (+16,2%).

Politische Kommentatoren suchten vor allem nach Erklärungen für den riesigen Erfolg von DF. Als ein wesentlicher Grund wurde von den meisten angegeben, dass es ihr gelungen sei, ihre wichtigsten Themen auf die Tagesordnung im Wahlkampf zu setzen. Tatsächlich spielte – wie schon 2001 – das Thema „Ausländer“ eine zentrale Rolle. Auch die Sozialdemokraten und Venstre versuchten mit diesem Thema zu punkten, was offenbar DF in die Hände spielte. Ein weiterer möglicher Grund war die Popularität des als integer geltenden

Parteivorsitzenden Kristian Thulesen Dahl. Dieser war im südjütischen Wahlkreis angetreten und hatte dort eine erhebliche Anzahl persönlicher Stimmen auf sich vereint (insgesamt 57.371). Dies wurde auch als mitverantwortlich für den enormen Wahlerfolg im Süden des Landes angesehen. Ebenso wurde eine Wählerwanderung von Venstre zu DF beobachtet, und zwar gerade in den alten Hochburgen der rechtsliberalen Partei, zu denen auch Nordschleswig gehörte. Dieser Rückgang wurde zum Teil der geringen Popularität ihres Spitzenkandidaten Lars Løkke Rasmussen angelastet. Aber auch andere Spitzenpolitiker der früheren Regierungspartei mussten Federn lassen. Der regionale Spitzenkandidat und im Wahlkampf in Nordschleswig am meisten sichtbare Politiker, der 2011 unter anderem für die umstrittenen Grenzkontrollen verantwortliche damalige Steuerminister und in Løkkes Schattenkabinett als Finanzminister vorgesehene Peter Christensen, büßte sein Folketingsmandat sogar ganz ein. Für den deutschen Minderheitenpolitiker Stephan Kleinschmidt aus Sonderburg, der für Radikale Venstre ins Rennen gegangen war, reichte es ebenfalls nicht für einen Sitz im Parlament (DR/JP/JV/NOS 19./20.6.).

Neue dänische Regierung und Wechsel an der Regionsspitze

Obwohl die Regierungsbildung angesichts der oben genannten Wahlergebnisse äußerst schwierig erschien, stand keine zwei Wochen nach der Wahl eine neue Minderheitsregierung: Dabei gelang es Venstre, die nicht einmal über 20% der Mandate im Folketing verfügt und der größte Verlierer dieser Wahl ge-

wesen ist, eine Alleinregierung mit Lars Løkke Rasmussen als Regierungschef zu bilden. Möglich wurde dies durch die Unterstützung der anderen drei Parteien im „blauen“ Block, Liberal Alliance, Det Konservative Folkeparti und vor allem Dansk Folkeparti, die sogar mehr Mandate als Venstre hat. Vier der fünf in Südjütland gewählten Venstre-Abgeordneten wurden zu Ministern ernannt: Eva Kjer Hansen und Hans Christian Schmidt kehrten auf ihre früheren Posten als Ernährungs- bzw. Verkehrsminister zurück, Ellen Trane Nørby wurde Unterrichtsministerin und Carl Holst übernahm das Verteidigungsministerium. Damit trat der letzte Amtsbürgermeister des 2006 aufgelösten Sønderjyllands Amt und der bisher einzige Vorsitzende der Region Syddanmark in die Landespolitik ein. Allerdings endete Holsts Ministerlaufbahn jäh nach knapp drei Monaten, denn es hatte sich herausgestellt, dass von der Region bezahlte Mitarbeiter seinen Wahlkampf maßgeblich mitorganisiert hatten. Die Ermittlungen waren bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Neuer Verteidigungsminister wurde Peter Christensen, der nach seinem Wahldebakel (s.o.) zunächst seinen totalen Rückzug aus der Politik verkündet hatte.

Grenzland und Europa

Volksabstimmung über EU-Rechtsvorbehalt

Am 3.12. stimmt die dänische Bevölkerung über die Aufhebung oder Fortführung der bei der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages 1992 ausbedungenen Sonderstellung des König-

reichs bei der europäischen Zusammenarbeit im Polizei- und Justizwesen ab. Während Enhedslisten bzw. die mit dieser verbundene „Folkebevægelse mod EU“ und Dansk Folkeparti die Ausnahmeregelung bewahren wollen, fordern die meisten anderen Parteien deren Abschaffung, um die Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung zu stärken. Regierungschef Lars Løkke Rasmussen betonte jedoch, dass dies kein Schritt in eine gemeinsame Asylpolitik sei (NOS/JV 22.8.). Bei einem „Nein“ droht Dänemark das Ende der Europol-Kooperation. Bei Redaktionsschluss dieser GFH-Ausgabe sahen Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Gegnern und Befürwortern. Dänemark behält sich in der EU auch in den Bereichen Währung, Staatsbürgerschaft und Verteidigung Sonderrechte vor – wobei die beiden letztgenannten Vorbehalte zur Zeit praktisch ohne Bedeutung sind.

Landtagsvertreter in Brüssel

Der Leiter des Sekretariats für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig in Kopenhagen Jan Diederichsen vertritt seit dem 15.11. auch den Schleswig-Holsteinischen Landtag bei der Europäischen Union – beides mit jeweils einer halben Planstelle (NOS 6.11.). Schleswig-Holstein hat zudem mit dem Hanse-Office eine mit Hamburg gemeinsame Ländervertretung in Brüssel.

Flüchtlingsdrama an deutsch-dänischer Grenze

Nachdem sich bereits im Sommer abgezeichnet hatte, dass die EU-Staaten 2015 eine Rekordzahl an Asylge-

suchen bekommen würden, eskalierte die Lage in der ersten Septemberhälfte. Insbesondere über die „Balkanroute“ kamen zehntausende von Menschen, vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien und aus anderen nahöstlichen Krisenstaaten. Als die dänische Integrationsministerin Inger Støjberg beim Antritt der Regierung eine deutliche Senkung der Asylantenzahlen im Königreich als Ziel verkündet hatte, erregte sie am 8.9. weltweit Aufsehen mit ihrer Anzeigenkampagne in libanesischen Zeitungen. Mit diesen sollten die vielen dort und in anderen Nachbarländern provisorisch untergekommenen syrischen Flüchtlinge ausdrücklich davor gewarnt werden, in Dänemark Asyl zu suchen.

Gleichzeitig eskalierte die Lage an den Grenzen des Königreichs. Dänemark hatte am 9.9. zeitweilig die Verkehrsverbindungen von Süden her unterbrochen. Damit sollte die Durchreise von Flüchtlingen auf dem Weg nach Schweden verhindert werden. Einige hundert zunächst kurz hinter der Grenze untergebrachte Flüchtlinge weigerten sich, sich in Dänemark registrieren zu lassen, um nicht gegen ihren Willen im Land bleiben zu müssen und am Ende abgeschoben zu werden. Sie brachen daraufhin in Richtung Norden auf, wodurch die E45 für mehrere Stunden blockiert wurde. Nachdem es der zumeist behutsam agierenden Polizei nicht gelungen war, die vor allem aus Syrien stammenden Menschen von der Autobahn wegzulotsen, entschied sich die Reichspolizei dazu, ihnen die unkontrollierte Durchreise nach Schweden zu gewähren. Gleiches galt für die Flüchtlinge auf Lolland, deren Zug in Rødby an der Weiterfahrt Richtung Ko-

penhagen gehindert worden war. Diese Entscheidung wurde nachträglich von der Regierung gebilligt und – nach Kritik aus dem rechten politischen Lager – juristisch untersucht und von der süddänischen Staatsanwaltschaft später endgültig als legal bestätigt (NOS 24.10.).

Das Vorgehen der dänischen Politik, vor allem die kurzzeitige Grenzschließung, wurde in außerdänischen Medien, wie etwa in den Nachrichtensendungen des NDR, scharf kritisiert. Selbst die renommierte New York Times berichtete kritisch über die dänische Handhabung der Asylfrage und brachte eine Reportage, wonach eine Flüchtlingsfamilie in Pattburg von der Polizei getrennt worden sei, Flüchtlinge in Arresthäuser gebracht und einzelne Personen sogar misshandelt worden seien. Dies wurde zwar umgehend dementiert und von der Ausländerkontrollabteilung als unwahr korrigiert, eine Reaktion der NYT erfolgte jedoch nicht mehr (NOS 7.10.).

Während man sich in Dänemark zunehmend Sorge über die überwiegend negative Berichterstattung über das Land machte (z.B. NOS 12.9.) und selbst Regierungschef Lars Løkke Rasmussen sich verwundert darüber äußerte, warum die allermeisten durch Dänemark reisenden Flüchtlinge dort nicht Asyl suchten, forderten DF-Politiker und viele ihrer Anhänger ungebrochen, Flüchtlinge an der Grenze abzufangen, nach Deutschland zurückzuschicken und strikte Grenzkontrollen einzuführen. Die verteidigungspolitische Sprecherin der DF im Folketing, die Religionslehrerin Marie Krarup, forderte sogar die Hinzuziehung der Heimwehr (Hjemmeværnet). Nach ihrer Auffassung seien

Menschen nur dann Flüchtlinge, wenn sie eben über die Grenze des Kriegslandes gekommen seien. Sobald man aber weitere friedliche Länder passiert habe und zudem noch finanzielle Werte mit sich führe, sei man ein illegaler Einwanderer (TV2, 11.9.).

Am 12.9. kam es europaweit zu zahlreichen Demonstrationen für die Flüchtlingshilfe, darunter in Kiel und Hamburg. Auch in Kopenhagen forderten 30.000 Demonstranten eine Änderung der bisherigen dänischen Asyl- und Ausländerpolitik. Ebenso gab es in Aarhus, Aalborg, Odense und Svendborg Kundgebungen mit mehreren hundert Teilnehmern. In Krusau gab es dagegen eine Demonstration für scharfe Grenzkontrollen, zu der aber nur 75 Teilnehmer kamen, während eine asylfreundliche Gegendemonstration mehr als drei Mal so viele Personen aufwies (DR, TV2, NDR, FT, 12.9.). Die Wirtschaft äußerte derweil Kritik an den rigiden Arbeitsbestimmungen für Flüchtlinge. Danfoss-Aufsichtsratschef Jørgen Mads Clausen forderte eine Änderung der Asylregeln, damit die Betroffenen bei ausreichender Qualifikation schnell einen Job annehmen können (NOS 13.10.).

Seit der kurzzeitigen Grenzschließung am 9.9. entwickelte sich der Flensburger Hauptbahnhof zu einer wichtigen Aufenthalts- und Durchgangsstation für unzählige Flüchtlinge. Dies löste eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft in der Fördestadt aus. Zahlreiche ehrenamtliche Helfer halfen wochenlang bei der Versorgung der Durchreisenden. Ähnlich sah es an den Fährhäfen in Kiel und Travemünde aus, über die viele Menschen den direkten Weg nach

Schweden suchten. Allerdings führte das für seine liberale Asylpolitik bekannte skandinavische Nachbarland angesichts des immer größeren Zustroms Mitte November schärfere Kontrollen ein. Dennoch blieben mehrere zehntausend Menschen auch in Dänemark. 12.000 wurden allein im Oktober auf die Kommunen des Landes verteilt, darunter 546 auf die vier nordschleswigschen Kommunen (NOS/JV 10.10.). Auch hier gab und gibt es zahlreiche ehrenamtliche Hilfsinitiativen, trotz des allgemeinen Diskurses in Politik und Medien, der in erster Linie auf Kosten und mögliche Bedrohungen durch die nahöstlichen Flüchtlinge abzielt. Überschattet wurde die vielfältige Hilfsbereitschaft durch verbale Attacken gegen Flüchtlinge und Sachbeschädigungen ihrer Unterkünfte (z.B. NOS 7.10.). Allerdings sind keine Fälle von Brandanschlägen bekannt, wie sie gehäuft in Deutschland vorgekommen sind, so etwa auch im Flensburger Stadtteil Fruerlundholz, wo es einen solchen Anschlag auf eine für Flüchtlinge vorgesehene Wohnung gab. Der zunehmende Flüchtlingsstrom verbannte ab September alle anderen drängenden Probleme in Europa aus den täglichen Schlagzeilen und von der EU-Agenda. Beim EU-Gipfeltreffen in Brüssel sicherte Lars Løkke Rasmussen massive finanzielle Unterstützung (insgesamt 140 Mio Kronen) zu, um den Flüchtlingsstrom nach Europa zu begrenzen. Ein Teil des Geldes soll für den Ausbau der systematischen Kontrolle und Registrierung an den EU-Außengrenzen gebraucht werden, ein weiterer Teil für humanitäre Hilfe in Somalia und Eritrea. Gut die Hälfte des Geldes soll in den Madad-Fonds fließen, mit dem die EU Flüchtlinge in den syrischen Nach-

barländern unterstützt; hierfür hatte Dänemark bereits im Vormonat 250 Mio Kronen überwiesen (NOS/JV 16.10.). Zugleich wurden die Asylregeln wiederholt verschärft: Nach einem breiten parlamentarischen Vergleich, dem auch die Sozialdemokraten zugestimmt hatten, ist es u.a. möglich geworden, Asylanträge ohne Ausweis länger als bisher festsetzen zu können und das Gepäck der Asylsuchenden auf Vermögenswerte hin zu durchsuchen. Gerade diese Maßnahmen stießen außerhalb Dänemarks, so auch in der schleswig-holsteinischen Landesregierung, auf deutliche Ablehnung (FT 20.11.). Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war weiterhin kein Ende des Flüchtlingsstroms und erst recht nicht der politischen Kontroversen zu diesem Thema in Sicht, zumal sich die EU-Länder nach wie vor äußerst uneinig zeigten – und nationalkonservative bis rechtspopulistische Parteien in vielen Staaten starken Zulauf haben.

Volksgruppen und Minderheiten

Experten des Europarats für mehr Minderheitenschutz

Eine Expertenkommission des Europarats hat dessen Mitgliedsstaaten, von denen 43 die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten von 1995 unterschrieben und 39 ratifiziert haben, zu mehr Aktivitäten zugunsten der Minderheitengruppen aufgefordert. Dabei wurde u.a. an Dänemark appelliert, dem Wunsch der deutschen Nordschleswiger nach zweisprachigen Schildern (s. Beitrag von Harro Hallmann in diesem Heft) nachzukommen. Als Problem der Konven-

tion wird jedoch angesehen, dass viele Unterzeichnerstaaten unterschiedliche Auffassungen über die nationalen Minderheiten haben. Zudem betrachtet man mit Sorge, dass in manchen europäischen Staaten Errungenschaften zugunsten der Minderheiten wieder in Frage gestellt werden (FLA 1.8.).

Stärkere Förderung der FUEV durch den Bund

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat eine Erhöhung des Bundeszuschusses für die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen von 100.000 auf 500.000 € empfohlen. Dabei wurde die Bundesregierung auch dazu aufgefordert, nicht nur Einzelprojekte der Organisation zu unterstützen, sondern die Möglichkeit einer festen Verankerung der Förderung im Etat des Auswärtigen Amtes zu untersuchen. Damit solle der FUEV mehr Planungssicherheit gegeben werden (BDN 17.11.).

Deutscher Tag in Tingleff

Der diesjährige Deutsche Tag der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig stand unter dem Motto „Minderheit: Toleranz und Verantwortung“. Zu den Festrednern zählten u.a. Ministerin Ellen Trane Nørby, Botschafter Christoph Krumrei, die neue Vorsitzende der Region Syddanmark Stephanie Lose und Apenrades Bürgermeister Thomas Andresen (NOS 8.11.).

Jahrestreffen der dänischen Minderheit

Bei den Jahrestreffen („Årsmøder“) der dänischen Südschleswiger waren zahlreiche Spitzenpolitiker, der däni-

sche Botschafter in Berlin Per Poulsen Hansen, ehemalige Minister, Parlamentsabgeordnete und andere bei Festreden und Diskussionsveranstaltungen zu Gast. Das Motto „Find Sydslesvig“ wurde von vielen Rednern zum Anlass genommen, nach den Kenntnissen über die beiden Minderheiten im Königreich und in der Grenzregion zu fragen. Viele Diskussionen wurden deutlich von der unmittelbar stattgefundenen Folketingwahl geprägt (FLA 22.6.).

50 Jahre Nordfriisk Institut

Am 31.8. konnte das Nordfriisk Institut in Bredstedt seinen 50. Geburtstag begehen. Am 5.12. soll hier ein Erweiterungsbau in Betrieb genommen werden, in welchem Inhalte und Forschungen des Instituts über die friesische Volksgruppe künftig auf moderne Weise vermittelt werden sollen.

Wirtschaft und Soziales

Steuern auf deutsche Renten

Wer in Dänemark oder anderswo im europäischen Ausland wohnt und Rentengelder aus Deutschland bezieht, muss diese auch in Deutschland versteuern, auch wenn diese relativ gering sind. In Deutschland sind Renteträge bis zu 800 € steuerfrei. Diese Ungleichbehandlung hat Proteste von Betroffenen und EU-Parlamentariern nach sich gezogen, die darin eine Diskriminierung sehen. Steuerexperten und EU-Kommission halten dieses Verfahren jedoch für rechtmäßig. Es sei legal, wenn ein Staat seinen Be-

wohnern Vorteile einräume, die für im Ausland lebende Bezieher nicht gelten (NOS 16.10.).

Umzug staatlicher Behörden in die Provinz

Nach einem jahrzehntelangen Konzentrationsprozess der allermeisten Staatseinrichtungen in Kopenhagen hat die neue Venstre-Regierung erstmals ein Zeichen der Umkehr gesetzt und den Umzug einiger Staatsämter mit fast 4000 Arbeitsplätzen in andere Landesteile beschlossen. Zu den größten Profiteuren im südlichen Dänemark zählt vor allem Sonderburg, das künftig Hauptsitz von NaturErhvervsstyrelsen mit 273 Arbeitsplätzen sein wird. Dieses Amt ist für alle Ordnungen in Landwirtschaft und Fischerei zuständig. Es soll in das Schloss Augustenburg einziehen, aus welchem die psychiatrische Klinik jüngst nach Apenrade gezogen ist. Nebenstellen einzelner Staatsbehörden ziehen zudem nach Tondern, Hadersleben und wiederum Sonderburg. In der Hauptstadt wurde die frühere Konzentration staatlicher Einrichtungen meist mit den kurzen Verbindungen untereinander und dem angeblich nur dort vorhandenen Experten begründet (JV 19.10.). Während man in der Region den Beschluss der Regierung mit großer Zufriedenheit aufgenommen hat, ist man in Kopenhagen enttäuscht. Erste Umfragen unter den Betroffenen ergaben, dass nur ein geringer Teil von ihnen umziehen werde. In Deutschland mit seiner wesentlich größeren Fläche hat die dezentrale Platzierung wichtiger Zentralbehörden hingegen eine lange Tradition (NOS/JV 2.10. u. 14.10.)

Hoffnung auf neue Kreditregeln

Bei der Kreditvergabe beim Hauskauf in strukturschwachen Gebieten sollen künftig verstärkt die günstigeren Lebenshaltungskosten einberechnet werden (NOS 8.10.). Bisher wurden Kredite häufig nicht bewilligt, da die Kreditgeber den weiteren Wertverlust der Immobilie befürchten und dadurch der Teufelskreis von Wertverfall und Abwanderung auch in Nordschleswig immer weiter angetrieben wurde.

Raumplanung liberalisiert

Mit der Liberalisierung der Planungsgesetze soll es in Dänemark künftig leichter sein, größere Geschäfte auch an kleineren Orten anzusiedeln. Damit soll der bisherigen Konzentration von Geschäftszentren in den größeren Städten entgegengewirkt werden. Kritiker fürchten allerdings, dass die Gesetzesnovelle insbesondere den großen Handelsketten nützen werde. Im Nordschleswiger forderte Chefredakteur Gwyn Nissen den in den vergangenen Jahren arg gebeutelten Einzelhandel in Nordschleswig zu mehr Einigkeit auf (NOS 3.11.).

Dosenpfand nach wie vor nicht in Kraft

Nach dem Regierungswechsel kündigte die neue dänische Ernährungs- und Umweltministerin Eva Kjer Hansen an, die nach zehn Jahren teils zäher Verhandlungen ausgehandelte, ab 2018 gültige Pfandordnung für Dosen aus dem Grenzhandel zurückzuziehen und durch eine wirksamere Regelung zu ersetzen. Zu den besonderen Kritikpunkten zählte, dass die neue Ord-

nung nur Schleswig-Holstein betreffen sollte, nicht aber das übrige Deutschland und dass für dänische Kunden auch das Pfandgeld mit Mehrwertsteuer belastet worden wäre (FT 6.7., GFH 1/2015, S. 96).

Zusammenarbeit bei Strahlentherapie vor dem Aus?

Nach 16 Jahren steht einer der größten Erfolge grenzüberschreitender Zusammenarbeit offenbar vor dem Ende. Aus der Region Syddanmark mehren sich die Stimmen, zur Erfüllung neuer Sparmaßnahmen das Angebot, Krebspatienten aus dem südlichen Landesteil die Möglichkeit zur Strahlentherapie im nahen Flensburger St. Franziskus-Hospital zu überlassen, zurückzuziehen. Dies würde für die Betroffenen weite Wege nach Odense oder auch Vejle bedeuten, wo man inzwischen die Kapazitäten zur Strahlentherapie ausgebaut hat (NOS 23.10.). Eine endgültige Entscheidung lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Infrastruktur

Schwierigkeiten für Fehmarnbelt-Querung nach Abbezahlung der Brücke

Das Beratungsunternehmen Grøntmij warnt vor Schwierigkeiten bei der Finanzierung der festen Fehmarnbelt-Querung, weil der Eröffnung des Tunnels (frühestens 2025) die Abbezahlung der 1996 eröffneten Brücken über den Großen Belt entgegenstehe (ca. 2029). Die dann zu erwartende Mautbefreiung oder zumindest -senkung könnte viele Nutzer dazu veranlas-

sen, den Tunnel mit der zunächst hohen Benutzermaut zu umgehen (NOS 9.10.). – Bei einem Treffen der Verkehrsminister H.C. Schmidt und Reinhard Meyer machte letzterer deutlich, dass mit einem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens auf deutscher Seite nicht vor 2019 zu rechnen sei. Dabei gab es Kritik am Baukonsortium Femern A/S, das die deutschen Regeln und den möglichen Widerstand unterschätzt habe (NOS 5. u. 8.10.).

Sprache, Bildung und Kultur

Renate Schnack für gemeinsame Sprachenpolitik

Bei ihrem Antrittsbesuch bei der neuen Vorsitzenden der Region Syddanmark Stephanie Lose hat die Minderheitenbeauftragte der schleswig-holsteinischen Landesregierung Renate Schnack eine gemeinsame Strategie zum Erlernen der jeweiligen Nachbarsprache vorgeschlagen. Auch Lose spricht sich für einen früheren Beginn des Deutschunterrichts in dänischen Schulen aus (NOS 3.11./FLA 5.11.).

Institut für Grenzregionsforschung vor dem Aus

Nach den Sparplänen der neuen dänischen Regierung wird das Institut for Grænseregionsforskning an der Syddansk Universitet in Sonderburg aufgelöst. Die deutliche Reduzierung der bisher gewährten Finanzmittel wird zur Entlassung zahlreicher Mitarbeiter führen. Die Verbliebenen werden künftig dem Institut for Statskundskab (= Politikwissenschaft) in Oden-

se unterstellt, aber vermutlich in Sonderburg bleiben. Die bisherigen Forschungsgebiete sollen weiter bearbeitet werden. In der Region wurde dieser Schritt mit Bedauern aufgenommen. Das 1977 als selbständige Einrichtung in Apenrade gegründete fächerübergreifende Institut war 2003 in die Universität in Sonderburg integriert und mit anderen Instituten vereinigt worden (DR 2.10.).

Aus für Danfoss-Business-Center

Nach zwei Jahren wird das am Alslon in Sonderburg eingerichtete Center for Global Business wieder geschlossen. Mit diesem sollten Hochschulen und Wirtschaft im Grenzland enger zusammengebracht und besser vernetzt werden, um die Kompetenzen in der Region besser bündeln und vermarkten zu können. Aufgrund fehlender Projekte mit nachhaltigen Ergebnissen zieht sich der Stifterfonds – der Bitten- und Mads-Clausen-Fonds – aus der Finanzierung zurück und will künftig nur noch Einzelprojekte fördern (NOS 15.10.).

Kürzung bei Sønderjyllands Symfoniorkester

Nach dem neuen Haushaltsgesetz soll das in Sonderburg beheimatete und für das Kulturleben beiderseits der Grenze wichtige Orchester mit 3,5 Mio. Kronen weniger auskommen. Ähnliches gilt auch für die anderen vier dänischen Orchester außerhalb der Hauptstadt. Da das Orchester bereits jetzt unterfinanziert ist, ist eine weitere deutliche Reduzierung des Angebots und der Qualität zu befürchten (NOS/JV 9.10.).

Christiansfeld neues Weltkulturerbe

Nach dem Wattenmeer gibt es auf dem Gebiet des ehemaligen Herzogtums Schleswig nun ein weiteres UNESCO-Welterbe: Der historische Ortskern der Herrnhuter-Siedlung Christiansfeld wurde offiziell in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen (JV 6.7.; GFH 1/2015, S. 100).

Geschichte und Erinnerungsorte

Gegen zuviel 1864-Vermarktung

Der im März 2015 von Kopenhagen nach Höruphaff gezogene neue Kommunikationsratgeber der Kommune Sonderburg Michael Kristiansen forderte die Verantwortlichen am Alsensund dazu auf, nicht immer nur mit „1864“ zu werben. Der Journalist und frühere Spindoktor von Ex-Regierungschef Anders Fogh Rasmussen bezeichnete dies mit dem deutschen Wort als „altmodisch“. Stattdessen solle die Kommune nach vorne schauen und ihr „innovatives Milieu“, die lokalen Besonderheiten – die landesweit erfolgreichste umweltgerechte Nahrungsmittelproduktion, das stressärmere Leben und die lebendige Kultur – in den Vordergrund stellen, um mehr Menschen namentlich aus den Großstädten in die Region zu locken (JV 17.10.).

Gedenken an die Schlacht von Idstedt

Die traditionelle Gedenkfeier zur Erinnerung an die vermutlich blutigste Schlacht der jüngeren Geschichte Nordeuropas bei Idstedt nutzte Chefredakteur Jørgen Møllekær (FLA) zu

einer Bestandsaufnahme über die deutsch-dänischen Beziehungen in der Region und zu deren Zukunftsperspektiven. Dabei forderte er zur Schaffung neuer Symbole auf, wie etwa der vor vier Jahren auf dem Alten Friedhof in Flensburg neu aufgestellte Idstedt-Löwe. Kritisch äußerte er sich darüber, dass die Frage zweisprachiger Ortstafeln in Nordschleswig von den Gegnern unsachlich und von den Kommunen willkürlich behandelt worden sei – während man in Glücksburg undramatisch die Aufnahme des Zusatzes „Lyksborg“ auf die Ortsschilder beschloss. Møllekær forderte zu mehr grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf, die in vielen Bereichen – ob im Tourismus oder im so genannten „Grenzdreieck“ – noch in den Anfängen stecke. Die Vergangenheit dürfe nicht vergessen werden, aber man müsse mehr denn je nach vorne schauen (FLA 27.7.).

Personalien

Wechsel in der Geschäftsführung beim ADS-Grenzfriedensbund

Seit Anfang September 2015 ist Dr. Michaela Oesser (Jahrgang 1959) als neue Geschäftsführerin für den ADS-Grenzfriedensbund tätig.

Michaela Oesser ist in der Region Kappeln aufgewachsen; nach Abschluss der Realschule ließ sie sich zur Laborantin ausbilden. Nach dem Abitur studierte Frau Oesser an der Universität Kiel Biologie und promovierte im Bereich der Mikrobiologie. Es folgte eine jahrelange Tätigkeit als Innovationsberaterin bei der WTSH Schleswig-Holstein (Wirtschaftsförderung- und Tech-

nologietransfer). In dieser Zeit arbeitete sie auch eng mit dem Bildungsministerium zusammen. Darüber hinaus hat Frau Dr. Oesser eine Honorarprofessur an der Fachhochschule Flensburg inne. Insgesamt kann Frau Dr. Oesser auf mehr als 36 Jahre Berufserfahrung zurückblicken.

Dem Landesteil Schleswig, der Grenzlandarbeit des ADS-Grenzfriedensbundes und nicht zuletzt den Grenzfriedensheften fühlt sich die neue Geschäftsführerin verbunden und hat die Arbeit des Vereins mit Interesse verfolgt.

Dem bisherigen Geschäftsführer Ernst-Peter Rodewald dankte der Vorstand des Vereins für seine jahrelange Arbeit.

Matthias Scharthl im Ruhestand

Der langjährige Direktor der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg Dr. Matthias Scharthl ist zum 1.9.2015 in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger wählte das Kuratorium der Kulturstiftung den bisherigen Geschäftsführer des Landeskulturverbandes Dirk Wenzel. Scharthl, 1949 in Lübeck geboren, hat in Hamburg, Freiburg und Berlin Geschichte und Germanistik studiert und an der Universität Hamburg mit einer Arbeit über die Flensburger Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen im Kaiserreich promoviert. Zahlreiche weitere Bücher und Aufsätze mit regionalgeschichtlichen Themen stammen aus seiner Feder. Seit 1990 stand er in den Diensten des Kreises, zunächst als Kreis- und nach der auf seine Anregung hin erfolgten Zusammenlegung auch als Schleswiger Stadtarchivar. Im Juli 2002 übertrug ihm der Kreis Schleswig-Flensburg die

Geschäftsführung seiner Kulturstiftung. Hier hat er u. a. zahlreiche grenzüberschreitende Kulturprojekte realisiert, die dafür notwendigen Finanzmittel eingeworben und die deutsch-dänische Zusammenarbeit mit den Partnern der Region Sønderjylland-Schleswig erfolgreich weiter entwickelt. Den Grenzfriedensheften ist er als vielseitiger Autor seit langer Zeit eng verbunden. Der Redaktion, in der er seit 1995 mitwirkt, wird er auch weiterhin angehören.

Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt verstorben

Am 30.8. verstarb in Rostock der Historiker Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt im Alter von 66 Jahren. Der von Freunden und Kollegen meist nur „Lori“ genannte langjährige Sprecher (und Mitbegründer) des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins ist auch den Lesern der Grenzfriedenshefte durch zahlreiche Beiträge bekannt geworden.

Ebbe-Munck-Preis für Siegfried Matlok

Der frühere langjährige Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen und Chefredakteur des Nordschleswigers Siegfried Matlok erhielt aus der Hand von Königin Margrethe für seine Verdienste um die deutsch-dänische Verständigung einen der am höchstens angesehenen Preise in Dänemark. Dieser wurde von dem früheren Widerstandskämpfer, Berlingske-Chefredakteur und königlichen Hofmarschall Ebbe Munck gestiftet (NOS 4.11.).

Langlebige Geschichtsmythen

Kristian Iversen, Ulla Nedergaard Pedersen

Danmarkshistorie mellem erindring og glemsel

København: Columbus 2014. 144 S., durchgehend farbig ill.

In Dänemark erscheinen laufend neue Werke zur Landesgeschichte, die sowohl für den Unterrichtsgebrauch als auch für eine breite Leserschaft bestimmt sind. Leider zeichnen sich viele von diesen dadurch aus, dass die Verfasser voneinander abschreiben, eine allzu enge nationaldänische Perspektive anlegen oder manche althergebrachten Darstellungen, zu denen die Forschung längst neue Erkenntnisse geliefert hat, unkritisch wiederholen. Insbesondere die Vernachlässigung der besonderen Geschichte des alten Herzogtums Schleswig ist dabei immer wieder ein Ärgernis. Umso erfreulicher ist das vorliegende Werk, das entgegen seinem Titel keine weitere Geschichte Dänemarks von der Frühzeit bis heute darstellt, sondern sich kritisch mit der Erinnerungsgeschichte im Königreich auseinandersetzt.

Nach einer Einführung in diese noch recht junge Disziplin der Geschichtswissenschaft, die sich mit der Darstellung von Geschichte – und dem Ge- und Missbrauch derselben für politische Zwecke – in verschiedenen Epochen und damit mit der Schaffung von Geschichtsbildern auseinandersetzt, wird diese ausführlich anhand von drei besonders markanten Epochen erläutert: Das erste Thema ist

die Wikingerzeit, die im 19. Jahrhundert wiederentdeckt, als solche überhaupt erst benannt und als „goldenes Zeitalter“ nordischer Geschichte verklärt wurde – und die bis heute ungemein populär geblieben ist. Das zweite Thema ist der Krieg von 1864 und hier insbesondere der Umgang mit der Schlacht von Düppel, die nach Überwindung des Schocks der Niederlage mehr und mehr zu einem Heldenmythos verklärt wurde. Auch die museale Darstellung, die „affektive Strategie“ der Geschichtsvermittlung im örtlichen „Historiecenter“ und die vielen Aktivitäten im „Jubiläumsjahr“ 2014 werden kritisch und sachkundig analysiert. Das dritte Thema ist der Umgang mit der Besatzungszeit 1940-45, der auch heute noch Kontroversen auslöst. Es bleibt zu hoffen, dass diese wichtige, im übrigen auch gut illustrierte und mit interessanten Quellentexten versehene Publikation häufig im Unterricht angewendet, viel gelesen und auch viele Nachahmer finden wird.

Gerret Liebing Schlaber

Frauen der deutsch-dänischen Geschichte

Oliver Auge, Lars N. Henningsen, Frank Lubowitz, Broder Schwensen (Hg.)

Zwischen Macht und Schicksal – Mellem magt og skæbne

Acht Herrscherinnen des Nordens aus acht Jahrhunderten – Otte herskerinder i Norden fra otte århundreder (1200-2000)

Flensburg: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte 2013. 172 S., einzelne meist sw. Abb.

Der vorliegende 78. Band der Großen Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte ist das Ergebnis eines vom Kieler Professor für Regionalgeschichte Oliver Auge initiierten Symposiums, in welchem anlässlich des 600. Todestages der Königin Margrete I. acht für die Region bedeutende, aber nicht selten von der Geschichtsschreibung vernachlässigte Frauen-Persönlichkeiten aus acht Jahrhunderten porträtiert werden. Die Verfasser der Beiträge, neben den beiden erstgenannten Herausgebern sind dies Detlev Kraack, Carsten Jahnke, Carsten Porskrog Rasmussen, Elizza Erbstößer, Inge Adriansen und Bettina Munimus, bieten in erster Linie traditionelle biografische Abrisse. Auch wenn es auf den ersten Blick gewagt erscheint, derart unterschiedliche Frauen aus von einander weit entfernten Epochen in einem Band abzuhandeln, sind diese Biografien trotz mancher Schwächen gerade wegen ihrer Vielgestaltigkeit und der gelungenen Einordnung in weitere geschichtliche Zusammenhänge äußerst lesenswert. Besonders interessant sind die einer breiten Öffentlichkeit oft wenig bekannten Einzelheiten – erwähnt sei nur das bildungspolitische Engagement der Namenspatronin des früheren Flensburger Mädchengymnasiums und Ehefrau des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., Auguste Viktoria, deren unheilvoller Einfluss auf die preußische Nordschleswigpolitik gerade in der Phase eines extremen Nationalismus hingegen unerwähnt bleibt, oder das ehrenamtliche sozialpolitische Wirken der dänischen Königin Ingrid in der Region. Erfreulich ist zudem die durchgehende Zweisprachigkeit des Buches.

Gerret Liebing Schlaber

Minderheitenforschung

Tove H. Malloy (Hg.)

Minority Issues in Europe: Rights, Concepts, Policy

Berlin: Frank & Timme 2013. 349 S.

Dieser von Mitarbeiter/innen des Flensburger European Centre for Minority Issues (ECMI) erstellte Band behandelt die Themen Minderheiten in Europa von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis 2009. Die zehn Kapitel reichen von der Situationsentwicklung der Minderheiten über theoretische und konzeptionelle Aspekte ihrer Erforschung bis hin zu rechtlichen, politischen, institutionellen und vertraglichen Gesichtspunkten. Es folgen Fragen nach Demokratie und Partizipation von Minderheiten in ihrer Umwelt sowie soziale und kulturelle Gesichtspunkte. Ansatz des Buches ist eine nicht-normative Sichtweise und der Fokus auf Minderheiten als politische Akteure und nicht rein als Objekte von Handlungen politischer Institutionen, wie es in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Forschung häufig der Fall war. Schwerpunkt des Werkes ist die Analyse der Beziehung zwischen Institutionen einerseits und Ideologien und Konzepten andererseits unter besonderer Berücksichtigung der Minderheiten in der europäischen Neuzeit. Ein Aufsatz erläutert beispielsweise, wie die heutige EU in bestehenden oder noch kommenden Mitgliedsstaaten Einfluss auf Minderheitensituationen nehmen kann.

Das fächerübergreifende Lehrbuch eines internationalen Teams richtet sich an fortgeschrittene Studierende der Sozial-, Geschichts-, Politik- und Rechtswissenschaften. Es eignet sich als themati-

scher Einstieg. Nützlich sind dabei das gut verständliche Englisch und die Auf-führung der wichtigsten „key points“ am Ende eines jeden Aufsatzes sowie das Stichwortverzeichnis und die umfassende Literaturliste im Anhang. Im Letzteren hätten gerne auch die Kapitelautor/innen aufgeführt und damit gewürdigt werden können.

Levke Bittlinger

Schleswig-Holstein 1800 bis heute

Uwe Danker und Utz Schliesky (Hrsg.)

Schleswig-Holstein 1800 bis heute

Eine historische Landeskunde

Mit Texten von Uwe Danker, Astrid Schwabe, Jan Schlürmann sowie Klaus Kellmann, Sebastian Lehmann, Robert Bohn und Utz Schliesky

Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2014, 391 S., ill.

Die vorliegende Neuerscheinung entspricht dem aktuellen Standort der Geschichtsschreibung als moderne „demokratiegeschichtliche Landeskunde“, die sich auf die leitenden Begriffe von „Freiheit, Herrschaft, Öffentlichkeit, Teilhabe, Ungleichheit, Interessenausgleich und Konflikt“ bezieht (S. 9). Dabei konzentriert sie sich auf die moderne Geschichte seit 1800 und wird ihr durch eine weite Öffnung des Blickwinkels auf die gesamte Bandbreite der wesentlichen sozial- und wirtschafts-, politik- und kulturgeschichtlichen Themen in ihrem regionalgeschichtlichen Rahmen in bemerkenswerter Vielfalt gerecht. Sie nutzt überdies die modernen didaktischen Gesichtspunkte durch die wechselseitige Ergänzung der jeweils

mit repräsentativem Anspruch abgehandelten insgesamt 33 thematischen Kapitel in Gestalt einleitender und resümierender Basistexte, aufschlußreicher Fallbeispiele, Text- und Bildquellen sowie gelegentlicher Zeitfenster, einer Fülle von Querverweisen und schließlich eines Anhangs von Karten. Die regionalgeschichtliche demokratische Landeskunde wird nie isoliert behandelt, sondern stets in ihrer übergeordneten historischen Entwicklung vom aufgeklärten Absolutismus und Frühkonstitutionalismus über das autoritäre kleindeutsch-preußische Kaiserreich, den ersten Versuch einer parlamentarisch-demokratischen Republik, die nationalsozialistische Diktatur und die britische Besatzungszeit zur gelungenen parlamentarisch-demokratischen und föderativen Bundesrepublik als westlichem Teil- und schließlich wiedervereinigtem Nationalstaat. Die Darstellung ist klar, allgemein verständlich, sach- und fachlich präzise und – mehr noch – durchweg spannend und anregend geschrieben. Sie ist als Gemeinschaftsprojekt des Schleswig-Holsteinischen Landtags, der Landeszentrale für politische Bildung und der Europa-Universität Flensburg in Gestalt ihres Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte entstanden. Die Autoren der Beiträge werden eingangs analog dem Inhaltsverzeichnis namentlich ausgewiesen, erscheinen aber nicht noch einmal bei den einzelnen Kapiteln. Dadurch erhält das Buch über weite Strecken den stimmigen Eindruck einer – wohl auch unter der Redaktion von Uwe Danker und Astrid Schwabe erreichten – einheitlich gestalteten Darstellung. Die Literaturangaben konzentrieren sich auf einschlägige Titel, die geeignet sind, die Spezialliteratur leicht zu erschließen. Alles in allem ist die neue historische Lan-

deskunde eine in der Anlage und in der Ausführung beachtliche innovative historiographische, publizistische und didaktische Leistung, die verspricht, eine breite interessierte Leserschaft zu erreichen. Ihr Konzept empfiehlt sich geradezu für andere Regionen.

Reimer Hansen

Umwälzungen vor 200 Jahren

Rasmus Glenthøj, Morten Nordhagen
Ottosen

1814 – krig, nederlag, frihed Danmark-Norge under Napoleonskrigene

København: Gads Forlag 2014. 392 S., zahlreiche meist farbige Abb.

In Dänemark drehte sich geschichtswissenschaftlich und -politisch im Jahre 2014 fast alles um die 150. Jahrestage der kriegerischen Ereignisse von 1864. Dadurch wurde einmal mehr der Blick darauf versperrt, dass es weitere 50 Jahre zuvor einen noch viel blutigeren Krieg gegeben hatte, dessen Resultate für den Fortgang der dänischen Monarchie und der Herzogtümer Schleswig und Holstein kaum weniger bedeutend waren als jene von 1864. Umso wichtiger ist das vorliegende Werk, das Teil eines größeren internationalen Forschungsvorhabens 200 Jahre nach den Napoleonkriegen gewesen ist. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der dänischen bzw. norwegischen Perspektive. Die Trennung der beiden Königreiche nach dem Kieler Frieden 1814 war für Dänemark ein herber Verlust, während sie für Norwegen trotz der Unterordnung unter die schwedische Krone die staatliche Unabhängigkeit und eine für damalige Verhältnisse bemerkenswert fortschrittli-

che Verfassung mit sich führte. Die Verfasser beleuchten nicht nur die außenpolitischen Verwicklungen der Napoleonszeit, in welcher auch die dänische Monarchie unter erheblichen Druck gestellt wurde – und König Frederik VI. und seine Ratgeber manche schicksalsschwere Fehlentscheidung trafen. Auch die Mentalitätsgeschichte wird untersucht. So wird deutlich, in welchem Ausmaß sich die Holsteiner von Kopenhagen enttäuscht fühlten, als das Herzogtum zwischen Eider und Elbe 1813/14 noch Kriegsschauplatz wurde und angesichts der Niederlage erleben musste, dass der im Zuge der kriegerischen Bedrohung immer stärker aufkommende dänische Nationalpatriotismus mit seinem neuen „Wir-Gefühl“ die deutschsprachigen Mitbürger in der Monarchie nicht mit einschloss. Es bleibt zu hoffen, dass dieses gut lesbare Werk eine intensivere Beschäftigung mit dieser für die Entwicklung unserer Region so entscheidenden Epoche zur Folge haben wird, und zwar auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze. In Schleswig-Holstein ist der Mangel an neuer Forschung zu diesem wichtigen Thema (vgl. GFH 2014, S. 223f.) ebenso groß wie in Dänemark.

Gerret Liebing Schlaber

Regionale Schifffahrtsgeschichte

Mikkel Leth Jespersen

Kaptajner og Kolonier: Sejlskibstidens oversøiske Aabenraa-søfart (1820-1890)

Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland nr. 109. Aabenraa 2014. 320 S., ill.

Dass Apenrade/Aabenraa einst eine bedeutende Schiffer- und Schiffbauerstadt war, deren Segelschiffe Häfen in der ganzen Welt ansteuerten, ist ein heute nicht mehr allzu bekannter Sachverhalt. Mit dem vorliegenden Buch widmet sich der Autor diesem besonderen Kapitel Apenrader Wirtschaftsgeschichte und richtet seinen Blick auf die Blütezeit der Apenrader Segelschiffahrt im 19. Jahrhundert. Um 1820 etablierte sich die überseeische Handelsschiffahrt mit Fahrten nach Südamerika, um sich in den kommenden Jahrzehnten über den ganzen Globus auszuweiten. Aus unterschiedlichen Gründen hielt Apenrade lange an der Segelschiffahrt fest und versäumte die Umstellung auf Dampftechnik, was letztlich zu einem Niedergang des Gewerbes gegen Ende des Jahrhunderts führte.

Wie im Titel schon anklingt, hat sich der Autor insbesondere mit den Akteuren der Apenrader Schiffahrt auseinandergesetzt und zu diesem Zweck zahlreiche schriftliche Erinnerungen und Briefe von Seeleuten ausgewertet. In der Stadt hatte sich im Laufe der Zeit ein Reederei- und Schiffbaugewerbe mit diversen Zulieferdiensten fest etabliert, das eng mit den Bewohnern der Stadt und aus dem Umland verzahnt war. Über Generationen hinweg waren unter den Seeleuten häufig Mitglieder derselben Familien zu finden. Durch Heranziehung unterschiedlichster Quellen gelingt es dem Autor, die Geschichte der Apenrader Segelschiffahrt in den Kontext internationaler politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen zu stellen, die meist ausschlaggebend für die Reiseziele der Schiffe waren. Umrahmt von einer reichen, leider etwas dunkel geratenen Bebilderung leistet das Buch einen bemerkenswerten Beitrag zur

Aufarbeitung der regionalen Schifffahrtsgeschichte.

Ruth Clausen

Düppel und die dänische Erinnerungskultur

Mads Daugbjerg

Borders of Belonging

Experiencing History, War and Nation at a Danish Heritage Site

New York & Oxford: Berghahn 2014. 204 S., einzelne sw. Abb.

Zu den besonders bemerkenswerten der vielen neuen Publikationen zum Krieg von 1864 gehört die Studie des Anthropologen Mads Daugbjerg von der Universität in Aarhus. Dabei untersucht er die Bedeutung der Schlacht von Düppel für das dänische Selbstverständnis und den Umgang mit dieser Geschichte. Hierfür hat er zahlreiche Feldstudien unternommen und die Erinnerungsorte in Augenschein genommen, wobei der Geschichtsvermittlung im Sonderburger Schloss (S. 77f.) und insbesondere im „Historiecenter“ am Schlachtort (S. 104f.) viel Raum zukommt. Dabei zeigt er – nicht zuletzt mit Hilfe zahlreicher Interviews –, dass die affektive, also in erster Linie auf das Empfinden der Besucher abzielende Geschichtsvermittlung im „Historiecenter“ durchaus auf Kritik stößt. Der Verfasser berücksichtigt sowohl die – bei der Eröffnung des Centers durchaus beabsichtigte – einseitig-nationale Perspektive als auch den zunehmenden Gesinnungswandel der letzten Jahre, durch den auch Düppel zunehmend weniger der Heroisierung der damaligen Soldaten dient als vielmehr einer „postheroischen“ Darstellung, mit der auch der Toten aller

Kriege gedacht wird. Es ist zwar erfreulich, dass Daugbjergs Studie durch die englischsprachige Veröffentlichung weit über die Region hinaus gelesen werden kann. Andererseits ist es bedauerlich, dass dieser überaus wertvolle Beitrag zur Erinnerungsgeschichte gerade in der Region, die im Mittelpunkt der Betrachtung steht, wohl nur wenig Verbreitung findet. Es bleibt zu hoffen, dass zumindest Teile der Studie auch auf Dänisch und Deutsch veröffentlicht werden.

Gerret Liebing Schlaber

Deutsch-dänischer Krieg von 1864

Rasmus Glenthøj

1864. Sønner af de slagne.

København: Gads forlag 2014. 574 S., ill.

Dieses monumentale Buch von Rasmus Glenthøj, Lektor an der Syddansk Universitet, handelt vom Auftakt und den Ursachen des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864. Zugleich ist es ein Porträt einer Generation der hierfür verantwortlichen dänischen Politiker und eine Auseinandersetzung mit der grundlegenden dänischen Darstellung des Krieges, die mehr als 100 Jahre vorherrschte, nämlich, dass dieser Krieg eine selbstverschuldete dänische Katastrophe war.

Den Ausgangspunkt des überaus interessanten und leicht verständlich geschriebenen Buches bilden die Neuordnung Europas zu Beginn des 19. Jahrhunderts während und nach den Napoleonischen Kriegen sowie die neuen Gedanken über Nationalstaaten und Volksherrschaft. Hierin liegt der Keim zur Auflösung des dänischen Gesamtstaats. 1814/15 wurde Dä-

nemark ein Kleinstaat, der seine Politik unter starker Berücksichtigung des Auslandes einrichten musste; ein multinationaler Staat mit einer geteilten Bevölkerung, von der etwa 40% diesem nicht angehören wollte. Der Kampf um eine gemeinsame Verfassung, die alle zufriedenstellen sollte - Dänen, Schleswig-Holsteiner, den Deutschen Bund, die Großmächte, liberale Demokraten und ebenso die gesamtstaatsorientierten Konservativen – war zum Scheitern verurteilt, doch der Versuch wurde unternommen.

Ziel des Ratspräsidenten C.C. Hall war es, die Staatssouveränität Dänemarks weiterhin zu sichern, ohne dass die Politik des Landes in Wien, Berlin oder Frankfurt festgelegt wurde. Es war die Staatengemeinschaft mit Holstein, die Dänemark an Deutschland kettete. Deshalb sollte Holstein vom Gesamtstaat befreit werden. Diese Frage konnte nur auf einer internationalen Konferenz der Großmächte gelöst werden, und das einzige Mittel, um eine Konferenz zu erzwingen, bestand darin, einen Krieg anzudrohen. Wenn es auf einer solchen Konferenz gelänge, eine Lösung zu erzielen, die Dänemarks Grenzen sicherte (darunter auch eine eventuelle Teilung des Herzogtums Schleswigs), würde man gleichzeitig auch den Frieden und Dänemarks Unabhängigkeit gesichert haben. Bekanntermaßen scheiterte dieser Plan.

René Rasmussen

Übersetzung: Ruth Clausen

Schleswigsche Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg

Wilhelm Jürgensen (Original-Verf.), Jørgen Lorenzen (Übersetzer), Martin Bo Nørregaard, René Rasmussen (Red.)

Füsilierregiment „Königin“ Nr. 86 i verdenskrigen

ud fra officielle krigsdagbøger, private optegnelser og personlige erindringer

Sønderborg: Historisk Samfund for Als og Sundeved & Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot 2014. 304 S., zahlreiche meist sw. Abb.

1925 gab der Leutnant und Studienrat Dr. Wilhelm Jürgensen auf der Grundlage eigener Aufzeichnungen und offizieller Kriegsberichte die Geschichte seines Regiments im Ersten Weltkrieg heraus. Das in Flensburg und Sonderburg stationierte preußische Regiment Nr. 86 „Königin“ bestand zu einem erheblichen Teil aus Soldaten aus der Region. Es wurde im Krieg fast durchgehend an der Westfront eingesetzt und nahm an mehreren verlustreichen Schlachten teil. Fast 4.000 seiner Angehörigen kamen dabei ums Leben. Lediglich im Winter 1917/18 erlebte das Regiment als Besatzungsmacht im damals noch zum Zarenreich gehörenden Wilna eine Ruhepause, bevor es im März 1918 erneut zur Westfront verfrachtet und weiteren schweren Schlachten ausgesetzt wurde.

Die Stärke dieser Quellenausgabe liegt in der erlebnisnahen Schilderung des Kriegsgeschehens aus der Sicht der unmittelbar Betroffenen. Dabei bleibt Jürgensen trotz seiner Enttäuschung über die Niederlage, für die er im Sinne der „Dolchstoßlegende“ die Politik im Heimatland verantwortlich machte, meist recht sachlich. Konflikte mit den dänisch gesinnten Kameraden werden nur einmal erwähnt, wobei der Verfasser aber ausdrücklich die Loyalität der allermeisten über Krieg und Grenzziehung hinaus betont. Ergänzt werden die Schilderungen

durch Detailkarten zu den Schlachten und Fotografien von beteiligten Soldaten und von den meist schrecklich verwüsteten Schlachtorten. Eine Schwäche ist allerdings, dass die übersetzten Texte fast unkommentiert bleiben. Ergänzt wird der Band durch eine Untersuchung über die Herkunft der Toten des Regiments, wobei die Aussagekraft mancher Tabellen leider begrenzt ist. Der Leser muss zudem viel Vorwissen über den Ersten Weltkrieg haben. Ist dieses vorhanden, gibt das Buch einen interessanten Einblick in die grausame Wirklichkeit des Ersten Weltkriegs, dem auch viele Menschen aus dem fernab der Fronten gelegenen Schleswiger Land zum Opfer fielen.

Gerret Liebing Schlaber

Widerstand im Flensburger Norden

Jens Christian Jacobsen

Widerstand im Flensburger Norden

Eine Stadtwanderung von Flensburg nach Harrislee

Broschüre herausgegeben von Jens Christian Jacobsen mit Unterstützung der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte und des Forums Bildungsarbeit der SPD Flensburger Mitte

Flensburg 2015, 64 S., Ill.

Als Flensburg 1933 braun wurde, stießen die neuen Machthaber mit ihrem Totalitätsanspruch vereinzelt auch auf Widerspruch und Verweigerung. Besonders ausgeprägt war diese oppositionelle Haltung im Norden der Stadt, in dem die Arbeiterbewegung traditionell fest verankert war und sich auf

ein dichtes, solidarisches Netz Gleichgesinnter stützen konnte. Der pensionierte Gymnasiallehrer und passionierte Historiker Jens Christian Jacobsen, der seit Jahrzehnten namentlich die sozialdemokratische Geschichte in der Region erforscht und darüber, auch in den Grenzfriedensheften, publiziert, hat mit seiner neuesten Veröffentlichung all jenen Flensburgern aus der Nordstadt ein Denkmal gesetzt, die sich dem NS-Terrorregime verweigerten und aktiv Widerstand leisteten. Aufgebaut ist die Broschüre in Form einer Wanderung durch das Arbeiterviertel auf historischen Spuren mit zehn Stationen: Vom Schwarzentel über die Harrisleer Straße, die Eckenerstraße, die Schwalbenstraße, die Falkenstraße in Flensburg bis zur Süderstraße und Hainstraße in Harrislee. Jacobsen berichtet fundiert und zugleich gut lesbar über verschiedene Facetten des Widerstandes und der illegalen Arbeit und stellt in Wort und Bild couragierte Frauen und Männer vor, die für ihren riskanten Kampf gegen die Nazi-Tyrannie meist einen hohen Preis zahlen mussten: Verlust der bürgerlichen Existenz, Festnahmen, schikanöse Verhöre, KZ-Haft, Strafbataillon, Flucht, Verlust der Staatsbürgerschaft, gewaltsamer Tod. Bei dieser Publikation handelt es sich um ein schmales Büchlein, aber eins mit gewichtigem Inhalt. Ihm ist eine weite Verbreitung zu wünschen, vor allem, dass es den Weg in die Schulen findet. Und der Autor sei ermuntert, eine mögliche Neuauflage zu ergänzen um Widerstandshandlungen, die es in Einzelfällen auch in anderen Stadtteilen Flensburgs gegeben hat.

Bernd Philipsen

Bildband über deutsche Besetzung in Dänemark 1940-45

Thomas Harder

Besættelsen i billeder

Danmark 1940-45

København: Lindhardt & Ringhof 2015. 448 S., durchgehend ill., z.T. farbig

Wie im vergangenen Jahr der 150. Jahrestag der Schlachten von 1864 bietet in diesem Jahr der 75. Jahrestag des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Dänemark am 9. April 1940 Anlass zu einer Fülle von Neuerscheinungen. Auch 70 Jahre nach seinem Ende ist der Zweite Weltkrieg in Dänemark wie in Deutschland das Geschichtsthema, über das regelmäßig am meisten publiziert wird. Unter den Neuerscheinungen in Dänemark sticht der vorliegende Bildband von Thomas Harder nicht nur durch sein Format (29 x 36 cm) hervor: Während viele Studien und erst recht populäre Darstellungen sich mit wenigen oder gar nur einzelnen Aspekten der Besatzungszeit befassen, lässt Harders Bildband praktisch keinen Aspekt aus, der für das Verständnis dieser schwierigen Geschichteperioche wichtig ist. Zu keiner Zeit verfällt er in Stereotype, und die verschiedenen Bilder und Textdokumente werden fachkundig kommentiert. Sowohl der ab 1943 zunehmende Widerstand als auch die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht und ebenso besonders wichtige Begebenheiten wie die Rettung der Juden oder der Streik in Kopenhagen werden so sachlich wie möglich dargestellt. Zahlreiche bisher kaum bekannte Bilder zeigen den Alltag unter der Besatzung, ebenfalls jenen der deutschen Sol-

daten, die oft auch einfach als Menschen dargestellt sind – wie z.B. ein junger Soldat, der seine Langeweile und Isolation in Kopenhagen mit dem Füttern von Tauben vertreibt (S. 190/191). Bemerkenswert sind auch zahlreiche Dokumente zur Besatzungszeit und überraschend viele Farbaufnahmen. Auch die Rechtsabrechnung und die Erinnerungsstätten wie das Freiheitsmuseum, aus dessen Archiv ein wesentlicher Teil der Bilder stammt, werden in eigenen Kapiteln dargestellt. Nur kleine Fehler fallen auf wie etwa die Bezeichnung des dänischen NS-Parteiführers und Arztes Frits Clausen als Tierarzt (S. 17). Etwas kurz kommen zudem die deutschen Flüchtlinge (z.B. S. 401) und die „Heiligen der letzten Tage“ – jene Zeitgenossen, die sich erst spät, aber dafür umso eifriger als Widerstandskämpfer hervortaten. Beispielsweise bleiben die Sprengungen deutscher Denkmäler und Anschläge auf Einrichtungen der deutschen Minderheit (z.T. lange nach dem 5. Mai 1945) unerwähnt. Ohne Zweifel ist dieser Bildband eines der am besten gelungenen Werke zur Besetzung Dänemarks durch NS-Deutschland überhaupt. Auch für deutsche Leser mit nur geringen Dänischkenntnissen ist dieses Werk leicht zu erschließen und uneingeschränkt zu empfehlen.

Gerret Liebing Schlaber

Widerstand gegen die deutsche
Besatzung in der Region

Henning N. Larsen

Modstanden

Valgene der skilte. Om besættelsestidens kampe

København: Nyt Nordisk Forlag Arnold Busck 2012. 360 S., zahlreiche sw. Abb.

Obwohl im Titel nicht direkt darauf hingewiesen wird, ist das vorliegende Buch des Sonderburger Ökonomen Henning N. Larsen weitestgehend ein Werk zur regionalen Geschichte, denn es geht nur wenig über die Grenzen der damaligen vier nordschleswigschen Ämter hinaus. In 19 Kapiteln bringt Larsen verschiedene Beispiele aus der Zeit der Besatzung und danach. Leider stehen die verschiedenen Kapitel jedoch unzusammenhängend nebeneinander. Die meisten von ihnen beziehen sich auf einzelne dramatische Widerstandsaktionen bzw. NS-Terroraktionen und deren Folgen. Auch der Sprengung des Knivsbergturms und dem Leben des „Sheriffs von Tingleff“, dessen Revier 1946 Ziel einer Terroraktion deutsch gesinnter Täter wurde (GFH 2014, S. 127ff.), werden eigene Kapitel gewidmet. Zwar gelingt es dem Verfasser, die dargestellten Begebenheiten spannend zu schildern und in den meisten Fällen auch gut zu belegen, doch ist der Schreibstil nicht immer flüssig. Die größte Schwäche dieses Buches ist allerdings, dass Larsens Darstellung nicht ausgewogen wirkt; allzu stark ist er um eine Glorifizierung des dänischen Widerstands bemüht. Allzu einfach ist die Einteilung in Helden und Schurken, welche eine sachliche Betrachtung des Geschehenen erschwert. Das wie ein Prolog wirkende erste Kapitel „Hjemmetyskerne“ (S. 11ff.) ist schon sehr einseitig, ebenso das Kapitel „Der var jo krig“ (S. 289ff.), in welchem der Verfasser hart mit späterer Kritik und nüchterner Betrachtung des dänischen Widerstandes ins Gericht geht, namentlich mit Geschichtsfrofes-

sor Aage Trommer, wobei er u.a. einen nicht namentlich genannten früheren Widerstandskämpfer mit dem Ausdruck „Trommer det dumme svin“ zitiert – und das sogar als Zwischenüberschrift ohne Anführungszeichen (S. 302). Trotz mancher interessanter Details bietet Larsens Buch wenig Neues. Es ist bedauerlich, dass er das Buch nicht mit einer konkludierenden Wertung und Perspektivierung des Widerstandes im südlichen Landesteil abgerundet hat. So erweckt es leider nur den Eindruck einer Amateurnarbeit, mit welcher jede kritische Frage zum Heldenbild des dänischen Widerstands abgewendet werden soll.

Gerret Liebing Schlaber

Aspekte der „Rechtsabrechnung“

Henning N. Larsen

Benådet

32 dødsdømte danskere, der slap for henrettelse

København: Nyt Nordisk Forlag Arnold Busck 2014. 264 S., sw. Ill.

Mit seinem neuen Buch hat der Sonderburger Ökonom Henning N. Larsen sich eines selten behandelten Aspektes der deutschen Besatzungszeit 1940-45 und deren Folgen angenommen. Er geht hierin den Gründen nach, warum von den 78 im Zuge der Rechtsabrechnung verhängten Todesurteilen gegen Kollaborateure der Besatzungsmacht 32 nicht vollstreckt wurden. Tatsächlich haben sich alle der hier geschilderten Personen schwerer Verbrechen mit Todesfolgen zu Schulden kommen lassen. Larsen rekonstruiert die Fälle aus den Gerichtsakten und

psychiatrischen Gutachten. Unter den letzten der zwischen 1955-60 auf freien Fuß gesetzten Verurteilten befand sich der deutsch gesinnte SS-Mann Anton Peter Callesen, der sich als grausamer KZ-Aufseher schuldig gemacht hatte. Allerdings bietet Larsen nur wenig Informationen darüber, was diese in vielen Fällen aus sozial schwach gestellten Familien stammenden Personen zu ihren Taten bewogen hat und was später aus ihnen geworden ist. Gestört wird die eigentlich interessante Darstellung zudem durch allzu emotional-einseitige Betrachtungen und Ungenauigkeiten, wie z. B. durch die Behauptung, dass „det sønderjyske område“ um 1864 „pæredansk“ gewesen sei und Deutsche überhaupt erst durch Bismarcks Politik angesiedelt worden seien (S. 226). Auch Larsens Ansichten zur Verhängung der Todesstrafe, die für ihn zwar nicht in eine demokratische Zivilgesellschaft gehört, aber in Kriegszeiten durchaus verständlich erscheint, wirken verstörend, zumal er das Problem der Einführung der bereits abgeschafften Todesstrafe mit rückwirkender Kraft gar nicht erst problematisiert. Die zusammenfassende Betrachtung mit dem unpassenden Titel „Vi fik skudt for få“ (ohne Anführungszeichen!), einer Aussage des Widerstandskämpfers und Redakteurs Børge Outze in Bezug auf die Tötung tatsächlicher oder vermeintlicher Denunzianten und NS-Verbrecher durch Widerstandskämpfer während der Besatzung, wirkt sehr knapp und lässt eine tiefergehende historische Einordnung vermissen. Somit hinterlässt auch dieses Werk des fleißigen Amateur-Historikers Henning N. Larsen einen zwiespältigen Eindruck.

Gerret Liebing Schlaber

Autonomie und Sprachen nationaler Minderheiten

Daniel Thürer, Romedi Arquint (Hg.)
Repräsentativität und kulturelle Autonomie
Aktuelle Probleme der autochthonen Völker und der nationalen Minderheiten
Zürich, Basel, Genf: Schulthess 2014. 112 S.

Der vom Schweizer Convivenza – Internationales Zentrum für Minderheiten – herausgegebene Sammelband vereinigt Tagungsbeiträge internationaler Autor/innen zu Fragen der Sprachen der europäischen Minderheiten in Bezug auf Selbstbestimmung, Organisationsformen und Demokratie anhand von deutschen, norwegischen, schweizerischen, italienischen und ungarischen Beispielen. Eine wiederkehrende Grundsatzdiskussion des Buches, das auf die Themen bezogen leider nur wenig Lösungsansätze bietet, widmet sich den demokratischen Grundstrukturen innerhalb der Minderheiten und deren Stellung gegenüber den staatlichen und politischen Akteuren. Kernfrage ist dabei, ob nur sich engagierende Minderheitenangehörige eine Stimme haben oder ob sich alle registrieren müssten, was eine größere demokratische Legitimität mit sich brächte, allerdings auch viele negative Konsequenzen, wie Diskriminierung und ethnische Festschreibungen haben könnte.

Der in einem juristischen Fachverlag veröffentlichte Band wird im Vorwort als Werk von Sprachwissenschaftlern angekündigt, die Leser/innen aber in dieser Hinsicht enttäuscht, da einige Aufsätze eher wie eine Collage von Gesetzestexten wirken. Der

Beitrag über die Situation der Sami in Norwegen ist nicht mehr als eine reine Stichwortsammlung. Nur die Beiträge von Co-ray (Rätoromanisch in der Schweiz) und Brenner (Deutsch in Ungarn) beschreiben nachvollziehbar die großen Probleme bei der Entwicklung einer Schriftsprache basierend auf sehr unterschiedlichen Dialekten bzw. der Wiederbelebung einer stark in der Sprecherzahl zurückgehenden Sprache. In diesen Berichten kann man große Parallelen zum Friesischen und Niederdeutschen erkennen.

Levke Bittlinger

Dänemark-Porträt

Claudia Knauer
Dänemark
Ein Länderporträt
Berlin: Ch. Links Verlag 2015. 224 S., einzelne Abb.

Die kulturelle Identität eines Landes in einem Buch beschreiben zu wollen trifft meist auf einen Gegenstandsbereich, der sich in seiner Komplexität nie ganz erfassen lässt. Doch durch den Balanceakt von individuellen Erfahrungsberichten oder Interviews, guten Kenntnissen über die Geschichte Dänemarks, dessen politischer Kultur und nicht zuletzt des deutsch-dänischen Verhältnisses ist Claudia Knauer eine sehr unterhaltsame und kritische Auseinandersetzung mit dem Land und seinen Bewohnern gelungen. Die Journalistin und heutige Leiterin der Deutschen Zentralbibliothek für Nordschleswig versteht es, durch eine wohlgedachte Gliederung viele Bereiche in einen roten Faden einzuflechten, von dem Begriff „hygge“ über Ess- und Trinkgewohnheiten, wichti-

ge Persönlichkeiten und die Wirtschaft bis hin zum Leben auf einer Kleininsel oder als Grönländer. Auch kleine, aber wichtige Unterschiede zu Deutschland werden in sehr humorvoller Weise hervorgehoben, beispielsweise durch Anekdoten der Autorin über das Zurechtfinden in Dänemark. Für mich als jemanden, der in Dänemark aufgewachsen ist und die umgekehrten Erfahrungen in Deutschland macht - v.a. wenn es darum geht, mit der Kreditkarte in einer Bäckerei zahlen zu wollen, oder wenn man fragt, ob man „die Toilette leihen“ dürfe – sind gerade diese sehr persönlichen Schilderungen besonders interessant, zumal sie dem Buch Charme verleihen. Lesenswert wird das Buch auch durch einige kritische Bemerkungen. Angesichts der Wahlen vom 18. Juni 2015 in Dänemark mit fast 22% Stimmenanteil für die rechtspopulistische „Dansk Folkeparti“ wundert der Satz nicht, dass das Bild eines offenen und toleranten Dänemarks zu bröckeln beginnt (S. 71). So finden sich viele Denkanregungen in dem Buch, die dem Leser ein recht umfassendes Porträt des Landes und seiner Mentalität bieten. Wie die Autorin selbst schreibt: Dänemark ist ein Land, das entdeckt werden will, denn nur so kann es verstanden werden. Dazu bietet Claudia Knauers Buch einen hervorragenden Ausgangspunkt.

Lea Löffler

Dänischer Blick auf Deutschland

Lykke Friis

Hund efter Tyskland

25 år efter Berlinmurens fald

København: Gyldendal Business 2014.
188 S., einzelne sw.-Abb.

25 Jahre nach der friedlichen Revolution in der damaligen DDR zieht Lykke Friis, eine der profiliertesten Deutschland-Kennerinnen aus der dänischen Spitzenpolitik, eine persönliche Bilanz der deutsch-dänischen Beziehungen – und vor allem der Entwicklung Deutschlands aus dänischer Perspektive. Wie in ihrem vor 20 Jahren erschienenen Buch „Den tyske magt. Tysklandsspørgsmålet fra Bismarck til Kohl“ stellt die Politikwissenschaftlerin die deutschen Bundeskanzler in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Der Titel ihres Buches bezieht sich auf eine Szene in der legendären dänischen TV-Serie „Matador“, in welcher ein dressierter Hund während der Besatzungszeit einen Leckerbissen verschmählt, wenn sein Besitzer diesen als „Tysker“ bezeichnet.

Inzwischen ist Deutschland jedoch ein ganz anderes Land und für Dänemark in vielerlei Hinsicht interessant. Die Versuche, einzelne Hunde der jeweiligen Geschichtsepoche zum Leitfaden der Erzählung zu machen, sind zwar recht unterhaltsam, fördern das Verständnis aber wenig und wirken mitunter etwas aufgesetzt. Umso interessanter sind die eigenen Kommentare der früheren Ministerin für Klimaschutz und Gleichstellung, insbesondere wenn sie diese mit Anekdoten aus ihren eigenen Erfahrungen unterlegen kann. Mit diesen lebendigen und lebensnahen Schilderungen bringt die Tochter eines Dänen und einer Deutschen ihren Lesern ein Deutschlandbild nahe, das mit vielen in Dänemark noch immer verbreiteten Klischees wenig gemeinsam hat. Besonders interessant ist das Buch vor allem für dänische Leser, die bisher wenig über Deutschland wissen – ein Umstand, den Lykke Friis wiederholt und leider zu Recht beklagt. Aber

auch für ein deutsches Publikum ist dieser sehr kurzweilig zu lesende und abgesehen von kleinen Faktenfehlern ausgesprochen kompetente dänische Blick auf Deutschland von Bismarck bis Merkel zu empfehlen.

Gerret Liebing Schlaber

Wissenswertes rund um Husum

Thomas Steensen

Kleines Husum-ABC

Fotografien von Günter Pump

Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2014. 142 S. zahlr. ill.

Das reich bebilderte, kleinformatige Büchlein über Nordfrieslands Kreisstadt Husum ist mehr als ein Reiseführer. Thomas Steensen, Historiker, Honorarprofessor für Friesisch und Leiter des Nordfriisk Instituut, gibt einen informativen und nicht zu ausschweifenden Überblick über Husums Geschichte und Kultur, über Denkmäler und Sehenswürdigkeiten, über städtische Museen und den berühmten Literaten Theodor Storm. Die Stichworte reichen von A wie Altstadt-Rundgang über K wie Krokusblüte und P wie Pole Poppenspärer bis Z wie Zitate zur Stadt. Der Band enthält auch Informationen zur Baugeschichte sowie zur dänischen Minderheit und das Wattenmeer. Die Gliederung des Buches nach alphabetisch sortierten Stichpunkten führt dazu, dass die einzelnen Texte unnötigerweise lexikonähnlich wirken. Dies bringt den Erzählfluss, die Chronologie und den Spannungsbogen durcheinander und mindert das Lesevergnügen. Manche Stichpunkte wirken zudem etwas gekünstelt, wie zum Beispiel der Abschnitt über

die Friesen, deren Sprache in Husum originär schon seit einigen Jahrhunderten nicht mehr gesprochen wird. Wer sich jedoch schnell und unkompliziert über Husum informieren möchte und zusätzlich noch Besichtigungstipps sucht, dem sei dieses anschauliche Buch empfohlen. Eine im Buchdeckel bereitgestellte Übersichtskarte mit markierten Besichtigungspunkten hilft bei der räumlichen Orientierung. Zeitliche Klarheit verschafft der kurze chronologische Abriss im Anhang.

Levke Bittlinger

Nordfriesische Belletristik

Arno Bammé, Thomas Steensen (Hrsg.):
Reihe „Nordfriesland im Roman“

Band 1 - 6

Husum 2007 - 2012: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft

Der Titel der Buchreihe „Nordfriesland im Roman“ ist Programm. Verschiedene und wenig bekannte Autoren, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass ihre Figuren und Handlungen in Nordfriesland verankert sind, werden zum Teil neu entdeckt. Die Bände erzählen von verschiedenen Zeiten und Gegenden und machen die Landschaft, die sich zu einem der interessantesten und abwechslungsreichsten Urlaubsgebiete in Deutschland entwickelt hat, auch literarisch zugänglich. Vieles hat sich verändert, wurde angepasst oder ist verschwunden, sei es nun durch Naturgewalten oder durch Menschenhand. Dennoch zieht es immer wieder Menschen hierher, weil eine spezielle Balance zwischen gestern und heute, Tradition und Fortschritt und zwi-

schen Mensch und Natur den besonderen Reiz der Region ausmacht. Diese regionalen Besonderheiten werden in jeder einzelnen Veröffentlichung dieser Reihe sichtbar.

In Mia Munier-Wroblewskis „Olaf Braren“ wird ein Künstlerschicksal vor dem Hintergrund der Insel Föhr geschildert, das Leben des Dorfschullehrers und Malers Oluf Braren, der sich zwischen seiner Ehefrau und ihrer traditionellen Familie und seiner Geliebten entscheiden muss. Auch der Roman „Godber Godbersen“ von Elfriede Rotermund spielt auf einer Insel, der Hallig Hooge, und vergegenwärtigt am Beispiel des Inselpastors die entbehrensreiche aber auch an innerer Entwicklung reiche Lebensweise im Wattenmeer. Die Handlung in Meta Schoepps „Millionensegen“ erscheint wie eine Variation von Dürrenmatts „Der Besuch der alten Dame“, mit tief beeindruckenden Charakteren und Konflikten in einer kleinen Stadt auf dem Festland. Dagegen schildert Marie Burmester in „Gottfried Rissoms Haus“ die Entwicklung einer Bauernfamilie, die auf einem Hof zwischen Marsch und Geest lebt, ergreifend vor allem durch die Verflechtung von allgemein menschlicher Entwicklung mit der besonderen Atmosphäre Nordfrieslands. Marie Boies Erzählung, „Dammabau“ widmet sich im Unterschied zu den anderen Geschichten der Veränderung der Natur durch den Bau des Dammes vom Festland nach Sylt mit seinen Auswirkungen auf die gewachsene Gemeinschaft der Insel. Auch wenn die künstlerische Wertigkeit einiger Geschichten diskussionswürdig ist, entsteht mit der Zusammenstellung der Herausgeber und deren jeden Band abschließenden Kommentaren ein abwechslungsreiches, realistisches und bis heute spürbares Bild

Nordfrieslands. Für Besucher, für die ein wesentlicher Teil des Urlaubs auch aus dem Einleben in und dem Lesen über ihr Reiseziel besteht, ist diese Reihe sehr zu empfehlen.

Ulrike Patzke

Raimo Alsen, M.A.
Historiker u. Lehrer, Ladelund/Leck

Levke Bittlinger, M. A.
Kulturanthropologin, Göttingen

Hans Boll-Johansen, docent dr. phil.
Romanist u. Hochschullehrer i.R.,
Frederiksberg

Ruth E. Clausen
Diplommuseologin u. Archivarin,
Glücksburg

Harro Hallmann, cand.scient.pol.
Kommunikationschef,
Apenrade/Hadersleben

Reimer Hansen, Prof. Dr. phil.
Historiker u. Hochschullehrer i.R.,
Berlin

Lars Harms, Dipl.-Betriebswirt
Landtagsabgeordneter, Kiel/Husum

Lea Löffler
Studentin der Politikwissenschaft,
Marburg

Ulrike Patzke, Dr.phil.
Skandinavistin u. stellv.
Schulleiterin, Apenrade

Bernd Philippsen
Journalist u. Historiker, Flensburg

René Rasmussen, cand. mag.
Historiker u. Museumsinspektor,
Sonderburg

Gerret Liebing Schlaber, lektor ph. d.
Historiker u. Gymnasiallehrer,
Apenrade

Peter Thaler, lektor Dr. iur. ph.d. ph.d.
Historiker, Jurist, Skandinavist u.
Hochschullehrer, Esbjerg/Odense